

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummern mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Beitragsscheinliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: StM. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 4. September 1909.

Expedition: StM. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Landungsgefahr.¹⁾

Weiter sucht man für die Annahme immer neuer Forderungen Stimmung zu machen, indem man uns die Möglichkeit einer Truppenlandung großen Stills vorhält. Wir stellen zunächst fest, daß nur solche Mächte an den deutschen Küsten Truppen landen können, die die See beherrschen und den deutschen Landstreitkräften mindestens ebenbürtige Truppenmengen entgegenwerfen können. In dieser Lage aber befindet sich augenblicklich keine Macht der Welt; denn Frankreich wäre bei einem Feldzuge gegen Deutschland derart auf dem Landkriegsschauplatz in Anspruch genommen, daß ihm der Gedanke an eine überseeische Expedition nicht einfallen würde; und England käme nur im Falle eines Zusammengehens mit Frankreich in Betracht. Gerade dieser Fall aber würde das Schicksal Frankreichs besiegeln, weil sich ja der Stoß der Dreimächte ausschließlich gegen Frankreich richten würde. Nimmt dieses aber die Hilfe Englands in Anspruch, so wären die Landstreitkräfte des Dreimächtes denen der anderen Ententemächte mindestens ebenbürtig und eine Verlegung des Kriegsschauplatzes in die deutschen Küstenprovinzen dürfte für die letzteren wenig Wert haben.

Doch angenommen, irgendeine seefähige Macht hätte den Plan einer Invasion gefaßt. Diese Absicht würde in Deutschland schon deshalb bald bekannt werden, weil die Ausrüstung und Einschiffung so gewaltiger Truppenmassen, wie sie zu einem Einfall in Deutschland notwendig wären, nicht geheimgehalten werden kann. Und da die Ausrüstung einer solchen Invasionarmee sicher Wochen in Anspruch nimmt, so könnte sich Deutschland in aller Gemütsruhe auf den Empfang des Gegners vorbereiten.

Nächst würden die deutschen Torpedoboote die Transportflotten des Feindes belästigen, was ihnen durch deren Größe äußerst leicht gemacht würde. Denn man stelle sich vor, daß schon zur Beförderung von nur 100 000 Mann eine Flotte von mindestens 150 bis 200 großen Transportdampfern erforderlich ist. Dann kann aber nur das notwendigste Kriegsmaterial mitgenommen werden. Um nun für diese 100 000 Mann den nötigen Ersatz an Lebensmitteln, Ausrüstungsgegenständen, Geschützen, Munition, Lazarett-einrichtungen, Pferden und Soldaten nachzusenden, hat mindestens eine Flotte von 50 Dampfern ständig unterwegs zu sein. Daß diese mit Menschen oder Konterbande vollgepackten Schiffe willkommene Angriffsobjekte für die deutschen Torpedoboote sein würden, versteht sich am Bande.

Doch setzen wir weiter voraus, daß die Transportflotte wirklich unbehelligt oder aber wenig geschwächt an die deutschen Küsten gelangt; jetzt beginnt erst die Schwierigkeit des Landens. Nicht an jeder Stelle der Küste können nämlich Truppen ausgeschifft werden; es werden vielmehr an einem Landungsplatz die mannigfachen Anforderungen gestellt. Die Transportschiffe müssen vor Wind und Wetter geschützt sein und guten Untergrund finden. Das Wasser muß tief sein, so daß die Schiffe möglichst nahe an den Strand herankommen können, und dieser wieder muß ein flachanlaufender Sandstrand sein, damit möglichst viel Truppen gleichzeitig gelandet und entwickelt werden können. Ferner muß das Terrain in der Umgebung der Landungsstelle frei von Erhebungen, hinter denen sich Truppen des Verteidigers verstecken können, und von Küstenbefestigungen sein; denn die Zerstörung der letzteren durch die Schiffsartillerie würde für den Landenden häufig nur wenig Wert haben, weil sofort nach begonnener Landung die in der Nähe weilenden Infanterietruppen, die sich am Artilleriekampf nicht beteiligen konnten, in Aktion treten würden. Weiter aber ist auch auf den eigentlichen strategischen Zweck Rücksicht zu nehmen, und der Landungsplatz darf nicht zu weit von dem definitiven Ziel der Landungstruppen entfernt sein, damit der Vormarsch nicht durch Terrainhindernisse und Verpflegungsschwierigkeiten aufgehalten wird. Endlich muß der Landungsplatz so beschaffen sein, daß sich die Transportflotte dort auch wirklich halten kann; denn die Flotte ist die Operationsbasis der Landungsarmee, und ist diese geschlagen, dann muß sie von jener sofort und ohne erhebliche Verluste wieder aufgenommen werden können.

Solche einer Landung günstige Stellen bietet die deutsche Küste sehr wenige. Die wenigen wirklich gefährdeten Punkte, die man natürlich nicht verraten wird und über die sich der Feind aus Seekarten nicht genügend informieren kann, können aber leicht in Verteidigungszustand gesetzt werden, und so dürfte denn eine Landung schon allein an dem Nichtvorhandensein geeigneter Plätze scheitern. Dieser Ansicht ist auch der frühere Chef der Admiralität v. Stojich, der da schreibt:

„Nicht nur hat ein Feind eine Landung an irgend einem Punkt der Nordsee verfehlt; die Nordsee selbst verteidigen ist ganz allein. Man nehme den durch meilenweite Watten und Sandbänke sich jedes Jahr anders schlingenden Fahrwegen ihre Seezeichen, und der beste Lotse wird es nicht wagen, ein Schiff in dieselben einzuführen. Auch ist die Brandung von See aus so stark und der Strand so flach, daß nur leichte Boote mit Sicherheit das Ufer gewinnen können. An der Ostsee ist das Land leichter, was schon die Geschichte der Dänen, Schweden und Norweger zeigt. Aber heute, wo Telegraph und Eisenbahn rascher

ein geschlossenes Truppenkorps zur Stelle führen, als eine begonnene Landung zur Aufstellung gelangt, kann man überhaupt die Gefahren einer Landung äußerst gering anschlagen. Die größeren Häfen der Ostsee aber sind so flach, daß sie mit Ausnahme von Kiel für größere Kriegsschiffe überhaupt unerschließbar sind; und die Fahrrinnen sind so schmal und gewunden, daß auch für kleinere Schiffe ihre Benutzung ohne Seezeichen ganz unmöglich ist.“

Dementsprechend nahm man auch, als vor ein paar Jahren eine französische Zeitung Enthüllungen über angebliche englische Landungsabsichten anstellte, in den maßgebenden Kreisen Deutschlands als sicher an, daß England im Falle eines Krieges mit Deutschland seine Armee nicht an den deutschen Küsten, sondern auf Jütland landen würde. Und selbst in Dänemark schenkte man diesen Gerüchten so viel Glauben, daß mehrere Röhner der Parlamentarier die Notwendigkeit der damaligen dänischen Militärfortifikationen damit begründeten, daß die dänische Armee der englischen Invasionsarmee gewachsen sein müsse. Ohne Zweifel wäre ja eine Landung englischer Truppen auf Jütland ein Akt der Feindseligkeit gegen Dänemark, und Deutschland würde eine Duldung der Landung sicherlich als einen Bruch der Neutralität seitens Dänemark auffassen. Will letzteres daher nicht in Konflikt mit Deutschland geraten, wozu es nach 1864 wenig Lust verspüren dürfte, so werden die dänischen Soldaten den deutschen willkommene Bundesgenossen sein.

Doch gehen wir in unseren Voraussetzungen weiter. Ist wirklich an den deutschen Küsten eine Landungsstelle ausgetastet, so gibt es neue Schwierigkeiten. Es müssen eben nicht nur Truppen, sondern auch andere Dinge in Unmengen an Land gebracht werden. So muß man bei einer Armee von 100 000 Mann schon mit ungefähr 30 000 Dienstpferden rechnen. Dazu kommen dann Schlachtvieh, Eisenbahnmateriale, Kohlen, Sanitätsmaterial, Lebensmittel und noch mannigfache Güter, an die der Laie gar nicht denkt, ohne die die Armee aber nicht schlagfertig ist. Gerade das Landen dieser Güter gestaltet sich äußerst zeitraubend. So müssen beispielsweise die Geschütze auseinandergenommen werden, weshalb sie für die Wirtung in der ersten Zeit gar nicht in Frage kommen.

Da also lange Tage verstreichen würden, ehe die Einfallarmee wirklich zum Schlagen bereit wäre, dürfte es bei der Organisation des deutschen Verteidigungsweises nicht schwierig sein, den Landenden überlegene Streitkräfte entgegenzustellen, selbst wenn das stehende Heer und die ersten Reserven auf einem entlegenen Kriegsschauplatz engagiert wären. Eine Landung wie 1853 im Krimkrieg — das haben selbst einflussreiche Militärautoritäten zugegeben — ist in Zukunft unmöglich; denn hätte Rußland damals sein jetziges Eisenbahnnetz gehabt, die 120 000 Franzosen, Engländer und Türken wären nicht so glücklich ans Land gekommen, hätten sich aber mindestens nicht so lange halten können.

Nun ist es ja ganz selbstverständlich, daß man eine Landung nicht immer vor ihrem Beginn wird bereiten können. Bei der Schnelligkeit der Schiffe können diese urplötzlich an einer von großen Truppenverbänden freien Küstenstrecke auftauchen, auch können die Verteidiger durch Scheinoperationen getäuscht werden; aber ganz ausgeschlossen ist es, daß vor der Ankunft deutscher Truppen nennenswerte Massen ausgeschifft werden können. Wehe dem Gegner aber, der bei der Landung überrascht wird! Die Truppen des Verteidigers sind den Landungstruppen gegenüber, denen es an Artillerie und Kriegsmaterial gebricht, fast stets im Vorteil, selbst wenn sie die numerische Überlegenheit nicht besitzen; bei Sturm und Rebel gar ist die Lage der Invasionsarmee eine direkt verzweifelte.

Nun wird zwar oft behauptet, die Landungstruppen hätten gar nichts zu fürchten, weil die Kanonen der Kriegsschiffe die Küste sehr bald von den Verteidigern säubern würden. Doch das ist nicht so leicht. Denn erstens müssen die Kriegsschiffe häufig sehr weit vom Lande entfernt bleiben, zweitens aber werden sie bei ihren Aktionen durch die Transportflotte arg behindert. Dann aber findet man Plätze, wo das Ausschiffen unter dem Schutz der Kanonen stattfinden könnte, überhaupt äußerst selten vor. Denn die Küste ist fast nie gänzlich eben; sie ist entweder felsig oder sie ist von Dünen eingesäumt, die vom Meere aus eine Aussicht auf das dahinter liegende Gelände nicht zulassen und ein Westreich der Küste durch die Schiffskanonen unmöglich machen, die andererseits aber den Truppen des Verteidigers Schutz gewähren. Findet sich aber wirklich einmal eine geeignete Stelle, so können auch hier die Schiffsartillerie selten mithelfen, weil sich zwischen ihnen und ihren Feinden die Landungstruppen befinden. Das Feuer der Marinegeschütze kann nur dann Vorteile gewähren, wenn es quer zur Angriffslinie erfolgt, so daß der Verteidiger den von den Marinegeschützen bestrichenen Raum nicht zu betreten wagt. Hieraus folgt also, daß sich Halbinseln am besten zu einer Landung eignen.

Doch wird nun tatsächlich eine Abteilung ohne Zwischenfall gelandet, so wird sie in bestimmten Zwischenräumen beträchtliche Teile zur Sicherung der Verbindungen zurücklassen müssen, sie wird immer kleiner werden. Wehe aber der Landungsarmee, deren Plan mißlingt, die geschlagen wird oder der die Einnahme einer gesicherten Operationsbasis nicht gelingt! Sie setzt sich der Gefahr völliger Vernichtung aus, weil nur in besonders günstigen Fällen ihre Wiedereinschiffung ungestört erfolgen kann. Meistens

wird es ihr so ergehen wie der französischen Armee in Ägypten, die nach der Schlacht von Abukir ihre Operationsbasis verlor; sie wird nach mehr oder minder verlustreichen Kämpfen kapitulieren müssen.

Wir sehen also, daß die Lage einer Landungsarmee durchaus nicht rosig ist, und deshalb schreibt auch Admiral Plüddemann, nachdem er die Schwierigkeiten einer Landung erörtert hat, wie folgt:*)

„Man sieht, daß in allen gegebenen Fällen die Schwäche des Verteidigers Vorbedingung für das aussichtslose Landen einer Armeeabteilung ist, sei diese Schwäche numerisch oder moralisch. Im Kriege um Kuba landeten die Amerikaner nach vorheriger Beschließung des felsigen Landungsplatzes unter sehr ungünstigen Umständen. Sie konnten eigentlich nur eine Anlegestelle benutzen; manche Boote, welche direkt auf den Strand laufen wollten, zertrüben sich in der Brandung an den Steinen. Die Spanier waren, wenn auch nur mit einigen Kompanien, zur Stelle; denn die ganze felsige Südküste von Kuba hat nur wenige zum Landen geeignete Punkte; sie ließen sich aber durch die Beschließung ins Vordringen jagen und zogen, ohne einen Schuß zu tun, davon. Hier war es die moralische Schwäche der Spanier, welche sie einen außerordentlichen taktischen Vorteil nicht auszunutzen lieh.“

Deutschland aber ist eine Macht, mit der zu Lande nicht gut Kirschenessen ist. Es müßte deshalb schon eine Armee von mehreren hunderttausend Mann gelandet werden; dann aber würde sich das Uebergehohe Deutschland auf dem eigentlichen Landkriegsschauplatz um so stärker geltend machen. Aus diesem Grunde mußte ja auch Frankreich 1870 auf alle Landungspläne verzichten und sogar die Marineinfanterie in das Landheer einreihen. Wollte man von vornherein von dem Mißlingen eines solchen Truppeneinfalles überzeugt. Er schrieb:

„Die Ueberlegenheit unserer Kräfte an dem Punkt, wo der entscheidende Schlag fallen wird, wird sich noch fühlbarer bemerkbar machen, wenn sich die Franzosen zu Expeditionen gegen die deutschen Küsten hinreihen lassen.“

Das trifft auch heute zu, desgleichen, was der frühere Generalfeldmarschall v. Blumé sagte:

„Wenige an geeigneten Eisenbahnpunkten bereitgehaltene Divisionen sichern gegenwärtig Deutschland gegen jeden Versuch einer Invasion von der See her.“

Wir wollen die Reihe der Militärautoritäten schließen mit dem Urteil des Admirals Hollmann:

„Verlangen Sie nichts anderes als den Schutz des Küstenstrichs gegen eine feindliche Invasion, so können Sie in der Tat den Schutz auch mit anderen Dingen als mit Schiffen erreichen.“

Der Riesenkampf in Schweden.

In den letzten Tagen scheint eine Wendung im schwedischen Kampfe sich vorzubereiten. Das darf natürlich nicht so aufgefaßt werden, als ob schon der Frieden in Aussicht stünde. Einzelne bürgerliche Blätter Deutschlands, die schon seit Beginn des Ausstandes täglich lange Berichte über sein Fiasko brachten, gehen nunmehr dazu über, den Frieden in unmittelbare Aussicht zu stellen. Nachdem aber das Birkular des Unternehmersführers v. Sjöbom bekannt geworden ist, wonach ihm die Bearbeitung der ausländischen Presse ein gutes Stück Geld kostet, muß man diese Nachrichten noch vorsichtiger als bisher aufnehmen. Die bedeutenden Unterstützungssummen, die gerade die deutsche Arbeiterschaft für ihre kämpfenden Brüder in Schweden aufgebracht hat, sind der Unternehmerrentrale sehr unangenehm und sie würde es gerne sehen, wenn aus Deutschland keine Unterstützungen mehr kämen. Daher müssen die Friedensnachrichten als gänzlich verfrüht angesehen werden, soweit sie nicht direkt falsch sind.

Doch aber steht anscheinend eine Aenderung in der Kampfesführung bevor. Darüber meldet uns eine Privatbeilage aus Stockholm folgendes:

Stockholm, den 3. September. Der Vorsitzende der Landeszentrale der schwedischen Gewerkschaften, Genosse Lindqvist, hat heute dem schwedischen Telegrammbureau folgende Mitteilungen gegeben lassen: Die Forderung der Regierung, gewisse Gruppen der Ausständigen gewissermaßen zur Bestrafung auszuliefern, wird von der Streikleitung entschieden zurückgewiesen. Solche Bedingungen werden die Arbeiter nicht akzeptieren, am allerwenigsten, um ein vermittelndes Eingreifen der Regierung zu erreichen.

Dagegen würde die Streikleitung eventuell einen anderen Weg einschlagen können. Sie würde eventuell anordnen, daß die Arbeit bei allen außerhalb des schwedischen Arbeitsgebietes stehenden Unternehmern wieder aufgenommen wird, wodurch nur diejenige Unternehmerrorganisation vom Kampfe betroffen werden würde, die ihn durch ihre Weisungsansprüche begonnen hat. Dadurch würden mehr als 100 000 Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen, während 163 000 im Kampfe verbleiben würden.

Als Bedingung für eine solche Veränderung der Kampfstrategie würde die Streikleitung die Garantie dafür fordern, daß ein ähnliches Eingreifen zur endgültigen Regelung des Konflikts auf der ganzen Linie erfolgt.

Der Kampf würde demnach zu einem ausschließlichen Verteidigungskampf gegenüber dem außerordentlichen Unternehmerrverein werden. Dazu ist vor allem notwendig, daß die Unterstützungen in bisheriger Weise fließen, da viele der 163 000 (Schneidergewerbe und Zelluloseindustrie) seit Mai resp. Juli ausgeperrt sind.

*) Admiral Plüddemann: Modernes Seekriegswesen.

1) Vergleiche die Nummern 194, 195 u. 203 des „Vorwärts“.

Dem staatlichen Vermittler Cederborg ist diese Stellung der Streikleitung seit einigen Tagen bekannt. Er hat auf dieser Grundlage eine Vermittlungskaktion begonnen.

Eine später eingegangene Wolff-Depesche meldet, daß die Vorverhandlungen des staatlichen Vermittlungsbeamten mit den im Kampfe verwickelten Parteien zu Erklärungen geführt haben, die eine Beilegung des Kampfes in Aussicht stellen.

Diese Meldung ist mit Vorsicht aufzunehmen. Denn soweit können die vorbereitenden Verhandlungen noch kaum geführt haben. Die Beilegung des Kampfes auf der ganzen Linie ist nur dann möglich, wenn in den wesentlichen Differenzpunkten eine Einigung erzielt ist. Darüber ist, wie aus unserer Privatdepesche hervorgeht, noch gar nicht verhandelt worden, sondern lediglich eine Frontänderung der Ausständigen ist in Erwägung gezogen worden; nachdem diese vollzogen sein würde, sollten Unterhandlungen zur Beilegung der Differenzen auf der ganzen Linie eingeleitet werden. Die Kerntruppe des Kampfes soll nach wie vor ausständig bleiben, bis eine endgültige Vereinbarung getroffen wird.

Das bedeutet aber nach wie vor einen riesigen Ausstand des schwedischen Proletariats. Von 240 000 Organisierten bleiben 163 000 der wichtigsten Industriegruppen im Kampfe, entschlossen auszuharren, bis eine befriedigende Beilegung aller Differenzen mit der Gegenpartei erfolgen kann. Diese von der Streikleitung in Aussicht genommene Verschlebung auf dem Kampfes-terrain ist vom gewerkschaftlichen Gesichtspunkt von größtem Interesse. Sie kann nur dort vorgenommen werden, wo eine durchgreifende gewerkschaftliche Schulung der kämpfenden Arbeitermassen vorhanden ist. Auf die Aufforderung der Leitung hin sind sie alle in den Kampf gezogen; einmütig standen sie die ganzen fünf Wochen hindurch. Jetzt will die Leitung eventuell einen Teil in die Betriebe der an der Aussperrung unbeteiligten Unternehmergruppen schieben, der andere größere Teil soll nach wie vor draußen bleiben. Die deutschen Arbeiter können daraus für ihre Kämpfe auch einige nicht wertlose Schlusfolgerungen ziehen. Es gilt eben festzustellen und der Streikleitung die zur Führung jeden Kampfes absolut notwendige Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit zu sichern.

Wenn in den nächsten Tagen der schwedische Kampf mit einer neuen Kampfesfront fortgeführt wird, gilt es um so mehr für die Unterfütterung dieser Kerntruppe Sorge zu tragen. In Dänemark und Norwegen steht die Arbeiterschaft mit neuem Eifer und neuer Devotivität die Sammlungen fort. Das ist um so notwendiger, als selbst nach Beendigung des riesigen Kampfes große Summen zur Unterfütterung der Opfer des Kampfes erforderlich sein werden. Die Unternehmer werden in einzelnen Fällen ihr Mitleiden zu fühlen suchen an den Geldern des wochenlangen Massenstreiks.

Die schwedische Kampferschar blickt vertrauensvoll auf ihre Brüder im Auslande, vor allem in Deutschland. Daß dieses Vertrauen nicht getäuscht wird, dazu trage ein jeder organisierte Arbeiter Deutschlands nach Möglichkeit bei.

(Von unserem nach Schweden entsandten Mitarbeiter.)

Stockholm, den 2. September.

Wenn die streikende Arbeiterschaft hier oder an einem anderen Orte sich wieder einmal in großen Massen versammelt und so, just zu der Tageszeit, die sonst der Arbeit gewidmet ist, vor aller Augen beweist, daß der Massenstreik noch lange nicht tot ist, dann pflegen die Gegner, um nur etwas Nachteiliges sagen zu können, zu behaupten, daß von Begeisterung oder Enthusiasmus für den Streik nichts oder nur nichts mehr zu bemerken sei. Es ist Tatsache, daß namentlich derjenige, der in südlichen Ländern großen Kämpfen der Arbeiterschaft beigewohnt hat, laute Ausbrüche von Begeisterung, von leidenschaftlicher Kampfeslust und dergleichen hier in Schweden vernimmt. Das liegt jedoch vor allem im Volkscharakter. Die langen Kämpfe, die hier die verschiedensten Berufe schon früher durchgemacht haben, lehren die Arbeiterschaft, daß man im Begeisterungsrausch wohl einen großen Kampf entfacht, vielleicht auch einem schlechtgerüsteten Gegner gegenüber eine Schlacht gewinnen kann, daß aber zu einem langen Krieg gegen einen starken Feind vor allem Ueberlegung, Ausdauer und Ruhe nötig ist, um des Erfolges sicher zu sein.

Auch von der gestrigen Massenversammlung der Arbeiterschaft Stockholms behaupten die Gegner mit einem gewissen Großkloß, daß nichts von Enthusiasmus zu bemerken gewesen sei. Nun, die Reden der Genossen Wrangling und Lindquist fanden stürmischen Beifall und ebenso begeistert beschloß die Massenversammlung, dem ausgewiesenen Genossen Hantebold ein Dankstelegramm für seine Tätigkeit im Interesse der kämpfenden Arbeiterschaft Schwedens zu übersenden. Aber schon die Tatsache an sich, daß jetzt in der fünften Woche des Kampfes 30 000 streikende Arbeiter und Arbeiterinnen sich wieder einmal in Hornbergs Hage versammelt hatten, spricht dafür, daß die Kraft des Massenstreiks nicht gebrochen ist.

In der bürgerlichen Presse hat man in Hinsicht auf die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber dem freimüthigen Vermittlungsgefuß, die Meinung geäußert, daß die Regierung ihr Eingreifen davon abhängig machen wolle, daß erst einmal die Gruppen, die bei Eintritt in den Massenstreik Tarifvertragsbruch begangen haben, die Arbeit wieder aufnehmen sollten. In dieser Angelegenheit sagte Lindquist, der Vorsitzende des Landessekretariats, in der Massenversammlung:

„Die Regierung hat nun eine Forderung gefunden: die Vertragsbrüche; die sollen bestraft werden. Dem hat die Leitung der Arbeiter jedoch nicht zustimmen können. Als das Landessekretariat und die Repräsentantschaft zusammentraten und ihre letzte Proklamation, daß keine Veränderung der Kampfesfront eintreten sollte, herausgaben, wußten sie nichts von dem Standpunkt der Regierung, aber sie behandelten die Frage gründlich, ehe sie ihren Beschluß faßten. Eine Veränderung, wie sie die Regierung und die Bürgerlichen nur zu fordern scheinen, kann nicht eintreten, denn dadurch würden die Arbeiter es den Gegnern überlassen, die Truppen teilweise herauszuholen, um sie gleichsam vor der ganzen Front aufzusuchen. Nein, die Abwidelung des Kampfes kann auf keine andere Weise geschehen, als durch eine rationelle Einstellung des Ganzen oder durch eine Entscheidung über die ganze Kampfeslinie.“

Das letzte Ausrufen der Regierung ist natürlich mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden, und das ist ja nicht zu verwundern. Denn wenn die Regierung ihren breiten Rücken zur Verteidigung der Arbeitgeber einlegt, so ist ja der Kampf recht ungleich. Aber die Arbeiterleitung ist gleichwohl überzeugt, daß der Zusammenhalt unter den Arbeitern andauernd so stark ist, daß die betreffenden Herren schließlich genötigt sein werden, die Sache etwas mehr weitblickend anzusehen. Darum hoffen wir, daß die Arbeiterschaft ausdauert, bis eine Frontänderung möglich oder die Entscheidung getroffen werden kann. Die Wohlfahrt der Arbeiterklasse erfordert das, trotz aller Schwierigkeiten.

Wie auch die Entscheidung, die früher oder später kommen muß, im einzelnen aussehen wird, so werden doch die Arbeiter unter allen Umständen die Früchte ernten und den Sieg ihres großen und mächtigen Kampfes. Was die Leitung der Arbeiterschaft betrifft, so werden wir alles tun, um die Abwidelung so vorteilhaft wie möglich zu gestalten, wie wir auch versucht haben, den unaufgezwungenen Kampf so vorteilhaft wie möglich zu führen.“

Die Worte Lindquists wurde mit lebhaftem Beifallstößen aufgenommen.

Der Genosse Wrangling hatte in seiner Rede besonders das Vermittlungsgefuß der Freimüthigen, das, abgesehen von dem anerkannten Wert des Streiks, den es verfolgt, mit den ständigen Angriffen gegen die Arbeiterschaft gepaart war, sowie vor allem die Haltung der Regierung kritisiert, und unter anderem treffend hervorgehoben, daß, wie Ludwig XIV. sagte: „Der Staat bin ich“, so jetzt der Zivilminister, Graf Hamilton, im Namen der Arbeitgeber gleichsam erklärt: „Die Gesellschaft, das sind wir!“ Etwas anderes wäre aus der Begründung, die die Regierung ihrer Ablehnung beigegeben hat, nicht herauszulesen.

Andererseits äußerte sich dieser Tage der norwegische Justizminister Castberg in einer Versammlung norwegischer Radikaler zu Kongsberg. Er, der auch die Arbeiterschaft mit zur Gesellschaft und zum Gemeinwesen rechnet, sagte:

„Die (schwedischen) Arbeitgeber meinen, daß ein solcher Kampf eine Privatsache zwischen ihnen und den Arbeitern sei; aber das ist nicht so. Es ist eine Sache, die die Gesellschaft, das Gemeinwesen angeht, das das Recht hat, ein Wort mitzureden. Die jetzigen Verhältnisse in Schweden beweisen das. Die Parteien haben eine Verantwortlichkeit vor der Gesellschaft. Wäre das Gefühl dafür vorhanden gewesen, ehe die Arbeitgeber 80 000 Arbeiter aus der Arbeit warfen, so wäre der Konflikt ohne Aussperrung und Streik gelöst worden. Die Hunderttausende, die nun kämpfen und leiden, verdienen die größte Sympathie; ihre Ruhe und Würde zeugen von der hohen Kultur der Arbeiter, die Respekt einflößt. Aber der Großstreik ist eine tiefe, ernste Mahnung, daß die Gesellschaft Verantwortung und Pflicht in diesen Dingen hat und Institutionen errichten sollte, die in gerechter und unparteilicher Weise Frieden und Recht bringen können.“

Wenn der norwegische Minister auch an die gewünschten Institutionen Hoffnungen knüpfen mag, die im Klassenstaat nicht erfüllbar sind, so zeugen doch seine Worte im übrigen dafür, daß er ein gut Teil mehr Verständnis für den Kampf der schwedischen Arbeiterschaft an den Tag legt, als die schwedische Unternehmerregierung.

Stockholm, den 3. September, abends 10 Uhr. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Als erster Schritt zur Beilegung des großen Konflikts wird eine Uebereinkunft veröffentlicht zwischen dem Landessekretariat und Buchdruckerverband einerseits und dem Werkstättenverband, Zentralen Arbeitgeberverband, Druckerbischöferverband und Schneidermeisterverband andererseits. Das Landessekretariat beschließt und empfiehlt überall die Aufnahme der Arbeit, ausgenommen bei den Mitgliedsmitgliedern des schwedischen Arbeitgeberbundes. Dagegen erklären ihrerseits die genannten Arbeitgeberverbände: Die Arbeit wird bei uns spätestens am Montag in möglichstster Ausdehnung wieder aufgenommen. Ueber die gegenseitigen Forderungen, soweit sie nicht gerichtlich oder schiedsgerichtlich erledigt werden, verhandeln die Hauptorganisationen direkt miteinander. Zu diesem Akt fügte Cederborg die Erklärung hinzu, nach seiner bestimmten Ueberzeugung werde diese Uebereinkunft ein Eingreifen der Regierung zwecks Vermittlung zwischen den noch im Kampf stehenden Hauptorganisationen zur Folge haben. Jedenfalls will er das sofort beantragen. Mit festen Organisationen kehrt also etwa die Hälfte der Ausständigen zur Arbeit zurück; die andere Hälfte bedarf aber bringend der Unterstützung, um ebenfalls einen ehrenvollen Frieden schließen zu können. Cederborg hat der Regierung aus einer Sakgasse geholfen, als er die Vermittlung erreichte.

Stockholm, 3. September. (M. T. N.) Auf die Anregung des staatlichen Vertrauensmannes Cederborg hat die Streikleitung beschlossen, die Arbeit spätestens am 6. September auf allen Gebieten wieder aufzunehmen, ausgenommen bei den Mitgliedern des schwedischen Arbeitgeberbundes (Svenska arbetsgivarföreningarna). Die Arbeitgeber, bei denen ein Sympathiestreik stattgefunden hat, wollen ihre Arbeiter, wenn möglich, wieder einstellen. Da der Generalstreik auf diese Weise beseitigt ist, bleibt nur noch der Konflikt zwischen dem Svenska arbetsgivarföreningarna und seinen Arbeitern übrig. Die Streikleitung hat den staatlichen Vertrauensmann gefragt, ob unter diesen Verhältnissen eine Vermittlung der Regierung zu erwarten sei. Dieser antwortete, er habe die feste Ueberzeugung, daß die Regierung die Vermittlung übernehmen wolle, wenn der Konflikt auf die von Anfang an streitenden Parteien, nämlich auf den genannten Arbeitgeberverein und seine Arbeiter beschränkt werde.

Steigendes Defizit.

Wir haben gestern bereits die Hauptzahlen des Rechnungsbilanzes der Reichshauptkasse für das vom 1. April 1908 bis 31. März laufende letzte Finanzjahr mitgeteilt, das wiederum mit einem recht ansehnlichen Defizit abschließt, mit einem Fehlbetrag von beinahe 122 Millionen Mark, der sich, wenn nicht durch Einsparungen der im Etat angelegten Ausgaben um ungefähr 63 Millionen Mark „geparnt“ worden wären, sogar auf 185 Millionen Mark erhöht hätte. Zweifellos ein sehr schönes Resultat der Reichsfinanzwirtschaft.

Am meisten hat zu diesem traurigen Ergebnis das Zurückbleiben der Erträge aus den Zöllen, der Tabaksteuer, der Grunderwerbsteuer, der Zehntsteuer, der Erbschaftsteuer hinter den Etatvoranschlägen beigetragen, sowie ferner die beträchtlichen Mindereinnahmen aus der Reichspostverwaltung und dem Bankwesen. Gegen den Voranschlag zurückgeblieben sind nämlich: die Zölle um 121 018 000 M., die Tabaksteuer um 482 000 M., die Grunderwerbsteuer um 4 218 000 M., die Reichsstempelabgaben von Prokuranten um 1 573 000 M., die Steuer auf Personenscheine um 5 036 000 M., von Erlaubnisarten für Kraftfahrzeuge um 83 000 M., von Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten um 2 627 000 M., die Erbschaftsteuer um 11 918 000 M. und die Abfindungen (Werssen) der Ausständigen um 18 000 M.

Von den Betriebsverwaltungen hat nur die Reichsdruckerei bei einer Mehreinnahme von 1 484 000 M. und einer Mehrausgabe von 870 000 M. einen höheren Ueberschuß, und zwar von 614 000 M. abgeliefert. Dagegen ist der Ueberschuß der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung bei einer Mindereinnahme von 20 770 000 M. und einer Minderausgabe von 4 467 000 M. um 16 303 000 M. und der der Reichseisenbahnverwaltung bei einer Mindereinnahme von 9 049 000 M. und einer Mehrausgabe von 1 016 000 M. um

10 065 000 M. hinter dem Anschlage zurückgeblieben. Beim Bankwesen ist ein Einnahmeausfall von 9 034 000 M. zu verzeichnen.

Die übrigen dem Reich zuzurechnenden Einnahmen haben meist Mehrerträge gebracht: die Zigarettensteuer 1 288 000 M., die Zucksteuer 2 650 000 M., die Salzsteuer 499 000 M., die Schaumweinsteuer 34 000 M., der Spielkartenstempel 28 000 M., die Wechselstempelsteuer 408 000 M., die statistische Gebühr 14 000 M. Auch bei der Grunderwerbsteuer, welche in der Gestalt von Vergütungen für ausgeführte oder zu getrieblichen Zwecken verwendeten Brantsteinen wieder zur Veranschlagung gelangt, sind 2 471 000 M. mehr vereinnahmt als veranschlagt worden.

Die Ausgaben für das Heer entsprachen im ganzen den Voranschlägen. Es sind dafür bei den Kontingentsverwaltungen von Preußen, Sachsen und Württemberg einschließlich des diese Verwaltungen angehenden und mit einer Ersparnis von 2 168 000 M. abschließenden Abschnitts des allgemeinen Pensionsfonds an fortwährenden Ausgaben 2 843 000 M. und an einmaligen Ausgaben 132 000 M. weniger als angelegt erforderlich gewesen. Und bei den Einnahmen ist ein Mehr von 281 000 M. zu verzeichnen.

Teurer als veranschlagt hat dagegen die Marineverwaltung gewirtschaftet. Die fortwährenden Ausgaben schließen unter Hinzurechnung des entsprechenden Abschnitts des allgemeinen Pensionsfonds mit 2 485 000 M. und die einmaligen Ausgaben mit 153 000 M. Mehrauswand ab. Da bei der Einnahme 280 000 M. mehr aufgefunden sind, so ist das Ergebnis bei diesem Teile des Reichshaushalts im ganzen um 2 899 000 M. unangünstiger gegen die Voraussetzungen des Etats.

Bei den Fonds zum Reichsschatzamt ergibt sich ohne Berücksichtigung des Abschnitts „Uebereweisungen an die Bundesstaaten“ insgesamt ein Wenigerauswand von 60 439 000 M., der jedoch hauptsächlich rechnerische Ursachen hat. So ist nach § 4 des Etatsgesetzes vom 31. März 1908 (Reichsgesetzbl. Seite 87) der unter Kapitel 684 der fortwährenden Ausgaben zur Verminderung der Reichsschuld eingesezte Betrag von 23 910 000 M. für diesen Zweck nicht verwendet und daher von der Ausgabe sowie zugleich vom Soll der Matrimonialbeiträge abgesetzt worden, weil die im Rechnungsjahre 1908 aufzubringenden Matrimonialbeiträge den Sollbetrag der Uebereweisungen um mehr als 40 Pfennige auf den Kopf der Bevölkerung übersteigen. Ferner hat zwar auch die Verwaltung und Verzinsung der Reichsschuld 33 000 M. „geparnt“, zur Verzinsung der konsolidierten Reichsschuld mußten jedoch 3 375 000 M. mehr als ausgelegt aufgewendet werden, während bei dem Zinsensfonds der zur Deckung einmaliger Ausgaben vorgesehenen schwedischen Schuld und des sonstigen Anleihebedarfes 6 908 000 M. in Abgang gekommen sind, so daß bei den gegenseitig bedingenden Fonds eine Mehrausgabe von 1 409 000 M. entstanden ist.

Das Endergebnis der Reichsfinanzwirtschaft für das Rechnungsjahr 1908 ist also trotz des offensichtlichen Bestrebens, die Ausgaben möglichst für das nächstfolgende Finanzjahr aufzuschieben, ein riesiges Defizit, das größte seit der Reichsgründung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. September 1909.

Der Viermillionenfonds und die Tabakarbeiter.

In Trebbin wandten sich 122 arbeitslose Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen am 19. August mit Unterstützungsgesuchen an das königl. preussische Steueramt, um dort zu erfragen, ob beim Steueramt oder bei welcher anderen Behörde ihre Unterstützungsgesuche einzureichen wären. Die Antragsteller wurden von den unteren Beamten verläßt, daß sie schon jetzt nach Geld kämen. Nach Verlauf von einer Stunde ließ sich dann auch der Herr Zollinspektor sprechen, dem dieselbe Frage vorgelegt wurde. Der Herr Zollinspektor erklärte, daß da seine Behörde keine Anweisung bekommen hätte, das Hauptzollamt in Potsdam zuständig sein müsse. Darauf wurden am 23. August 76 Gesuche und am 25. August weitere 46 Gesuche, jedes einzeln mit einer 10 Pf.-Marke frankiert, an das Potsdamer Zollamt eingesandt.

Am 20. August brachte der Briefträger die ersten 76 Gesuche zusammen an den Bevollmächtigten des Tabakarbeiterverbandes der Trebbiner Zählstelle zurück. In dem beigelegten Schreiben wurde gesagt, daß das Hauptzollamt nicht zuständig sei, und wegen Portoerparnis die Gesuche nicht an die einzelnen Absender zurückgegeben würden. Nach den Mitteilungen der Tagespresse würde wohl die Polizeiverwaltung in Trebbin die maßgebende Stelle für die Einreichung der Gesuche sein. Darauf ging am 23. August der Bevollmächtigte zum Bürgermeister in Trebbin, trug ihm die Sache vor und zeigte ihm das Schriftstück des Hauptzollamtes. Auch der Herr Bürgermeister hatte noch keine Anweisung und versprach deshalb, sich sofort mit dem Landrat des Kreises in Verbindung zu setzen. Am 5. Uhr desselben Tages wurde der Bevollmächtigte zum Bürgermeister bestellt und ihm eröffnet, daß auch der Landrat nichts wüßte. Der Bürgermeister versprach danach, beim Hauptzollamt anzufragen. Diese Anfrage ging am 26. August ab. Am 30. August fragte der Bevollmächtigte beim Bürgermeister an, wie es mit der Sache stehe. Er erhielt zur Antwort, daß bis dahin noch kein Bescheid vom Hauptzollamt eingetroffen sei. Nun fuhr der Bevollmächtigte sofort per Rad zum Hauptzollamt nach Potsdam, um dort die Antwort mündlich in Empfang zu nehmen. Er wurde auf dem Hofe in „Audienz“ empfangen und ihm kurzweg eröffnet, daß noch keine Verfügung ergangen sei.

Als die Sache der Gauleitung des Verbandes bekannt wurde, sandte diese den Genossen Wörner aus Berlin am 2. September nach Trebbin. Wörner begab sich mit zwei Beauftragten der Trebbiner Tabakarbeiter zum Bürgermeister und zeigte ihm die Verordnungen, die vom preussischen Finanzminister und vom Minister für Handel und Gewerbe zu den Ausführungsbestimmungen zum Art. 2a des Tabaksteuergesetzes erlassen worden sind. Danach sind die Gemeindebehörden für die Einreichung der Unterstützungsanträge zuständig. Es hat also in diesem Falle das Bürgermeisteramt in Trebbin die Anträge entgegenzunehmen. Der Herr Bürgermeister erklärte bereitwillig, daß er sich unter Beilegung dieser Verordnung — von der erst 1861 schriftlich genommen wurde — nochmals sofort an das Hauptzollamt in Potsdam wenden würde. Im übrigen ermahnte er sich zur Empfangnahme der zurückgesandten 76 Unterstützungsgesuche bereit.

Eine merkwürdige Sache! Bei den Behörden weiß kein Mensch, was er mit den Unterstützungsgesuchen anfangen soll. So flüchten preussische Behörden im Reiche der fortgeschrittenen Sozialreform, wenn es sich um Unterstützung der durch die Sozialpolitik brotlos gemachten Arbeiter handelt.

Sobald geht vom Bevollmächtigten in Trebbin die Nachricht ein, er sei am 3. September vom Hauptzollamt in Potsdam benachrichtigt, daß jetzt laut Anweisung das Hauptzollamt in Potsdam für die Unterstützungsanträge zuständig sei.

„Der Skandal von Halle.“

Unter diesem Titel veröffentlicht der Abgeordnete Arendt einen Artikel in der „Gegenwart“. Wenn man annehmen würde, daß Herr Arendt als Skandal brandmarkt, daß die Wahl unter Ignorierung der Gesetzesbestimmungen so endlos verschleppt wird, läßt man sich. Dagegen hat ein Arendt nicht das geringste einzuwenden. Was er als Skandal empfindet, ist, daß die freisinnige Volkspartei keinen zugänglicheren, bekannteren Kandidaten aufbringen vermocht habe, als den Berliner Stadtverordneten Reimann. Diese Kandidatur sei nicht geeignet, den Landsturm der Wähler, die sich aus Gleichgültigkeit der Abstimmung zu enthalten pflegen, aber 1907 durch den Hottentottenrummel einmal an die Wahlurne getrieben worden waren, abermals mobil zu machen. An Stelle der Begeisterung bei der Hottentottenwahl sei eine schwere Enttäuschung und Entmutigung getreten. So sei man „im Begriff, den roten das Mandat sozusagen ohne Schwertstreich“ (1) zu überlassen. Das sei ein politischer Skandal ersten Ranges. Und daran trage einzig und allein die freisinnige Volkspartei die Schuld, die Herrn Reimann aufgestellt habe:

„Das ist der Skandal von Halle — und die freisinnige Volkspartei vermag keinen Kandidaten ihrerseits zu beschaffen, der imstande ist, das Mandat für die Partei zu retten, sie ist zu einer Verlegenheitskandidatur gezwungen, von der jeder weiß, daß sie die Niederlage besiegelt. Das ist die geistige Vorkroftklärung des Freisinn.“

Herr Arendt ist aber schließlich doch noch der Hoffnung, daß der Hansabund eingreifen, Herrn Reimann absetzen und einen der Nationalliberalen und Konfessionellen genehmen Kandidaten durchsetzen werden. Unter Halleisches Bruderorgan bemerkt zu diesem Lebenswundern: „Ob der Hansabund in die plumpe Falle springt, wissen wir nicht, das aber wissen wir wohl, daß jeder bürgerlich-liberale Kandidat in Halle im Gelde des Hansabundes wird schwimmen können. Damit hat die Sozialdemokratie zu rechnen.“

Die Reichserbschaftsteuer.

Die Erträge aus der im Jahre 1906 eingeführten Reichserbschaftsteuer haben bisher den Erwartungen nicht entsprochen. Der Ertrag blieb beträchtlich hinter den Etatsanlaß zurück. In dem laufenden Finanzjahr scheint sich der Ertrag jedoch etwas besser gestalten zu wollen. Im ersten Drittel 1909 sind 11,5 Millionen Mark aus der Erbschaftsteuer für das Reich vereinnahmt. Das sind 4,5 Millionen Mark mehr als im gleichen Zeitraum 1908. Bedenkt man, daß im Etat des letzten Jahres die Erbschaftsteuer mit 42 Millionen Mark angesetzt war, im Etat für 1909 dagegen von ihr nur 30 Millionen Mark erwartet werden, so wird man zu dem Schluß kommen, daß wenigstens diese Einnahmequelle des Reiches eine günstigere Entwicklung im laufenden Jahre in Aussicht stellt.

Die Verteilung der Erträge aus der Erbschaftsteuer zwischen Reich und Einzelstaaten ist übrigens nach dem neuesten Finanzgesetz eine andere geworden. Während nach der Ver. Stengel den einzelnen Bundesstaaten bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1910 mindestens der Betrag ihrer Durchschnittseinnahme an Erbschaftsteuer in den Rechnungsjahren 1901 bis 1905 verbleiben sollte, ist im neuesten Finanzgesetz bestimmt, daß vom 1. April 1909 ab von dem Rohertrag, welcher aus der Besteuerung der Erbschaften aufkommt, das Reich drei Viertel erhält und den einzelnen Bundesstaaten nur ein Viertel ihrer Hoheinzahlungen verbleibt.

Ueber die Wahlausichten der Freisinnigen in Halle a. S. schreibt die „Katholische Zeitung“ in Nr. 411 vom 8. September:

„Die freisinnige Kandidatur in Halle a. S. scheint nicht sehr glücklich gewählt zu sein. Wie wir dem Schulblatte der Provinz Sachsen entnehmen, haben sich in einer Versammlung, die vor einiger Zeit in Halle stattfand, die Vertreter der Lehrerzirkel gegen Herrn Reimann ausgesprochen und ihn vorgeschlagen, daß der Führer und Sprecher der Freisinnigen Volkspartei Justizrat Cassel, in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter die Versprechungen nicht gehalten habe, die er im Landtage den Lehrern in Bezug auf die Gleichstellung mit den Verwaltungsfunktionären machte. Persönlichkeiten, die so zwischen Theorie und Praxis unterscheiden, müßte man mit dem allergrößten Mißtrauen begegnen. Die Auffstellung der Kandidatur Reimann wurde hierauf gegen die fünf Stimmen der anwesenden Lehrer beschlossen. Da bekanntlich auch Vertreter des Mittelstandes sich gegen die Kandidatur Reimann ausgesprochen haben, so scheint die Aussicht auf einen neuen Sieg über die Sozialdemokratie in Halle schwächer zu werden. Es wird großer Anstrengungen der bürgerlichen Parteien bedürfen, um trotzdem diesen Sieg herbeizuführen.“

Das heutige Fürsorgeerziehungssystem.

Die mehrfach gerichtlich festgestellten Unzulänglichkeiten und widerlichen Mißstände des heutigen Fürsorgeerziehungssystems — erinnert sei hier nur an die jüngsten Vorkommnisse in der Musteranstalt Miesgeln — haben endlich die Regierung zu einem Eingriff veranlaßt. Zu einer gründlichen Prüfung und Aenderung der heutigen Fürsorgeerziehung vermochte man sich jedoch trotz ihrer offensichtlichen Mißerfolge nicht zu verstehen. In ähnlicher Weise versucht man es vielmehr durch eine regierungsseitige Verfügung nur einem einzelnen Mißstand abzuwehren, nämlich der häufigen Aufnahme von völlig schwachsinningigen jugendlichen Personen in die Fürsorgeerziehungsanstalten. Künftig soll vor der Ueberführung minderjähriger in solche Anstalten eine nähere Untersuchung ihres geistigen und körperlichen Gesundheitszustandes im gerichtlichen Fürsorgeerziehungsverfahren vorgenommen werden. Der vom Minister des Innern den Kommunalverbänden zugeleitete, die Unternehmung anordnende Ertrag des Justizministeriums hat folgenden Wortlaut:

„Bei der Ausführung der Fürsorgeerziehung wird der Erfolg des Erziehungsversuches wesentlich bedingt durch die richtige Auswahl der ersten Erziehungsstätte. Um eine solche treffen zu können, ist es für die mit der Ausführung der Fürsorgeerziehung betrauten Kommunalverbände von Wichtigkeit, auf Grund zuverlässiger Unterlagen über den geistigen und körperlichen Gesundheitszustand des zur Fürsorgeerziehung überwiesenen minderjährigen rechtzeitig und richtig zu werden. In Fällen, in denen geistige und körperliche Verwahrlosung die Anordnung der Fürsorgeerziehung erforderlich macht, wird das Vormundschaftsgericht sich in Gemäßheit des § 3 B. G. der Feststellung des geistigen und körperlichen Gesundheitszustandes des minderjährigen unterziehen müssen. Die Kommunalverbände können daher in diesen Fällen das für ihre Entscheidung erforderliche Material den die Fürsorgeerziehung anordnenden Behörden entnehmen. In den zahlreichen übrigen Fällen sind die Vormundschaftsgerichte zwar in der Lage, ohne vorherige Feststellung des Gesundheitszustandes des minderjährigen die Fürsorgeerziehung anzuordnen. Mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung, welche die Kommunalverbände einer zuverlässigen und rechtzeitigen Erforschung des Gesundheitszustandes der zur Fürsorgeerziehung überwiesenen mit Recht bezeichnen, muß es jedoch als erwünscht bezeichnet werden, daß auch in denjenigen Fällen, in welchen es die Veranlassung über die Fürsorgeerziehung an sich nicht erfordert, die Vormundschaftsgerichte ihre Ermittlungen auf die Gesundheitsverhältnisse des minderjährigen ausdehnen. Hierdurch dürfen insofern weder der Staatskasse Kosten erwachsen, die nach § 15 B. G. der Kommunalverbände zu tragen hat, noch darf dadurch eine Verzögerung des gerichtlichen Verfahrens eintreten. Demgemäß wird es Aufgabe der Vormundschaftsgerichte sein, auch zu den zuletzt bezeichneten Fällen die Vernehmung der Angehörigen, die nach den gesetzlichen Vorschriften gehört werden müssen,

oder aus anderen Gründen tatsächlich vernommen werden, auf die Gesundheitsverhältnisse des minderjährigen in geistiger und körperlicher Beziehung zu erstrecken und dabei die bezeichneten Personen über die Vergangenheit des minderjährigen, namentlich über etwaige Erkrankungen und Verletzungen, über besonders auffällige Erscheinungen in seinem Verhalten, über das Maß seiner Schulleistungen sowie über die in seiner Familie etwa erblichen Leiden zu hören und das Ergebnis aktenkundig zu machen.“

Protest des Münchener Proletariats.

In sieben überaus stark besuchten Volksversammlungen, die am Donnerstagabend in den größten Sälen Münchens stattfanden, protestierten die Münchener Parteigenossen gegen das durch die Reichsfinanzreform zum Ausdruck gekommene volkverräterische Treiben der Reichstagsmehrheit, gegen die von der bayerischen Regierung, dem Zentrum und den Liberalen im Ausschuß des bayerischen Landtages beschlossene Steuerreform, gegen den unvollständigen Wählerkader der vereinigten Liberalen und Ultramontanen bei der jüngsten Reichstagswahl, wo sie den seit vier Jahren im Gemeindefunktionat tätigen bewährten Gewerbetreibenden Dr. Wehler wegen seiner Arbeiterfreundlichkeit durchfallen ließen und dafür ein Protektionist des Scharfmachertums, den jungen Bezirksamtsassessor Dr. Meißner von Wasserlorenz wählten, und endlich gegen die Verschwendung städtischer Mittel beim nächsten Kaiserempfang. In sämtlichen Versammlungen wurde folgende Resolution zum Beschluß erhoben:

„Die Versammlung spricht die schärfste Mißbilligung der Politik der bürgerlichen Parteien aus, die zu der sogenannten Reichsfinanzreform geführt hat und die sich nun als eine ganz ungeheure Ausbeutung der Arbeiter und der wirtschaftlich Schwachen qualifizieren läßt.“

Darum erklären die Versammelten, alles daran setzen zu wollen, daß bei den nächsten Reichstagswahlen mit jenen Parteien gründlich abgerechnet wird, die an dieser Verrückung des Volkes beteiligt oder bereit waren, vier Fünftel der halben Milliarde auf die Schultern der Massen abzuwälzen.

Angesichts der neuen ungeheuerlichen Belastung mit indirekten Reichssteuern fordern die Versammelten die Münchener Landtags-Abgeordneten auf, energisch gegen die von der Regierung, dem Zentrum und den Liberalen im Ausschuß bereits angenommenen bayerischen Steuererlässe zu wirken, damit diese weitere unerträgliche Verdrückung gerade der unteren und mittleren Einkommensstufen verhindert werde.

Des ferneren protestiert die Versammlung mit allem Nachdruck gegen das schändliche Verhalten der vereinigten Liberalen und Ultramontanen im Rathause bei der jüngsten Reichstagswahl, gegen die durch den unvollständigen Wählerkader den im Landtag neu aufgestellten Lasten und die freche Verhöhnung der Mehrheit der Münchener Bürger durch die bezeichneten Reichstagsabgeordneten.

Ebenso verurteilt sich die Versammlung entschieden gegen die Verschwendung von städtischen Mitteln beim nächsten Kaiserempfang. Sie bezeichnet es als prächtig leichtfertig, die aus den Taschen der Steuerzahler gewonnenen städtischen Gelder zu byzantinischen Zwecken in einer Zeit zu vergeuden, in der die arbeitenden Stände unter der wirtschaftlichen Not und dem Steuerdruck zusammenbrechen.

Die Versammelten geloben, durch Stärkung der sozialdemokratischen Organisationen, durch Verbreitung politischer Aufklärung die Abrechnung mit den Volksverrätern im Reichsparlament und in der Gemeinde wirksam vorzubereiten.“

Eine Miesdemonstration der sozialdemokratischen Frauen.

Bildete den Abschluß des Katholikentages in Breslau. Ueber 1200 Frauen und 200 Männer füllten den großen Saal des „Kronprinzins“. Noch nie hat Breslau eine so stark besuchte Frauenversammlung gesehen.

Frau Emma Höfer ging mit den Zentrumsfrauen, die mit ihrer Fackel und Stenographen das Volk ausgingen, andrängenden Arbeiterfrauen entgegen und schrie: „Wir sind alle Frauen, wir sind alle Arbeiterinnen, wir sind alle Frauen, wir sind alle Arbeiterinnen.“ Eine entsprechende Resolution wurde angenommen.

Militärische Gerechtigkeit.

Ein netter militärischer Erzähler, von dem sein Hauptmann sagt, daß er seinen Vorgesetzten habe, ist der Unteroffizier Heinrich Bruhn von der neunten Kompanie des Regiments „Hamburg“. Die Anklage wirkt ihm eine ganze Reihe Schandthaten vor. Am 20. Juli d. J. sollte seine Kompanie im Dorf Heider Lager unter Aufsicht eines Feldwebels Stiefel säubern. B. ließ seine Korporalchaft ordentlich 10 Minuten zu früh antreten und 40 Minuten lang nicht auf hartem Stein — bezog. Sandboden das zugehörig säubern. Er erlaubte nicht, daß die Soldaten sich für kurz Zeit erhoben. Von Schmerzen gepeinigt und unfähig, länger in dieser Stellung zu verharren, erhob sich der Unteroffizier B. und bat den Unteroffizier, zum Feldwebel gehen zu dürfen. Der Unteroffizier befehl ihm aber, zu knien, worauf er dem B. zurief: „Marsch, marsch aus dem Saal.“ B. führte diesen Befehl aus, worauf Bruhn weiterkommandierte: „Hinlegen“, „Auf“, „Marsch, marsch aus dem Saal.“ „Hinlegen“ usw. usw., bis der Soldat beim letzten Kommando erschöpft stehen blieb. Der Unteroffizier packte B. und wollte ihn niederknien, wobei er ihn die Knie vor die Brust setzte und ihm einen Fußtritt in den Leib gab. Der Feldwebel wurde auf diese Schandthat aufmerksam, als der Gepeinigete schließlich in drohender Haltung den Stiefel in der Hand hielt und brachte die Sache zur Anzeige.

Ferner hat dieser famose Stellvertreter seine Leute in gemeiner Weise bedrängt: „Hämmerliches Pad“, „Einbrecher“, „Spighuben“, „Merke mit roter Gesinnung“, „Dass ein Maul wie ein umgedrehtes Kuharschloch“ und andere liebliche Worte. Einem Soldaten rief er nachts zweimal die Pöckel fort, nach B. warf er mit einem Schmel und drohte ihm nach der Meldung, ihn auf Festung bringen zu wollen.

Der wegen vorchriftswidriger Behandlung, Mißhandlung und Verleumdung Untergeordneter Angeklagte erklärt, er habe eine sehr schlimme Korporalchaft, bestehend aus vorbestraften Leuten, die sozialdemokratische Gesinnung hegen und daher schlecht zu regieren seien. Einen Teil seiner „Uebergriffe“ gab er zu, die er aber nach bekanntem Muster mit seinem „Dienst-eifer“ zu entschuldigen suchte.

Der Kompaniechef sagte aus, der Angeklagte habe recht mit seiner Behauptung, daß die Leute sozialdemokratisch gesinnt seien. Das Regimentskommando habe ausfindig gemacht, daß die Leute in einer bestimmten Wirtschaft Zusammenkünfte zur Verbreitung militärischer Angelegenheiten in sozialdemokratischem Sinne abhielten. Der Besuch der Wirtschaft sei nun den Soldaten verboten. Die Nachforschungen seien vorläufig eingestellt. Einer der heutigen Belastungszeugen sei wahrscheinlich (1) der Sprecher in den Versammlungen gewesen. Der Angeklagte sei ein guter Unteroffizier im Außendienst, aber mangelhaft im inneren Dienst; es fehle ihm an Geduld, er sei jähzig, melde entweder jede Kleinigkeit oder greife zur unerlaubten Erbschließung. Auch sei er wegen vorchriftswidriger Behandlung von Untergeordneten bereits bestraft. Er habe seinen Verurteilten verschwiegen.

Der Vertreter der Anklage geht wiederholt auf die angeblichen Versammlungen und Verschwörungen ein und will durch Zeugen-

ladungen Aufklärung schaffen. Das Kriegsgericht (17. Division) lehnt diese Anträge ab, weil sie mit der Schuld- und Straf-ausschließungsfrage nichts zu tun hätten.

Der Ankläger beantragte fünf Wochen Mittelarrest. Das Gericht erkannte auf ganze 15 Tage Mittelarrest, womit der militärischen Gerechtigkeit Genüge geschehen ist.

Spanien.

Aus Mexiko wird vom 8. September amtlich gemeldet, daß gestern den ganzen Tag Ruhe herrschte. Die Mauren verbrannten gegen Abend alle in der Nähe des spanischen Lagers gelegenen Dörfer, damit sie nicht in die Hände der Spanier fielen. Der Kreuzer „Estremadura“ ist zur eventuellen Unterstützung der Bewegungen der Avantgarde nach Cabo Agua abgegangen. Der Feind schoß auf einige Soldaten, die Wasser holten, ein Mann wurde getötet.

Italien.

Morgari über die Agitation gegen den Zarenbesuch.

Rom, 1. September. (Fig. Ber.)

Der Turiner Korrespondent des „Avanti“ hat den Genossen Morgari interviewt, um seine Ansicht über den Stand der Agitation gegen den Zarenbesuch zu erfahren. Morgari hat erklärt, daß er die heutige Stellungnahme der Partei und der Konföderation keineswegs als Niederlage seines ursprünglichen Vorworgs ansehe. Er hätte damals im Parlament vom Ausspielen des Zaren gesprochen, weil er zu seinem Empfang keine Wunden versprechen konnte und durfte, und ihm nur daran lag, irgend einen Ausdruck ungewisser Mißachtung zu finden. Jede andere Form des Massenprotestes erfüllte aber in gleicher Weise ihren Zweck, sobald sie derart wäre, daß sie die Presse nicht mit stillschweigend übergehen könnte. Als Morgari im Jahre 1903 die Sache zum erstenmal vor die Kammer brachte, verhielt sich die reformistische Mehrheit der Fraktion geradezu feindlich; heute dagegen seien auch die Reformisten Verfechter einer lebhaften Protestagitation. Ueber den Beschluß des Parteivorstandes sagte Morgari, daß er eine Arbeitsniederlegung von 24 Stunden gelten lasse. Was die Konföderation der Arbeit betrifft, so sei diese durch ausdrückliche Kongreßbeschlüsse in der Anwendung des Generalstreiks beschränkt. Ueber den mutmaßlichen Verlauf der Demonstration meint Morgari, daß viele nicht zur Konföderation gehörende Gewerkschaftsorganisationen den Generalstreik proklamieren würden und sich auch die Konföderation zu ihm entschließen würde, falls die Protestversammlungen auf Vollgehebe stünden.

Die Dispositionen, die die Konföderation in Erwartung des Zarenbesuches getroffen hat, sollen nach dem „Avanti“ die folgenden sein. Alle Arbeiterorganisationen hielten ihre Fahnen halbmast, so lange der Zar auf italienischem Boden weilt. Überall sind am Nachmittag Protestversammlungen einzuberufen, und die Arbeit ist entsprechend früher einzustellen. Wo die Protestversammlungen verboten werden, ist der Generalstreik für die Dauer von 24 Stunden zu proklamieren, unter Ausschluss der öffentlichen staatlichen Dienste (Post, Telegraph und Eisenbahn). Schließlich sollen überall in den Versammlungen Gelder für die russische Revolution gesammelt werden.

Rußland.

Defizit und Anleihehoffnungen.

Die Vorarbeiten für den Etat für 1910 haben, wie nicht anders zu erwarten war, wiederum erwiesen, daß auch im nächsten Jahre ein riesiges Defizit und selbstverständlich auch eine neue Anleihe zu erwarten sind. In offiziellen Kreisen wird die Höhe des bevorstehenden Defizits auf 80 Millionen Rubel angegeben. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß das tatsächliche Defizit die genannte Summe beträchtlich überschreiten wird.

Es ist nunmehr schon das sechste Jahr, in dem Rußland seinen Etat mit einem Defizit abschließt. Im Jahre 1904 belief sich das Defizit auf 317,1 Millionen, 1905 auf 215 Millionen, 1906 auf 481,1 Millionen, 1907 auf 135,4 Millionen und 1908 auf 127 Millionen Rubel. Wenn die Defizite während der Kriegsjahre zum Teil erträglich waren, so weisen sie in den nachfolgenden Jahren unüberwindlich nach, daß die Finanzmisere eine Folge des Kampfes der Regierung gegen das Volk, ein Beweis der völligen Unfähigkeit und Schädlichkeit der Regierung ist. Trotz der ungeheuren Belastung des Volkes, die stärker ist als in jedem anderen Lande, trotz der ungeheuren Geldquellen, die der Regierung in Gestalt verschiedener Unternehmungen und Monopole in die Hand gegeben sind, steht sich die Regierung jahraus, jahrein genötigt, zu Kriechanleihen zu greifen, um ihre Existenz aufrecht zu erhalten. Die Folge ist natürlich, daß die Verschuldung Rußlands unglaubliche Dimensionen angenommen hat, und daß neue Schulden gemacht werden müssen, um die Zinsen der alten zu bezahlen. Gegenwärtig hat die Staatsschuld die Höhe von neun Milliarden Rubel (19,8 Milliarden Mark) erreicht und der Schuldendienst verschlingt 25 Prozent des Netto-budgets.

Die Hoffnungen der russischen Bankkreise konzentrieren sich in diesem Jahre immer mehr auf England. Die Aussichten auf eine neue Anleihe in Frankreich, das bisher die meiste Kasse der russischen Regierung war, sind offenbar sehr trüb. Man will es nun mit England versuchen, dessen Großbourgeoisie kürzlich den Zaren und seine parlamentarischen Schrittmacher so herzlich empfing. Wie aus Petersburg mitgeteilt wird, hat die Idee der englisch-russischen Annäherung nur darum solche Fortschritte gemacht und selbst in englandfeindlichen Kreisen Anhänger gefunden, weil damit die Hoffnungen auf eine neue Kriechanleihe und die Heranziehung englischer Kapitalien zur Förderung der russischen Industrie verknüpft waren. Es wird in offiziellen Kreisen offen ausgesprochen, daß man von der Annäherung an England eine Verringerung der russischen Finanzlage erwarte. Und der Zar selbst hat durch seine Ansprachen an die Vertreter der englischen Kapitalisten gezeigt, daß er trotz seines absoluten Gottesgnadentums gelernt hat, die Interessen der „vaterländischen“ Bourgeoisie im Ausland zu vertreten.

Die Vorarbeiten für den Etat für 1910 erhalten noch dadurch ein charakteristisches Gepräge, daß wiederum die Einkommens- und Verbrauchssteuern der Regierung in den Vordergrund gerückt sind. Die Vorlage wird aber schwerlich in der Duma eingebracht werden, denn sie stößt in den Reihen der Regierungsparteien, der Junker wie der Kapitalisten, auf heftigen Widerspruch. Die Finanzwirtschaft dieser Kreise gipfelt eben in dem Grundfrage: indirekte Steuern und ausländische Anleihe! Und von diesen Wünschen getrieben, arbeiten sie im Verein mit der Regierung, um Rußland in Grund und Boden zu wirtschaften.

Persien.

Der pensionierte Schah.

Teheran, 2. September. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Der Widerstand des schahischen Schahs gegen die Abtretung seiner Besitzungen in Azerbeidschan an die Regierung ist überwunden worden. In einer auf der russischen Gesandtschaft abgehaltenen Konferenz zwischen einer Deputation der Regierung und den russischen und englischen Vertretern ist ein Protokoll aufgesetzt worden, nach dem die Kreise des schahischen Schahs drei Tage nach Unterzeichnung des Protokolls stattfinden soll und dem Schah eine Jahrespension von hunderttausend Toman ausgesetzt wird.

Gewerkschaftliches.

Städtische Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

In der am Donnerstag stattgefundenen Sitzung der Kölner Stadtverordneten teilte die Verwaltung mit, daß für den kommenden Winter eine ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit zu erwarten sei, gegen die besondere Maßnahmen erforderlich sein würden, mit deren Ausarbeitung die Verwaltung der Stadt Köln beschäftigt ist. Freitag wird eine Kommission der größeren Städte Westdeutschlands zusammentreten, um gemeinsame Maßnahmen gegen die drohende Arbeitslosigkeit zu treffen und insbesondere gemeinsam den Arbeitsnachweis zu regeln.

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung gegen die Subunternehmer im Fliesenlegerberuf hat zu einer Reihe weiterer Erfolge geführt, wie am Donnerstag in einer allgemeinen Versammlung der Fliesenleger und Hilfsarbeiter, gemeinsam veranstaltet von den verschiedenen am Kampfe beteiligten Organisationen, durch Waldheim berichtet wurde. Auf derselben Grundlage, wie im Juli mit Gebrüder Vogel und mit Schmalkus u. Below, sind inzwischen durch vertragliche Abreden mit einer Anzahl Firmen die Subunternehmer ausgeschlossen worden. Bei 12 Subunternehmern, die dort ihre Rolle ausgeübt haben, waren feinerzeit 141 Fliesenleger beschäftigt; nach Aufhebung der Sperren konnten bei den in Betracht kommenden Firmen, für die jene Subunternehmer solange tätig gewesen waren, 300 Kollegen in Arbeit treten. Mit dem Resultat der Bewegung kann man ganz zufrieden sein. Es ist Aufgabe der organisierten Fliesenleger, in der Richtung weiter zu wirken. Ein Zwischenspiel ist noch zu verzeichnen. Die Tariffirmen haben vor der Schlichtungskommission darzulegen gesucht, daß ein Tarifbruch durch die Sperren über ihre Subunternehmer begangen worden sei. Wegen die Stimmen der Arbeitgebervertreter hat die Schlichtungskommission (Arbeitgeber und Vorstehende) auch darin einen Tarifbruch gefunden. Die Fliesenleger erkennen den Spruch nicht an. Sie halten an der von vornherein von ihnen vertretenen Ansicht fest, daß sie, ohne gegen den Tarif zu verstoßen, die Subunternehmer sperren können, ganz gleich, wo diese ihre Arbeit her bekommen.

Die Richtlinien für das zukünftige Verhalten der Fliesenleger gibt folgende Resolution an, die einstimmig angenommen wurde: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem bisherigen günstigen Verlauf des Kampfes gegen das Subunternehmergeschäft. Sie ist der Ansicht, daß alle bekannten Subunternehmer, wenn diese als selbständige Geschäfte in Erscheinung zu treten suchen, die Absicht haben, die von den Fliesenlegern mit den Geschäften geschlossenen Verträge zu umgehen. Aus diesem Grunde sind jene Subunternehmer weiter als gesperrt zu betrachten. Die Arbeiten, welche die Subunternehmer Döschel, Wolf, Wielefeld, Meher, Sandorf, Wehnerdorf und Gronski übertragen wurden, gelten weiter als gesperrt. Der ablehnende Standpunkt unserer Vertreter in der Schlichtungskommission in der Verhandlung vor dem Gewerbegericht (27. August) wird aufrechterhalten. Es wird unseren Vertretern anheimgegeben, nach ihrem Ermessen weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu veranlassen. — Es soll ferner hiermit klar zum Ausdruck gebracht werden, daß nur dann an den Abschluß eines neuen Tarifes für den Fliesenlegerberuf gedacht werden kann, wenn außer sonstigen Verbesserungen auch Bestimmungen in den Tarif aufgenommen werden, welche die Ausschaltung des Subunternehmerums vorsehen. Die Fliesenleger und Hilfsarbeiter Berlins sind bereit, selbst mit den schärfsten Mitteln für diese ihre Forderung einzutreten.“

Deutsches Reich.

Weitere Entlassungen infolge der Tabaksteuererhöhung.

In einer Reihe von Zahlstellen des 13. Gau des Deutschen Tabakarbeiterverbandes sind Entlassungen und auch Arbeitsbeschränkungen erfolgt. Es handelt sich um die Orte Prenzlau, Storkow, Woltersdorf, Küstrin und Neudamm. In letztgenannten Orte werden auch Arbeiter davon betroffen, die 25 Jahre und noch darüber bei einer Firma beschäftigt sind. In Schwedt a. O. wurde 60 Arbeitern und Arbeiterinnen gefunden.

Ueber die Wirkung der neuen Tabaksteuer auf die Nebenberufe wird der Vorstand des Holzarbeiterverbandes Material sammeln, soweit die bei der Fabrikation von Zigarrenlisten und -formen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage kommen. Er richtet sich mit seiner Bekanntmachung an die Zahlstellen des Verbandes, in der es heißt:

„Nach dem aus deren Mäßen (der im Zigarrenlistengeverbe usw. Beschäftigten) beantragt worden ist, auch ihnen bei Erfüllung der erwähnten Voraussetzungen die Unterstützung des Reiches zu verschaffen, richten wir an die in Frage kommenden Zahlstellenverwaltungen die Aufforderung, alle Fälle von Betriebsbeschränkungen und Entlassungen in der Zigarrenlisten- und Zigarrenformenbranche, die auf das neue Tabaksteuergesetz zurückzuführen sind, mit Namen und Datum genau zu registrieren, damit zur Begründung etwaiger Ansprüche auch tatsächliches Material beigebracht werden kann.“

Achtung! Orgelbauer!

Die Firma P. A. Ademann u. Sunde, Orgelfabrik-Ateliers in Sundberg in Schweden macht Anstrengungen, um Streikbrecher in Deutschland anzuwerben. Insbesondere werden Arbeiter für Pfeisorgeln und Harmoniums gesucht. Als Streikbrecheragent funktioniert ein deutscher, bei der Firma angestellter Orgelbauer. Die deutschen Orgelbauer werden gebeten, den Bezug nach Sundberg, wie überhaupt nach Schweden, fernzuhalten.

Kennzeichnende Verbesserungen.

ergielte der Brauereiarbeiterverband für die in der Brauerei 1111 beschäftigten Arbeiter. Durch Tarifabschluß wurde die tägliche Arbeitszeit von elf Stunden im Sommer auf zehn, im Winter auf 9½ Stunden herabgesetzt. Die bisher üblichen Monatslöhne wurden zu Wochenlöhnen umgerechnet, wobei jeder Beschäftigte eine Lohnzulage von 3,80 M. pro Woche erhielt. Im zweiten Tarifjahr erfolgt eine weitere Lohnzulage von 1 M. pro Woche. Die Bezahlung für Überstunden- und Sonntagsarbeit wird pro Stunde um 10 Pf. erhöht. Außerdem wurden noch einige andere kleine Vergünstigungen erreicht und ein Urlaub von drei bis fünf Tagen. Diese Vereinbarungen gelten für drei Jahre. Die Erfolge sind umso höher zu bewerten, als diese Arbeiter nur kurze Zeit dem Brauereiarbeiterverbände angehören.

In Greifswald ist es dem Brauereiarbeiterverbände nach vielen Bemühungen ebenfalls gelungen, einen Tarif abzuschließen, obwohl nur ein Teil der Arbeiter der Pfefferbrennerei organisiert ist. Die tägliche Arbeitszeit wurde von zwölf auf zehn Stunden verkürzt, die Löhne durchweg um 2 M. pro Woche erhöht. Überstunden- und Sonntagsarbeiten werden um 10 resp. 20 Pf. pro Stunde höher bezahlt. Die siebente Schicht der Heizer und die Sonntagsdujour werden um 1 M. erhöht. Schließlich wurden noch die Ansprüche auf 616 M. G. B. in der in der Brauereiindustrie allgemein üblichen Weise festgelegt. Dieser Tarifvertrag hat Gültigkeit auf zwei Jahre.

Der Streik der Tischler in Rostock beendet.

Nach 16 Wochen hat der Streik in Rostock ein Ende gefunden. Als der Streik Mitte Mai seinen Anfang nahm, glaubten die Rostocker Tischler nicht, daß der Kampf bis zu den ersten Septembertagen

andauern würde. Nicht alle Forderungen konnten bei der neuen Tarifregulierung durchgesetzt werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Tag war das Ziel. Erreicht wurden drei Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche; immerhin ein wesentlicher Erfolg. Auf 5 Pf. Lohnhöhung pro Stunde stand die Forderung der Tischler, 2 Pf. Lohnhöhung pro Stunde wurden erreicht; auch sonst wurden auf die einzelnen Affordate seitens der Unternehmer kleine Aufbesserungen ausgedrückt. Die junge Organisation der Rostocker Tischler hat im Laufe des Streiks schwere Stunden durchmachen müssen. Viele Mitglieder, die zum erstenmal im Lohnkampf standen, wurden ungeduldig, als Woche um Woche verrann und noch immer kein Friedensschluß kommen wollte. Es gab Streikbrecher hier und dort, dadurch verlängerte sich der Kampf, weil die Unternehmer die notwendigen Aufträge erledigen konnten. Hätten alle Tischler ihre volle Pflicht getan, der Streik wäre in kurzer Zeit zugunsten der Arbeiter entschieden gewesen.

Der Streik der Steinseher und Hammer in Dresden und Umgegend dauert nun bereits 17 Wochen. Allem Anschein nach kommt er nun bald zur Entscheidung. Die Behörden, die den Unternehmern solange den gewünschten Aufschub der Arbeiten gewährt haben, werden ungeduldig, weil die Fertigstellung dringend notwendiger Arbeiten bei weiterem Aufschub ernstlich in Frage gestellt ist. Einige größere Arbeiten sind ihnen schon verloren gegangen. Der Rat zu Dresden wird wahrscheinlich einige der ursprünglich vergebenen Arbeiten von den eigenen Leuten ausführen lassen wollen, womit sich dann allerdings die Arbeiterschaft noch beschäftigen wird. Immerhin sind auch diese Arbeiten und der damit verknüpfte nicht zu knappe Profit des Unternehmers verloren. Um nicht alles zu verlieren, machen die Unternehmer jetzt noch einmal krampfhaft Anstrengungen, Arbeitswillige zu bekommen. Sie bieten ihnen 10 M. Tagelohn bei neunstündiger Arbeitszeit, während sie den Behörden am Orte gegenüber dreist und gottesfürchtig behaupten, die von den Arbeitern geforderten Lohnsätze nicht zahlen zu können. Es gilt also nunmehr ein wachsameres Auge zu haben, daß nicht im letzten Moment noch der Streik durch Arbeitswillige für die Arbeiter verloren geht. Es handelt sich, wie nochmals erwähnt sein mag, für die Arbeiter um die Abwehr einer Lohnherabsetzung, die sich auf circa 600 M. im Jahre für den einzelnen Arbeiter beläuft. Die Unternehmer wollen nämlich nicht weniger als 30 Proz. der bisher gezahlten Löhne „sparen“.

Gesperrt sind folgende Orte: Dresden und Umgegend, Bautzen, Dippoldiswalde, Sebnitz, Neustadt bei Stolpen, Pirna, Eistwerda und Großenhain.

450 Weber und Weberinnen der Fabriken von Godesfroh u. Effasser in Prühl und Lautenbachzell sind in den Streik getreten, weil die Firma den Versuch gemacht hat, trotz des ungewöhnlich schlechten Rohmaterials das Arbeiten auf vier Weisküßen (statt wie bisher zwei und drei) einzuführen. Die Streikenden sind nur zum geringen Teil organisiert, zum Teil christlich.

Ausland.

Streik der Autobroschürenführer in Brüssel.

Wegen Lohnstreitigkeiten und weil die Gesellschaft sie für „durch eigenes Verschulden“ veranlaßte Beschädigungen an Kraftwagen ersatzpflichtig machen will, sind die Kraftwagenführer — 160 an der Zahl — in den Ausstand getreten. Die Direktion erklärte einer Abordnung der Streikenden, nicht nachgeben zu wollen und drohte mit Entlassung, im Falle die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird.

Soziales.

Schädigung der Lehrer durch das preussische Schulunterhaltungsgesetz.

In den Vororten Berlins werden nicht weniger als 1176 Lehrkräfte um insgesamt 127 080 M. durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen dadurch geschädigt, daß sie an Mietentschädigung wesentlich weniger erhalten, als bisher. Der auf einen Lehrer entfallende Verlust schwankt zwischen 350 bis herunter zu 10 M. 902 Lehrer verlieren 104 840 M., 64 Rektoren büßen 8745 M. und 210 Lehrerinnen 13 955 M. ein. 1176 Lehrkräfte müssen also zusammen auf 127 080 M. verzichten. Die Ortszulagen von 800 M. sinken in den Berliner Vororten auf 600, 700, 800 bis 950 M. herab. Die Lehrer wollen bei Schwarzkoppen vorstellig werden.

Zur Frage der Arbeitslosenfürsorge

ist von der Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“, dem Organ des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise, eine „Spezialnummer für Arbeitslosenfürsorge“ veröffentlicht worden. In einer Reihe von Artikeln über dieses soziale Problem wird dargelegt, was da zu erwägen sei und was man bereits versucht habe.

Die Notwendigkeit einer systematischen Arbeitslosenfürsorge sollte gerade in der Zeit der schweren Wirtschaftskrise, die jetzt auf der Arbeiterklasse lastet und deren Ende noch nicht abzusehen ist, von den zur Lösung dieser Frage berufenen Gewalten begriffen werden. Beachtung verdient hier besonders der Vorschlag einer Arbeitslosenversicherung, der seit langem erörtert wird. Eine Arbeitslosenversicherung zu schaffen, ist in erster Linie die Aufgabe der Staaten oder besser des Reiches. Bevor aber von Reich wegen die Arbeitslosenversicherung gesetzlich geregelt ist, müssen die Gemeinden es als ihre Pflicht ansehen, helfend einzugreifen. In ihrem eigenen Interesse liegt es, zu verhindern, daß Tausende von Arbeiterfamilien durch Mangel an Arbeit und Verdienst dem Elend überliefert werden.

Es ist nicht zu verkennen, daß in neuerer Zeit die Erkenntnis der Notwendigkeit einer durchgreifenden Fürsorge für die Arbeitslosen zugenommen hat. Doch Erwägungen sind leider vorerst noch das Wesentlichste, was von der „Tätigkeit“ auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge und besonders der Arbeitslosenversicherung zu melden ist. Nur vereinzelt sind bisher Schritte zu ersten Versuchen getan worden, die „Spezialnummer“ des „Arbeitsmarktes“ hat da wirklich noch nicht viel zu berichten.

Für die Arbeitslosenversicherung durch die Gemeinden gilt als Muster das „Genter System“, das im „Vorwärts“ mehrfach besprochen worden ist und im vorigen Jahre auch in der Stadtverordnetenversammlung Berlins im Mittelpunkt der Debatte über die Arbeitslosenfürsorge gestanden hat. Die Lebensfähigkeit dieses Systems, das hauptsächlich auf Unterstützung der Arbeiterorganisationen aus Gemeindegeldern beruht, wurde, wie sein Begründer Varley in einem Bericht dargelegt hat, im Gemeindevorstand Gent gerade durch das Ergebnis des Krisenjahres 1908 erwiesen.

Zu den wenigen Städten Deutschlands, in denen es bereits eine Arbeitslosenversicherung gibt, gehören Stralsund und Köln, die beide das Genter System angenommen haben. Zu denjenigen Städten, die wahrscheinlich am längsten auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung zu warten haben werden, gehört Berlin. Der Berliner Kommunalliberalismus liebt es, in allen Fragen sozialer Fürsorge unter den Letzten zu marschieren und sein „Immer langsam voran!“ dem Eifer derjenigen entgegenzusetzen, die vorwärts drängen, dem der sozialdemokratischen Stadtverordneten. Auf Berlin warten wahrscheinlich auch die Vororte; so hat Schöneberg sich darauf berufen, daß für die Arbeitslosenversicherung ein gesondertes Vorhaben der einzelnen Gemeinden sich nicht machen lasse, weil in dieser Sache Groß-Berlin als wirtschaftliche Einheit zu nehmen sei.

Andere Gemeindeverwaltungen entschuldigen ihre Untätigkeit damit, daß den Städten für die Arbeitslosenversicherung zu wenig Bewegungsfreiheit gelassen sei und reichsrechtliche Rege-

lung abgewartet werden müsse. In Düsseldorf hat man im Juli dieses Jahres den Beschluß gefaßt, ein bishigen Dampf dahinter zu machen. Dort haben die Stadtverordneten sich dafür ausgesprochen, daß durch Verträge der Stadtverwaltung an die ihre vorgelegte: Behörde der Erlass eines Reichsgesetzes betrieben werden soll, das den Gemeinden das Recht zur Errichtung kommunaler Arbeitslosenversicherungskassen mit Beitrittzwang verleiht.

An Erwägungen hat es auch in einzelnen Bundesstaaten nicht gefehlt. Für Bayern ist im Landtag durch einen Antrag unserer Genossen die Frage in Fluß gebracht worden, in Baden hat das Ministerium des Innern durch eine Denkschrift über die Arbeitslosenversicherung anregend zu wirken gesucht.

Außerhalb Deutschlands ist man über das Erwägungsstadium bereits hinaus. Dänemark, Norwegen, Frankreich, Luxemburg, Niederlande haben erste Versuche gemacht, die Arbeitslosenversicherung staatlich zu regeln.

„Den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit international mit allen Kräften aufzunehmen“, wird jetzt von bürgerlichen Sozialpolitikern verschiedener Länder (auch Deutschlands) geplant. Eine internationale Konferenz, von Paris aus angeregt und für September 1910 nach Paris zusammenberufen, wird über Arbeitslosenstatistik, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung beraten. Auch die Gründung eines internationalen Verbandes von Personen, die sich mit dem Arbeitslosenproblem beschäftigen, wird als Frucht der Konferenz erwartet.

Ueber Arbeitszeit und Löhne in der niederländischen Tuchindustrie

Ist vor kurzem vom Textilarbeiterverband eine Statistik aufgenommen worden. Sie erstreckte sich auf 141 Betriebe, und zwar waren beteiligt die Orte Gollbus mit 50, Forst mit 41, Spremberg mit 25, Sommerfeld mit 13, Finsterwalde mit 6 und Guben mit 6 Betrieben. Mit Ausnahme von Forst, das noch Hunderte ganz kleiner Betriebe aufweist, sind also in allen Orten fast sämtliche Betriebe erfasst worden. Ausgeführt wurden 787 Fragebogen. Die große Zahl erklärt sich aus der Anzahl der in jedem Einzelbetriebe vorhandenen Abteilungen. In den 141 Betrieben wurden zusammen 12 205 Personen beschäftigt, davon 8654 in der Weberei und 3551 in den Hilfsabteilungen. 87 Prozent der Beschäftigten sind Arbeiterinnen. Eigentliche Tarifverträge zwischen Unternehmern und Arbeitern bestehen in der Niederlausitz nicht, wohl aber sind in 30 Betrieben lose Vereinbarungen über bestimmte Lohnsätze abgeschlossen worden. Im allgemeinen herrscht in bezug auf Lohnzahlung noch sehr die Willkür. Ganz besonders gilt dies von der Entlohnung der Arbeiterinnen. Die Arbeit beginnt in allen Orten im Winter morgens um 6½ Uhr und endet abends 6½ Uhr, im Sommer um 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Insgesamt arbeiten 348 Personen 9,5 Stunden, 72 Personen 9,8 Stunden, 3480 Personen 10 Stunden, 7772 Personen 10,5 Stunden, 546 Personen 11 Stunden und 7 Personen 11,5 Stunden täglich. Der wöchentliche Verdienst konnte von 11 323 Personen (Arbeiter und Arbeiterinnen) ermittelt werden. Der Gesamtverdienst betrug 171 949 M. pro Woche oder im Durchschnitt 15,18 M. Am höchsten ist der Lohn in den größeren Orten Gollbus und Forst. Sehr beeinflusst wird derselbe von der Art der Maschinen. Ganz besonders ist das in der Weberei der Fall. Hier ist allgemein der Stücklohn eingeführt. Es gibt Webstühle, die schon seit 20 Jahren überholt und solche neuesten Systems. Während die älteren etwa 44 Touren in der Minute machen, bringen es die neueren auf 92. Im Durchschnitt kommen 73 Touren auf die Minute. Vor etwa 10 Jahren dürfte der Durchschnitt höchstens 50 Touren betragen haben. Ohne Strafen kommen 71 von den in Frage kommenden Betrieben aus. Arbeiterauschüsse gibt es nur wenige. 122 Betriebe kennen diese Einrichtung nicht. Lohnbücher sind in 81 Betrieben eingeführt. Nicht schlecht sieht es noch bezüglich der hygienischen Einrichtungen in den Betrieben aus. Wascheinrichtungen gibt es in Gollbus 4, in Forst, Spremberg, Finsterwalde je 2 und in Guben in einem Betriebe. In Sommerfeld kennt man Wascheinrichtung überhaupt nicht. Ankleideräume gibt es in Gollbus in 2 Betrieben und in Forst in 1. Wascheinrichtungen und Ankleideräume zusammen in Gollbus 2 und in Forst, Spremberg und Guben je einmal. Die Fragen nach den Abordanlagen ergaben folgendes: Es kommt 1 Abort in Gollbus in 11 Betrieben auf 4—10 Personen, in 8 Betrieben auf 15 bis 20 Personen, in 7 Betrieben auf 23—30 Personen und in 5 Betrieben auf 35—50 Personen. Wehnlich liegt es in den anderen in Frage kommenden Orten. Die Aborte werden vielfach nur einmal pro Woche gefegt, aber nicht gewaschen.

Gefängnis Konkurrenz.

Die preussische Oberrechnungskammer hat an sämtliche Provinzialregierungen die Aufforderung ergoßen lassen, in Zukunft ihren Bedarf an Postkarten nicht mehr von den Regierungsdruckereien zu beziehen, sondern ihren ganzen Bedarf in der Gefängnisdruckerei zu Anrath herstellen zu lassen, wo die Postkarten zu einem verhältnismäßig sehr billigen Preise hergestellt werden. Die Gefängnisdruckerei liefert 1000 Karten zum Preise von 3,50 M.

Das bedeutet also, daß die in den Regierungsdruckereien beschäftigten Arbeiter durch die Konkurrenz der Strafgefangenen an die Wand gedrückt werden. Wenn nur die preussische Regierung sich in großen, nützlichen Dingen so sparsam zeigen wollte, wie in diesen Kleinigkeiten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Cool über seine Nordpolreise.

Stagen, 8. September. (W. Z. B.) Gegen ½ 12 Uhr nachmittags kam der Dampfer „Hans Egede“ mit Dr. Cool an Bord in Sicht des Eisendampfers. Dr. Cool erklärte, daß er von Grönland zunächst nach Westen, dann nach Norden vorwärts gegangen sei. Am 21. April, 7 Uhr morgens, habe er den Nordpol erreicht, was er mittags 12 Uhr durch Messungen festgestellt habe. Er habe am Nordpol Land gefunden, die Meerestiefe habe er nicht gemessen, da ihm die nötigen Instrumente gefehlt hätten. Die niedrigste Temperatur während der ganzen Reise habe 83 Grad betragen. Den Erfolg seiner Reise schreibe er dem Umstande zu, daß er die alten bekannten Hilfsmittel, nämlich Eskimos und ihre Hunde angewandt und völlig als Eskimo gelebt habe. Die Reise zum Nordpol habe drei Monate, die Rückreise neun Monate in Anspruch genommen.

Berichtigung. (W. Z. B.) Rigaud Duran berichtet die frühere Meldung aus Stagen: Cool erklärte, er habe am Nordpol kein Land gefunden.

Große Heberschwemmung.

Naag, 8. September. (W. Z. B.) Der Gouverneur von Indien meldet in einer Depesche an den Kolonialminister, daß in der Nacht vom 29. zum 30. August die Stadt Koomabang in der Residenzschicht Probolinga auf Java durch eine Heberschwemmung schwer heimgesucht worden ist. Die Zahl der Toten wird auf fünfhundert geschätzt. Viele Häuser sind zerstört; der der Ernte und dem Viehbestande zugefügte Schaden ist sehr groß; bedeutende Vorräte von Lebensmitteln sind vernichtet worden. Mehrere Brücken sind zerstört; die Eisenbahn Koomabang—Bakrian ist zerstört; ihre Wiederherstellung dürfte sechs Monate in Anspruch nehmen. Unter der Bevölkerung ist eine Panik ausgebrochen. Die Regierung hat die notwendigen Maßnahmen getroffen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

sobald sie einmal fremde Arbeiter zugelassen habe, sie nicht unter Sonderbestimmungen stellen könne und daß er die Zurücknahme der Verfügung verlangen werde. Andernfalls werde er die Frage vor das hiesige Schiedsgericht bringen. Trotz alledem werden immer noch italienische Arbeiter ausgewiesen. Die italienischen Genossen sind entschlossen, diese Maßregeln sowohl auf parlamentarischen Wege, als durch ihre internationalen Beziehungen zu bekämpfen. Sie hoffen daselbst auch von den anderen Genossen, die an die ihnen nahestehenden Parlamentarier herantreten sollen, um das kulturwidrige Verfahren zu verhindern.

Bergmans-Belgien hält die Maßregel für eine Folge der allgemeinen Politik der Bourgeoisie gegen fremde Arbeiter. Frankreich hat den Anfang damit gemacht. Dort, wo die Gewerkschaften mit den politischen Parteien im Einvernehmen sind, ist eine Intervention möglich, dagegen dort nicht, wo keine starken Gewerkschaften bestehen und wo dieses Einvernehmen fehlt, also in England, und aus dem zweiten Grund in Frankreich. (Votet ruft: Wir sind nicht im Jivis mit der sozialistischen Partei, wir ignorieren sie.)

Sundmans schlägt vor, daß das Internationale Sozialistische Bureau eine internationale parlamentarische Intervention veranlasse. Daneben müssen aber die Gewerkschaften selbst noch eingreifen.

Jouhaug: Die U. G. L. ist mit der Agitation gegen diese Maßregel einverstanden. Aber wenn man von der Macht der fremden Gewerkschaften gesprochen hat, so müssen wir lächeln, wenn wir auf einmal hören, daß die Arbeiter ohnmächtig sind ohne parlamentarische Vertretung. Nikola will Verständigung mit den politischen Parteien. Wir müssen auf die Parlamentarier einen Druck ausüben, nicht mit ihnen paktieren. Da die Autonomie der Nationen gewahrt werden muß, beantragen wir Liebergang zur Tagesordnung über den belgischen Antrag. Ein Zwischenverbindung-treten der internationalen Gewerkschaften mit den internationalen sozialistischen Parteien wäre eine Verletzung der Autonomie und darum unannehmbar. Bei einer internationalen Aktion werden die Franzosen nicht die letzten sein.

Queber: Ich bin mit Regien und dem belgischen Antrag einverstanden. Für uns ist die Meinung der Franzosen nicht maßgebend. Wenn die Franzosen so viel Arbeiter aus Ausland abgeben würden, wie wir und Italien, so würden sie über die politische Aktion anders denken. Unsere politischen Sängergänger werden dazu bemüht, den deutschen Arbeitern in den Rücken zu fallen, da ist es unsere Pflicht alle Mittel anzuwenden, um dem entgegenzuwirken. Sollen wir uns mit Versammlungen begnügen? Da sagen die Bourgeois: laßt die nur schwächen. Wir müssen die Parlamente in Bewegung bringen. Regiens Antrag ist von hochpolitischer Bedeutung. Wir haben den Dreibund und Preußen hat die zwei verbündeten Staaten unter Ausnahmegefeße gestellt. Unsere Genossen außerhalb des Dreibundes müssen und helfen. Wir wissen wie wir den Arbeitern im Parlament Einfluß zu verschaffen haben, wie in Oesterreich haben 88 Abgeordnete, von denen die größte Mehrzahl Arbeiter und nicht Akademiker sind. Und wir werden den Minister des Inneren zwingen, Farbe zu bekennen. Wenn die französischen Gewerkschaften mit den Parlamentariern nicht in Verbindung treten wollen, so wird hoffentlich das französische Parlament doch unsere Anregung befolgen. Europa hat von Frankreich viel gelernt. Frankreich wird auch diesmal nicht zurückbleiben.

Votet: Wir sind mit Regien einverstanden und sind entschlossen etwas zu tun. Redner legt dann noch einmal, wie gestern, den Standpunkt der französischen Syndikalistischen zum Parlamentarismus auseinander. Wir brauchen uns um die Parlamentarier nicht zu kümmern, die werden uns schon nachlaufen. Die direkte Aktion ist nötig.

Appleton: Im Prinzip sind wir für die Abschaffung der Legitimationskarten. Er legte eine Resolution vor, die „die Anwendung aller möglichen Mittel“ zur Abschaffung der Legitimationskarten vorschlägt.

Rafawski-Rumänien schlägt ein Amendement vor, das sich gegen die rumänischen Ausnahmegefeße richtet.

Die englische Resolution wird bei einigen Stimmenthaltungen mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen. Deutschland stimmte dafür, Oesterreich dagegen.

Die Einfuhr von Streikbrechern.

Man schreitet zur Diskussion des 5. Punktes der Tagesordnung, zu dem von Nordamerika ein Antrag vorliegt, in dem es heißt, daß das Ziel der Arbeiterbewegung aller Länder ist, mit allen Kräften die Abwanderung der Arbeiter aus einem Lande in andere Länder in Zeiten industrieller Depression, während Lohnkämpfen oder wenn solche bevorstehen, zu verhindern.

Gompers begründet den Antrag kurz.

In eine Diskussion wird nicht eingetreten, da der Antrag von einer nichtangesehnenen Zentrale gestellt ist.

Ein dazu vorliegender Antrag von Belgien, der die Worte „Abwanderung der Arbeiter“ in „Einwanderung der Streikbrecher“ umgewandelt wissen wollte, wird zurückgezogen.

Darauf kommt der englische Antrag zur Diskussion:

„Die Konferenz verurteilt die Handlungsweise derjenigen Arbeiter, welche sich an internationale Unternehmungskartelle verdingen haben und dadurch in fremde Arbeitslätze eingreifen, weil eine solche Handlungsweise gegen die ureigensten Interessen der Arbeiter selbst gerichtet ist und den wachsenden Geist der Solidarität vernichten hilft. Sie verurteilt ferner die Haltung derjenigen Arbeiter, welche als Seeleute engagiert waren, aber bei Kämpfen die Arbeiten von Dockarbeitern ausführen. Die Konferenz begrüßt auch die Versuche der englischen Arbeiterpartei, die Anwendung der Prinzipien des „Foreign Enlistment Act“ (Gefetz betr. Anwerbung im Ausland) auch auf die Organisation von Streikbrechertransporten nach anderen Ländern zu führen.“

Appleton erläutert diesen Antrag und spricht die Hoffnung aus, daß auch alle anderen Länder energische Maßregeln ergreifen zur Abschaffung der Streikbrecher.

Sundmans hätte die Frage gern früher in einer geheimen Sitzung behandelt gesehen. Mit Resolutionen sei nichts getan. Schon in Kristiania wurde in geheimer Sitzung festgestellt, wie nötig Gegenmaßregeln seien, besonders in England. Wir sind im allgemeinen mit der französischen U. G. L. wenig einverstanden, aber wir sind doch Marxisten genug, um zu verstehen, daß sie unter gewissen Umständen werden konnte, wie sie geworden ist. Und was die Streikbrecher betrifft, so möchte ich den englischen Genossen raten, das Organ der U. G. L., die „Voix du Peuple“ zu lesen. (Heiterkeit.)

Votet spricht seine Freude darüber aus, daß die U. G. L. endlich einmal als Vorbild hingestellt wurde.

Der englische Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit und die gesetzliche Regelung der Seimarbeit.

bildet den 6. Punkt der Tagesordnung. Dazu liegen zwei Anträge vor, einer von Dänemark und einer von Belgien. Der dänische Antrag fragt, ob die Konferenz es billigt, daß sich die dänischen Gewerkschaften darauf vorbereiten, Forderungen zur Herabsetzung der Arbeitszeit zu stellen, selbst mit der Gefahr vor Augen, daß die Durchführung dieser Forderung einen großen Kampf im Gefolge haben könnte, und ob hierbei auf eine ökonomische Unterstützung von den Gewerkschaften der übrigen Länder gerechnet werden kann?

Der belgische Antrag lautet: „Ebenso wie man eine gesetzliche Regelung der Arbeit in den Fabriken ausgearbeitet hat, ist es unbedingt notwendig, in Wälder eine gesetzliche Regelung der Seimarbeit in Erwägung zu ziehen.“

Gran-Dänemark betont, daß die dänischen Gewerkschaften nur etwas erreichen könnten, wenn sie vom Ausland her unterstützt würden. Diese Unterstützung würde der Arbeiterschaft aller Länder zugute kommen.

Queber weist auf die außerordentliche Tragweite des dänischen Antrags hin. Er sei nicht genügend begründet, man müsse zuerst

wissen, ob es nicht noch andere Länder gibt, in denen die Arbeitszeit noch länger ist. Natürlich wollen wir den dänischen Antrag nicht ablehnen, damit würden wir den Kapitalisten zu Hilfe kommen. Aber ich beantrage, daß er dem internationalen Sekretariat zur Erledigung überwiesen wird, daß Dänemark diesem Material zur Verfügung stellt über die dänischen Verhältnisse und daß der Sekretär sich darauf mit den einzelnen Landeszentralen in Verbindung setzt. Auf dem Wege des vertraulichen Zirkulars kann dann das Resultat bekanntgegeben werden.

Der dänische Delegierte erklärt sich damit einverstanden und die Konferenz beschließt demgemäß.

Jum belgischen Antrag spricht

Sundmans, der auf die Schwierigkeit der Organisation der Seimarbeiter verweist. Er erinnert an die gesetzliche Regulierung der Seimarbeit, die in verschiedenen Ländern schon begonnen hat, und an die Reglemententwürfe, die von der Arbeiterschaft selbst ausgearbeitet worden sind. Er hebt die Wichtigkeit der Ausstellungen der Seimarbeit hervor. Das Ziel muß aber die Abschaffung der Seimarbeit sein.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Jouhaug beschränkt sich im Namen der U. G. L. über die nicht genügende Objektivität des vom Sekretariat herausgegebenen Berichts, der persönliche und politische Fragen berührt. Er beantragt den Ausdruck des Bedauerns auszusprechen.

Regien fordert den Beweis für diese Behauptung, worauf Jouhaug auf Stellen des spanischen und des niederländischen Berichts über anarchistische Organisationen verweist. Regien hebt die Selbständigkeit der Landessekretäre hervor, die der internationale Sekretär nicht genutzten dürfte.

Barris-Spanien und Dabegesch-Holland beleuchten das verätherische Treiben der anarchistischen Sonderbündler.

Regien bemerkt gegen die Franzosen. Anarchismus ist für sie keine Politik, aber sobald man „Sozialist“ sagt, ist es Politik. Uebrigens werden auch sie schon zu Gegenfähigkeiten kommen, und dann wird auch ihr Sekretär die Gegenorganisation kritisieren.

Die Franzosen verzichten auf ihre Resolution und die Angelegenheit wird dem internationalen Sekretariat zugewiesen.

Wahl des internationalen Sekretärs.

Auf Antrag Gess wird Regien wiedergewählt und es wird ihm ein Honorar von 400 M. für die zwei Jahre bewilligt.

Die U. G. L. hat einen Wunsch betreffend die Propaganda des Esperanto in der internationalen Gewerkschaftsorganisation vorgelegt.

Sassenbach verlangt Ablehnung, wenn er auch den Nutzen einer Dilettantenarbeit zugibt, aber man solle solche Vorschläge nicht ohne Vorbereitung herbringen.

Der Antrag wird als Anregung für spätere Konferenzen zurückgelegt.

Der Delegierte des Arbeitslosenkomitees von Amerika richtet die Einladung an die Konferenz, den nächstjährigen Kongress in Chicago zu befehlen und erbetet sich, die Kosten für die Fahrt und den Aufenthalt eines Delegierten zu übernehmen.

Der Vorsitzende fragt unter Heiterkeit, wo die amerikanischen Arbeitslosen das Geld hernehmen.

Sundmans überbringt die Bitte der russischen Gewerkschaftler, in Verbindung mit der Zentralorganisation zu kommen.

Ein Schreiben der bulgarischen Organisation berichtet über einen großen Streik der Zündhölzchenarbeiter und bittet die Organisationen der Internationale, den Zündhölzchenimport nach Bulgarien zu verhindern.

Beide Wünsche werden dem internationalen Sekretariat berücksichtigt werden. — Die nächste Konferenz wird in Budapest stattfinden. Die Konferenz wird geschlossen.

Aus der Partei.

Zum Leipziger Parteitag

nahm eine Parteiverammlung in Nürnberg Stellung. In der Erörterung wurden nur einige Punkte näher behandelt, darunter die Hoggangerei und die Raiffeisenfrage. Der Referent, Genosse Ries, hielt es für geboten, daß die persönlichen Streitigkeiten nicht wieder die großen politischen Fragen in den Hintergrund drängen. Es sei unbedingt notwendig, daß zur Frage der Reichsfinanzreform Stellung genommen werde, um die im Volke herrschende Erregung auszunutzen. Die Frage der Taktik auf die Tagesordnung zu setzen, wie ein Antrag Berlin wollte, sei überflüssig; die Hoggangerei der Württemberger habe nicht die Bedeutung, die man ihr beimessen wolle. Bezüglich der Raiffeisen solle man es einmal mit der neuerlichen Vereinbarung versuchen. Genosse Eisner hält den dem Parteitag vorliegenden Antrag bezüglich der Reichsversicherungsordnung für den allerwichtigsten. Die Partei müßte ernsthaft erwägen, ob sie nicht durch eine vom Parteitag einsetzende Arbeitskommission einen eigenen Gesetzentwurf über diese Materie ausarbeiten lassen und dem Reichstag in der nächsten Session vorlegen sollte. Der gleiche Weg hätte schon bei der Reichsfinanzreform beschritten werden müssen. Damit könnten wir zeigen, daß die Partei etwas zu leisten gewillt ist, und der ewigen Einrede der Gegner, daß wir nur negieren wollen, einmal das Genid brechen. Den Antrag Geyer auf Abstufung der Beiträge nach dem Einkommen hält Redner in der Formulierung für sinnlos, der Gedanke aber sei sehr beachtenswert. Die Einkommensverhältnisse der Genossen seien so verschieden, daß ein Ausgleich geschaffen werden sollte. Man sollte den Genossen mit guten Einkommensverhältnissen die Möglichkeit geben, etwa durch Ausgabe höher bewerteter Karten sich selbst freiwillig und ohne jede Kontrolle höher einzustufen. Dieser letztere Vorschlag wurde vom Genossen Treu als technisch undurchführbar belächelt. Genosse Simon meinte, die Reichsfinanzreform auf dem Parteitage zu behandeln, habe Schwierigkeiten, da beim Zusammentritt des Parteitages niemand da sei, der genügend vorbereitet sei, um ein entsprechendes Referat zu halten. Die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes über das Versicherungswesen werde sich bis zum Reichstagsbeginn nicht mehr ermöglichen lassen. Die Frage der Taktik brauche nicht so ausgiebig behandelt zu werden, aber unbedingt notwendig sei es, zu einzelnen Vorkommnissen in der Partei Stellung zu nehmen und den Genossen, die sich in herborragender Stellung befinden, zu sagen, daß sie vorher zu überlegen haben, was sie tun. Genosse Wostza mißt dem Parteitage wichtigere Aufgaben zu, als sich über die bedeutungslose Hoggangerei zu streiten. Wenn der Stein einmal ins Rollen gekommen sei, werde es wieder gehen wie im vorigen Jahre in Nürnberg. Der Beschluß wegen Ablehnung des Tagesverdienstes am 1. Mai solle aufgehoben, die Raiffeisen von allem Weisheit befreit werden. Genosse Schneppenhorst verlangte rücksichtslos Aussprache über die Hoggangerei und einheitliche Bekleidung der Raiffeisen. Genosse Wacht bemängelte, daß über die Reichsfinanzreform noch keine Broschüre erschienen ist. Es sei zu verlangen, daß nach jeder Session die wichtigsten verhandelten Fragen in einer Broschüre dargestellt werden. Redner beantragte ferner hinsichtlich des Raiffeisenbeitrages, daß die in Frage kommenden Genossen nicht nur nach dem Arbeits-, sondern auch nach dem Verdügens-einkommen besteuert werden. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Beschlossen wurde, drei Delegierte zu entsenden, als welche die Genossen Simon, Schneppenhorst und Schamberger gewählt wurden.

Wegen des Raiffeisenbeitrages war es auch in Nürnberg zu einer kleinen Differenz gekommen. Entsprechend dem Nürnberger Parteitagbeschuß hatten die in Frage kommenden Instanzen beschlossen, diejenigen Genossen, die den 1. Mai ohne Lohnausfall feiern konnten, zur Ablehnung eines Tagesverdienstes

zu verpflichten. Das Geld wurde zur Gründung eines Fonds bestimmt, der bis zur endgültigen Regelung der Raiffeisen-unantastbar sein sollte. Das technische Personal der Frankfurter Verlagshandlung hatte sich geweigert, den vollen Tagesverdienst abzuleisten, da es den Beschluß für unantastbar hält; um aber entgegenzukommen, erklärte es sich zur Ablehnung eines halben Tagesverdienstes bereit, der jedoch abgelehnt wurde. Nachdem Parteiauswahl und Gewerkschaftsvorstände sich mit der Streitfrage befaßt und erklärt hatten, daß die Haltung des Personals einen Disziplinbruch bedeute, der nicht ruhig hingenommen werden könne, hat sich dieses nunmehr bereit erklärt, den vollen Tagesverdienst abzuleisten, jedoch mit dem Bemerkten, daß es nach wie vor den Beschluß für verfehlt halte, da er nur einen ganz kleinen Teil der Parteigenossen treffe, während der allergrößte Teil leer ausgehe.

Eine Konferenz von Vertretern aus Weinbau treibenden Kreisen fand am Freitag in Mainz statt. Es waren 21 Delegierte anwesend, aus Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz, Rheinprovinz und Hessen-Nassau. Der Parteivorstand war durch den Genossen Müller-Berlin vertreten. Genosse Dr. David hielt das einleitende Referat. Nach eingehender Debatte wurde an den Parteivorstand das Ersuchen gerichtet, alle für die Agitation in den Weingebieten einschlägigen Fragen in geeigneter Weise in einer Broschüre zusammenstellen zu lassen. Genosse Müller versprach, das Ersuchen im Parteivorstand zu stellen. Nachdem noch einige für die Agitation wichtige Maßschläge erörtert waren, fand die Konferenz ihr Ende.

Aus den Organisationen.

Die Agitationskommission für Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck veröffentlicht ihren Jahresbericht. Trotz des wirtschaftlichen Niederganges ist erfreulicherweise eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Die Zahl der sozialdemokratischen Ortsvereine stieg von 95 auf 102. Die Kreisorganisation hatte am Schlusse des Geschäftsjahres insgesamt 38 350 Mitglieder (inklusive 388 Eingemittelten). Am Schlusse des vorigen Geschäftsjahres waren insgesamt 30 381 Mitglieder vorhanden, daneben 2117 Genossen und 3232 Genossinnen, die freiwillige Beiträge bezahlten. Die freiwilligen Beitragsgelder sind nach dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes in die Organisationen eingereicht worden, so daß der eigentliche Zuwachs 2620 beträgt. An diesem Zuwachs sind die weiblichen Mitglieder mit 1752 beteiligt, die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder im Agitationsbezirk beträgt 4984. 39 Ortsvereine (1908: 37) erheben einen Monatsbeitrag von 30 Pf., 36 (58) einen solchen von 40 Pf. und 27 einen Wochenbeitrag von 10 Pf. Die Agitationskommission wird dem auf den 6. und 8. September nach Wandsbek einberufenen Provinzialparteitag einen Antrag unterbreiten, daß der Mindestbeitrag für den Agitationsbezirk auf 40 Pf. monatlich festgesetzt wird. Die weiblichen Mitglieder zahlen mit Ausnahme eines Ortsvereins 10 Pf. monatlich. Einmütig ist denn auch auf den Generalversammlungen aller Kreise der Provinz die Ansicht zum Ausdruck gekommen, daß in dem Organisationsstatut der Gesamtbeiträge der Monatsbeitrag für weibliche Mitglieder auf 10 Pf. festgesetzt und die Gratiellieferung der „Gleichheit“ nicht beschaffen wird. — Die Wählungen der Kreise haben sich am meisten in den Abkommensziffern der im Agitationsbezirk verbreiteten Parteizeitungen bemerkbar gemacht. Die Abkommensziffern aller Zeitungen sind zurückgegangen, wenn auch nur wenig, es handelt sich nur um einen Verlust von einigen Hundert. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ hatte am Schlusse des Geschäftsjahres 22 732, das „Hamburger Echo“ (nur im Agitationsbezirk Schleswig-Holstein) 13 594, der „Lübecker Volksbote“ (in dem zum Großherzogtum Oldenburg gehörigen Fürstentum Lübeck) 692, die „Gleichheit“ 5723 Abonnenten. Ueber die außerordentlich rege Agitation, die im Agitationsbezirk betrieben wurde, gibt die große Zahl der öffentlichen und Vereinsversammlungen sowie der regelmäßig wiederkehrenden periodischen und den zu besonderen Zwecken verbreiteten Flugdrucken Aufklärung. — Eine besondere Bedeutung hat im Agitationsbezirk die Landagitation, wofür noch fast die Hälfte aller Provinzgenossen in ländlichen Gemeinden (1908: 647 000 von 1 1/2 Millionen). Aus diesem Grunde beschloß der Provinzparteitag vor zwei Jahren, die Verbreitung des Agitationskalenders einzustellen und dafür eine monatlich erscheinende Zeitung, die „Schleswig-Holsteinische Landpost“ herauszugeben. Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“ wird zweimal im Jahre, im April und Oktober, ganz allgemein im Agitationsbezirk verbreitet, bei welcher Gelegenheit Bezüge für die Zeitung erworben werden. Die erworbenen Bezüge erhalten dann allmonatlich die Zeitung gratis durch die Post zugeführt. Die „Landpost“ wird von allen Kreisen als ein vorzügliches Agitationsmittel bezeichnet, die Zahl der Bezüge stieg im Geschäftsjahre von 11 580 auf 17 598. Im ganzen sind 490 150 Exemplare der „Landpost“ zur Verbreitung gelangt. — Die Bildungsarbeit ist im Bezirk eifrig betrieben worden. In Kiel, Gaarden und Flensburg hielt Genosse Dunder einen Kursus von Vorträgen, in 8 Orten hielt Genosse Vorchardt-Berlin, in über einem Dutzend von Orten Genosse Lauffötter-Hamburg nationalökonomische Vortragskurse ab. — In 24 Orten bestanden Jugendaus-schüsse, in einigen weiteren Orten sind solche in Vorbereitung. Jugendorganisationen bestanden 17 im Kreise (1908: 8), die 1284 Mitglieder haben. Der Kreiskomitee Kiel Jugendaus-schuss ist als Austauschstelle für die Jugendbewegung in der Provinz bestimmt worden. — Die Arbeitsruhe am 1. Mai hat durch die Krise etwas gelitten. In 67 Orten (1908: 68) wurde der 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen; es feierten 16 160 (1908: 20 223) Personen. — Die Agitationskommission berechnete (inklusive eines Klassenbestandes von 3605,77 M.) 32 058,72 M. (darunter 11 073,41 M. Beiträge der Kreise, 9500 M. Zuschuß vom Parteivorstand in Berlin und 3000 M. Zuwendung von der Geschäftskleitung der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“) und verausgabte 30 355,69 M. Von den einzelnen Kreisorganisationen sind an den Parteivorstand in Berlin 30 518,38 M. abgeführt worden. Erfreulich sind die Resultate, die auf kommunalpolitischem Gebiete erzielt worden sind. In 24 Städten beteiligten sich die Genossen an den Stabterordnetenwahlen; gewählt wurden 11 Genossen, 10 davon gegenwärtig 19 Genossen als Stadtverordnete tätig sind, und zwar 11 in Kiel, 4 in Wandsbek, 2 in Itzehoe und je 1 in Lauenburg und Heiligenhafen. Auch in den Orten, wo positive Resultate nicht erzielt worden sind, ist eine prächtige Stimmenzunahme zu verzeichnen, so daß in mehreren Orten das Eindringen von sozialdemokratischen Vertretern in die Stabtervertretungen in absehbarer Zeit bevorsteht. In 40 Landgemeinden beteiligten sich die Parteigenossen an den Gemeindevorstandswahlen, wobei 41 Genossen als Vertreter gewählt wurden. Die Gesamtzahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter beträgt jetzt 144 gegen 124 im Vorjahre. Zahlreich sind die politischen Schülern in Stadt und Land, und die gerichtlichen Verfolgungen, über die der Bericht Aufklärung gibt; aber alle diese Maßnahmen können den Vorruf der Sozialdemokratie in der Provinz Schleswig-Holstein nicht aufhalten.

Eingegangene Druckschriften.

„Abrecht, Dürer. Sein Leben und eine Auswahl seiner Werke. Im Auftrage der Lehrervereinigung für Kunstverbreitung, Nürnberg“, und mit Unterstützung der Stadt Nürnberg herausgegeben. Von Dr. Friedrich Richter. Preis 1 50 M. Väterbund, 3 M. in Räumlichkeiten 3,00 M. Verlag von Hr. Seybolds Buchhandlung, Ansbach, 1909.

„Arbeiter-Turn-Zeitung.“ Organ für die Interessen der sozialistischen Arbeiter-Turnvereine. Halbjährlich 1 M. Arbeiter-Turn-Verlag, Leipzig, Langgasse 24.

„Deutsche Alpenzeitung.“ Herausgegeben von Eduard Rauten Verlag der „Deutschen Alpenzeitung“, Garmisch, Landes u. Herz, G. m. b. H., München. Abt. zur Hauptversammlung des Alpenvereins in Wien.

The life and World-Work of Thomas Lake Harris. By Arthur A. Guthbert. O. W. Pease & Co., Glasgow, 1909.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonntag, 4. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus, Rabane Butterflo.
Kgl. Schauspielhaus. Man spielt nicht mit der Liebe.
Deutsches. Faust.
Kammerstücke. Die Sünde.
Anfang 8 Uhr.
Leistung. Der König.

Anfang 8 Uhr.
Neues. Emilia Galotti.
Berliner. Einer von unsers Leut.
Neues Schauspielhaus. Mit Dubelst.
Thalia. Prima Bass.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Reichens. Kammerspiele um Amalie.
Gebbel. Revolutionshochzeit.
Trianon. Liebesgewitter.
Süßelied. Im Klubfessel.
Kleines. Moral.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.

Deutscher. Der fidele Bauer.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Ehre.
Schiller Charlottenburg. Bresters Millionen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Die Stützen der Gesellschaft.
Vollkoper. Der Freischütz. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Zufließen. Die Herren Schöne.
Bernhard Rote. Im Café Roblesse.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Folies Caprice. Mobilisierung. Der gewisse Augenblick. Anf. 8 1/2 Uhr.
Kleines. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Gebr. Hermsfeld-Theater. Frau Elms Bräuer. Meine Deine Tochter.
Noack Theater. Geflüchten.
Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten.

Völsche. Spezialitäten.
Vollkoper. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland-Theater. Spezialitäten.
Casino. Dintel Sohn.
Prater. Der Verführer.
Urania. Landensurke 48/49.
Abends 8 Uhr: Von Abazzia bis Corfu.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/52.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Der König.
Sonntag, 8 Uhr: Zwischenplatz.
Montag, 8 Uhr: Bölen - Sylus.
10. Vorstellung: Hedda Gabler.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von unsers Leut.
Morgen: Das Lebnis.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Emilia Galotti.
Morgen und folgende Tage:
Emilia Galotti.

Theater des Westens.
Abend 8 Uhr: Der fidele Bauer.
Operette von Leo Fall.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr. halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amalie.“
Schwank in 3 Akten von Feydeau.
Morgen und folgende Tage:
Dasselbe Vorstellung.

Neues Operetten-Theater.
Schildergasse 25, a. d. Lustenstr.
Anfang 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonntag, 4. September, 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Akten v. Gerhart Hauptmann.
Deutsch von Emil Jönck.
Textfassung von Herbert v. Berger.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Othello.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Im Klubfessel.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Vollständ. in 3 Akten von D. Waller und 2. Stein.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Jungfrau von Orléans. Abends 8 Uhr:
Von Steden die Hühler.
Montag Premiere: Gefallene Engel.
Ein Bild aus dem Volksleben von Rodmann.

DERNARD ROSE THEATER
Gr. Kurfürster Str. 102.
Anf. 8 Uhr. Enden. 10 Uhr.
Im Café Noblesse.
Schauspielkomödie. 1. Akt v. G. Schiller.
Auf der Gartenbahn. Anf. 4 1/2 Uhr.
Theatervorstellung. Spezialitäten.
let. Radwettkämpfe. Damentingkämpfe.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von Abazzia bis Corfu.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppelkonzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.

Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Kerkor. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollon Theater
8 Uhr: Die vollständig neuen Spezialitäten.
9 Uhr 15: Séverin
in Conscience, Pantomime
in 4 Akten.
Wurde 600 mal in Paris, 2 Jahre
lang in Amerika, Romale hindurch
in Wien usw. mit bestmöglichem Erfolg
aufgeführt.

WINTERGARTEN
Täglich:
Henry Bender
und das mit stürmischem Beifall
aufgenommene
Eröffnungs-Programm!
U. m. Morris Cronin. Mlle. Sadows.
The 6 Cutlys. Geschw. Kissa. Truly
Shattuck. Belletaire Bros. Miss
Marquis. 3 Pattersons!
„Leben und Treiben im Freien.“
Ballon-Dirigiblen.
Zeppelins Landung in Tegel.

Passage-Theater.
Das führende
Variété-Programm
Berlins!
Claire Waldo. Sibirische Sträflinge.
Lieder in Ketten,
und 12 erstklassige
Variété-Attraktionen!!!

Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. U. 4, 5063.
Die erfolgreichsten
Nachkommodien
Meine = Deine = Tochter
Frau Elms Friseur
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Vorverkauf 11-2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Union-Theater
am Alexanderplatz,
vis-a-vis von Tieta.
Der hochelegante Riesen-
Kinematograph (ca. 800
Personen) ist eine Sehens-
würdigkeit der Residenz.
Gala-Eröffnungs-
Vorstellung
Sonntag, den 4. September.
Programm frei! Garderobe frei!
Keine lästigen Nachzahlungen.
Theater-Orchester:
Kapellmeister Edward Prash
aus Wien.
Eintrittspreise
von M. 0,30 bis M. 1,50.

Passage-Panoptikum.
Täglich zu sehen: Die
Traum-Malerin
Wilhelmine Assmann
Bilder aus d. Jenseits!
Malsitzungen im Trauee
finden tagl. v. 11-1 U.
u. von 3-4 1/2 U. statt.
Zutritt jedersort.
Ohne Extra-Entree.
Eintr. 50 Pf. Kind., Soldaten 25 Pf.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Ehre.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann
Subermann.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Macbeth.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Ehre.
Montag, abends 8 Uhr:
Macbeth.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.
Lustspiel in 4 Akten von Blüchell
Smith und Byron Dugles.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Welt, in der man sich langweilt.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Ehre.

Ein Klasse für sich! Heute
abends 6 Uhr wird am Alexanderplatz, gegenüber von Tietz, das
Union-Theater
offiziell eröffnet!

Das Union-Theater ist das größte Unternehmen in Deutschland!
Das Union-Theater will der modernen Kinematographie Ansehen verleihen!
Das Union-Theater ist der Menge entsprechend mit dem größten Komfort
ausgestattet!
Das Union-Theater bringt nur geschlossene Programme in künstlerischer
Zusammensetzung!
Das Union-Theater bringt Dramen, Schauspiele, Opern, Humoresken, Natur-
szenen u. alt. Tagesereignisse von allen Ländern d. Welt!
Das Union-Theater soll eine Stätte der Unterhaltung sein für jung und alt,
arm und reich!
Das Union-Theater bietet durch sein Theater-Künstler-Orchester eine genue-
bringende, musikalische Abwechslung!
Garderobe frei! Keine lästigen Nachzahlungen! Programm frei!
Vorname Theater-Restaurant bei vollständigen Preisen.
Das Theater-Künstler-Orchester steht unter Leitung
des beliebten und bekannten Kapellmeisters Prash aus Wien.
Preise der Plätze: Loge 1,00 M., Parterre 1.- M., I. Parkett 50 Pf.,
II. Parkett 50 Pf., Galerie (Stühle) 20 Pf.
Union-Theater am Alexanderplatz. Schiller-Theater f. Art. d. Welt!

CASTAN'S PANOPTICON
Friedrichstr. 165 (Pachorpalast).
Ohne Extra-Entree! „Kio!“ Das japanische Rätsel.
Täglich 7 1/2 Uhr abends X Sonntags 2 Vorstellungen.
Humoristische Künstler-Abende.
Signor Arturo, Entfesselungskünstler.
Arturos Zauberland.

XV. Saison.
Circus Busch.
Sonntag, den 11. September,
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Eröffnungs-Abend.
Die Circuskassen sind täglich von 10 Uhr an geöffnet.
Billetts sind ferner zu haben: beim Invalidendank,
Unter den Linden 24 und in der Billett-Abteilung des Waren-
hauses A. Wertheim, Leipziger Straße 123/123. 97/9

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Heute, Sonntag, 4. Sept. 1909: 1. Elite-Tag.
Von heute ab und
folgende Tage: „München in Berlin“
der berühmteste Schorsch Ehrengreber aus
München
mit seiner Gruppe (ca. 60 Personen in Originaltracht).
Heute zur Eröffnung hat der berühmte Schorsch Ehrengreber jedem
Besucher von der „Mia“ in Frankfurt ein Geschenk mitgebracht.
Die Veranstaltungen finden bei ungünstiger Witterung im gr. Saal statt.
Anfang 7 Uhr. Eintr. 20 Pf.
Zeilensorten haben volle Gültigkeit.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72 (Ecke Alexanderstr.).
Tägl. 1. Herrl. Natur-Sommersgarten
Gr. Theater- u. Spez. Vorstellung.
Die gelbe Gefahr.
Büchse von R. Hoffmann.
Duell Herrmann, Leese - Lessen.
Heinz Hauer, The Eltons, The
Laungs, Charly Salwing, Minnie
Schroder u. erschl. Spezialitäten.
Anf. moentl. 8, Sonntags 5 Uhr.

Publikum
Gr. intern. Ringkampf-Konkurrenz.
Heute ringen: Pawne Bill gegen
Sprutin. Eggeberg gegen Gocksch.
Altmann gegen Borden. Rossack, Ent-
scheidungskampf. Eklenn.
Beginn der Kämpfe 9 1/2 Uhr, der
Vorstellung 4 1/2 Uhr.

Einheitspreis ... M. 12.50
Luxus-Ausführung M. 16.50

Wenn Sie Wert auf vornehmes Auftreten legen, machen Sie
einen Versuch mit Salamanderstiefeln. Der Salamander-
stiefel verbindet elegantes Aussehen mit billigem Preis.
Fordern Sie Musterbuch V.

Salamander
Schuhges. m. b. H., Berlin

W. 8 Friedrich-Strasse 182
C. König-Strasse 47
SW. Friedrich-Strasse 221
C. Rosenthaler Tor
W. Potsdamer Strasse 5
NW. Wilhelmstrasse
Ecke Turn-Strasse 9
W. Teutonen-Strasse 15
N. Bad-Strasse 20
Spandau, Breite Strasse 30

Volks-Oper.
SW. Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Freischütz.
Romantische Oper in 3 Akten von
C. M. v. Weber.

Volks-Theater
Rixdorf, Hermannstrasse 20.
Sonntag: Robert u. Bertram.
Bosse in 3 Akten von Käder,
Anfang 7 Uhr.
Montag: Geinut. Schauspiel in
4 Akten v. Subermann. Anf. 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 5. September:
Große
Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang der Vorstellung 7 Uhr.
Konzert 8 Uhr.
Kasseneröffnung 5 Uhr.
Montag, den 6. September:
Solire der „Lustigen Sänger“.

Brunnen-Theater
Bathstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Sonntag, den 4. September:
Veneis für das techn. Personal
und die Hausbesitzer:
Das Bild der Mutter
Vollständ. in 3 Akten v. Seelen.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Karl Haverland Theater
77/79 Kommandantenstrasse 77/79.
Anfang präzis 8 Uhr.
Das Neueste vom Neuesten
Auf die wunderbaren
11. September-Spezialitäten.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Sonntag, den 4. September:
Eröffnung der Winterspielzeit
Erstklassiges
Variété-Programm
Großstadtzauber
mit Direktor Rob. Dill in der
Hauptrolle.
Anf. 7 1/2 Uhr. Eintr. 50 Pf. bis 2 M.

Folies Caprice.
Mobilisierung.
Bunter Teil.
Der gewisse Augenblick.
Vorverk. 11-2. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Walhalla-
Variété Theater**
Weinbergweg 19-20, Rosenthaler Tor.
Anfang 8 Uhr.
Die großartigen
September-Spezialitäten

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Braunenstr. 16.
Eröffnung der Winterspielzeit.
Neues vergrößertes Personal!
Zum erstenmal:
Die Benetianerin.
Romant. Schauspiel in 6 Bild. u. 1 Vorsp.
Anf. 8 Uhr. Eintr. 30 Pf. Gr. Ball.
Sonntag 1. Male: Unter Leopold.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bisont.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

**INTERNATIONALE
LUFTSCHIFFFAHRT
AUSSTELLUNG**
EXPOSITION AERONAUTIQUE
FRANKFURT 1909
Belg. Luft. Witterung l. Betrieb:
Freihallen. Flugmaschinen
Motorballons
(Clouth, Parveval, Zeppelin)
Wetterberber:
200 000 M. Preise.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
Niederharnim**
Bezirk Lichtenberg.
Nachruf.
Am 17. August ist unser Mit-
glied
Gustav Plage
und am 21. August
Rudolf Majewski
verstorben.
Ehre ihrem Andenken!
14/7 Der Vorstand.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Verwaltung Berlin 2.
Den Mitglidern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Vater
Franz Fehrmann
am Mittwoch, den 1. d. M., im
Alter von 50 Jahren an Herz-
schwäche gestorben ist. 69/13
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 4. d. M., nach-
mittags 8 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erbetet.
Die Verwaltung 2.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Ortsverwaltung Berlin II.
Den Mitglidern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der H. C. G.
Arbeiter
Hermann Röske
am Montag, den 30. August,
im Alter von 53 Jahren an
Lungenentzündung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 4. d. M., nachm.
1/2 Uhr, von der Leichenhalle
der Himmelsfahrts-Gemeinde in
Nieder-Schönhausen aus statt.
69/14 Die Verwaltung II.

Dankjagung.
Allen Parteigenossen und Ge-
nossen der Bezirks-Verwaltung
Bismarckstr. und Tegel, sowie den
Kollegen von Vorking und Schmach-
kopf, dem Holzarbeiterverband, Jach-
stelle Berlin und Jachstelle Vrenslau,
der Krankenpflege der Metallarbeiter
Hilfsstelle Vorking, dem Gejang-
verein „Waldhor“, sowie allen Ver-
wandten, Freunden und Bekannten
für die Teilnahme und reiche Kranz-
spende bei der Beerdigung meines
lieben Vaters und meines guten
Vaters Karl Fabel hierdurch
unsern tiefempfindenden Dank. 12753
Die trauernden Hinterbliebenen
Emilie Fabel nebst Kindern.

Zirkus - Tunnel
im Zirkus Schumann-Gebäude,
Karlstraße.

Wieder = Eröffnung.
Spezialitäten-Programm.
Konzert.
Jeden Sonntag: Tan frei.

Volksgarten - Theater
Bathstr. 8, Sejmbr., Bellemannte.
Heute ringen: Wettindt, Russisch-
Wolen gegen Wadrakli, Armenien,
Hypollon le Collette, Belgien, gegen
Trang, Bromberg, Schwarz, Berlin,
gegen Kauer, Bayern, Griften,
Dänemark, gegen Osnabe, Rindland,
Schibist, Berlin, gegen Schmidt,
Diprenken. Beginn der Ringkämpfe
9 1/2 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Der Verschwander.
Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Straße 57. Täglich 8 Uhr:
Dafel Cohn
Dafel Cohn
Dafel Cohn
Dafel Cohn
Dafel Cohn
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Vorgussarten
haben moentl. Gültigkeit.
Eintr. 15 Pf.



A. WERTHEIM G.M. B.H.

LEIPZIGER STRASSE

ROSENTHALER-STRASSE.

ORANIEN-STRASSE.

Heute Sonnabend besonders billige

LEBENSMITTEL

Junge Gänse Pfund 58, 65 Pf.
 Ungar. Hühner . . . Stück 1 Mk., 1.10
 Brathühner Stück 1 Mk., 1.20
 Suppenhühner . . . Stück 2 Mk., 2.25
 Junge Enten Stück 2.25 2.50
 Rebhühner zu billigsten Tagespreisen.

Harte Zervelatwurst ^{in Fett-} darm Pfd. 1.60
 Feine Leberwurst . . Pfund 95 Pf.
 Landleberwurst . . . Pfund 90 Pf.
 Zwiebelwurst Pfund 45 Pf.
 Hallesche Leberwurst Pfd. 1 Mk.
 Rotwurst Pfund 45, 65 Pf.

Teewurst Pfund 1.15
 Jagdwurst Pfund 90 Pf.
 Gänsebrust (Spickgans) . . Pfund 1.50
 Königsberger Fleck
 1 Pfd.-Dose 50, 2 Pfd.-Dose 85 Pf.
 Halberstädt. Würstchen ^{Dose} 4 Paar 85 Pf.

Grosse italien. Pfirsiche Pfd. 38 Pf.
 Kochäpfel Pfund 12 Pf.
 Tafeläpfel Pfund 11 Pf.
 Tafelbirnen Pfund 15 Pf.

Grosse Kochbirnen Pfund 9 Pf.
 Italien. Weintrauben . . . Pfund 17 Pf.
 Holländische Gurken . . . Stück 6 Pf.
 Tomaten Pfund 9 Pf.

Sommerpreise!
 Nur gültig bis 15. September ex.

A. B. Koch

Rohlgroßhandlung
 Gegründet 1893.
 Hauptkontor Berlin O. 34,
 Petersburger Straße 1
 (vis-à-vis Warschauer Straße).
 Fernspr. Amt 7 Nr. 3040 u. 3096.
 Lagerplatz I: Berlin O. 34, Brom-
 berger Str. 16, Ostbahn Güter-
 bahnhof, Eingang Rüders-
 dorf Str. 71, vis-à-vis der
 Posener Straße (früher Ostbahn-
 platz).
 Lagerplatz II: O. 17, Bruchstr. 13
 (Güterbahnhof Ostbahn).
 Lagerplatz III: Güterbhf. Weihen-
 see, Greifswalder Straße 80a.
 Amt VII, 7624. 6962.
 Lagerplatz IV: Berlin N., Behm-
 straße 28-34 (Ecke Schinkelbeiner
 Straße).
 Lagerpl. V: N. 65, Antonstr. 36/41
 (Ecke Hauptplatzstraße).
 Preise für nur la Marken ab Platz
 von 10 Stk. an:
 Prima Halbheine
 Ferdinand Str. 83 Pf.
 „ Halbheine Land-
 hammer Str. 86 Pf.
 „ Halbheine Altv. Str. 90 Pf.
 „ Ferdinand-Brill. Str. 85 Pf.
 „ Anna und Wald-
 mannshell Str. 92 Pf.
 „ Pfannerichstr. Str. 91 Pf.
 „ la Diamant-Salon
 (pr. Str. 110-120 St.) Str. 100 Pf.
 „ la Anh. Rohlen-
 werke Str. 100 Pf.
 „ la Rife Salon Str. 100 Pf.
 „ la Anthrazit-Gas Str. 2,20
 Rost-, Steinöfen usw. zu den
 billigsten Tages- und Konventions-
 preisen. Anlieferung frei Stelle je
 nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf.
 mehr. — Bei Originalanfragen und
 größeren Aufträgen verlangen Sie
 meine Spezial-Offerte.

Nathan Wand

129 Stalhofer Str. 129.
 Die schönsten Herren - Sommer - Paletots
 und Anzüge in neu
 sowie speziell
Monats-Garderobe
 von Kavaliere getragene Sachen,
 fast neu, für jede Figur passend,
 speziell auch Anzüge sind in
 großer Auswahl preis zu staunend
 billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stalhofer Str. 129.
 Hochbahnhofsstation Rottbuser Str.
 Bitte auf Hausnummer zu achten.

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Weltfirma
Gebrüder Rauh Gräfrath
 bei Solingen.

Stahlwarenfabrik u. Versandhaus I. Ranges. — Versand direkt an Private.
 Nachstehendes **30 Tage zur Probe! Neu!** Geräumig und außerordentlich solide.

Vexier- od. Sicherheits- „HANSA“ Fest und sicher ver-
 Portemonnaie geschlossen. Kann nur
 von Eingeweihten ge-
 öffnet werden. ::



2 Buchstaben od. 1 Monogramm in Golddruck in das Leder eingepreßt kosten 10 Pf.,
 der ganze Name 20 Pf.

Versand unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrages.

Garantie-Schein. Nicht gefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.

ca. 9000 Gegenstände enthaltend und zwar: Beste Solinger Stahlwaren aller Art, Rasier-
 utensilien, Haarschermaschinen, Haus- und Küchengeräte,
 Werkzeuge aller Art, Waffen und Jagdartikel, Fahrräder,
 Fahrradzubehör und Sportartikel, optische Waren, Luxus-
 waren, Haarschmuck, Seifen und Parfüms, nützliche Bücher, Pfeifen, Zigarren, Musikinstrumente,
 Kinderspielwaren aller Art und viele andere Artikel in größter Auswahl.

Der Welt Ruf unserer Firma bürgt dafür, daß nur
 elegante gediegene und preiswerte Ware zum
 Versand kommt.

Tausende Anerkennungs-schreiben loben
 die Güte und Qualität unserer Waren.
 Bei Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.

BRILLANT **FABRIK-MARKE** **BRILLANT**

Von 9—7 Uhr geöffnet.

Umsonst

gebe ich wiederum in
 allen meinen Geschäften

vom Sonntag, den 5. September,
 bis Sonntag, den 19. September inkl.

meine so sehr beliebten

Salon-Vergrößerungen

(Bromsilber, Größe 30x36 cm,
 mit eleganter Aufmachung)

tadellos ausgeführt jedem, der sich in
 dieser Zeit eine Aufnahme bestellt.

12 Visites glänzend 1.80 M. matt 4.— M.
 12 Kabinetts „ 4.80 M. „ 8.— M.

Photographie J. Fuchs

Berlin:

Friedrichstraße 108 vis-à-vis Karlstraße. Königsstraße 59 vis-à-vis dem Rathaus.

Friedrichstraße 138 vis-à-vis Komischer Oper. Rosenthaler Str. 72a am Rosenthaler Tor.

Schöneberg, Hauptstraße 10 vis-à-vis Rathaus.

Auch Aufnahmen im eigenen Heim sehr billig.

Von der Michaelbrücke an der Michaelkirchstraße.

Heute Sonnabend: Letzte diesj. Mond-
 scheinfahrt mit Nacht nach Schmückwitz, herr-
 lich am Seebüsch gelegen. Dasselbst großer Ball. 8½, 9½, 11 Uhr. Preis hin
 und zurück 50 Pf. (1274b) G. Zachow. Amt 4 5021.

Zu den Landtags-Ersatzwahlen.

Bekanntlich sind die Urwahlen in den vier Berliner Landtagswahlbezirken auf Dienstag, den 26. Oktober d. J. festgesetzt. Gewählt wird auf Grund neuer Wählerlisten, die der Magistrat aufgestellt hat. Diese Wählerlisten werden nur drei Tage lang öffentlich zur Einsichtnahme ausgelegt. Der Magistrat gibt bekannt, daß diese Listen

am Sonntag, den 12. September d. J., von mittags 12 bis nachmittags 5 Uhr,

am Montag, den 13. September d. J., und

am Dienstag, den 14. September d. J., von mittags 12 bis abends 8 Uhr

in den unten angegebenen Turnhallen der Gemeindeschulen zur Einsicht öffentlich ausliegen.

5. Wahlbezirk.

1. Stadtbezirke: 79—81 und 86—89; Urwahlbezirke: 270 bis 278 und 293—303. 106./152. Gemeindeschule, Brieger Straße 17/18.
2. Stadtbezirke: 90—96, 102 und 103; Urwahlbezirke: 304 bis 319 und 337—341. 20. Gemeindeschule, Waldemarstraße 77.
3. Stadtbezirke: 104—106 und 109; Urwahlbezirke: 342—354 und 374—378. 114./122. Gemeindeschule, Köpenicker Straße 2.
4. Stadtbezirke: 107A—108B; Urwahlbezirke: 355—373. 177./191. Gemeindeschule, Görlitzer Straße 51.
5. Stadtbezirke: 110—113B; Urwahlbezirke: 379—401. 100./102. Gemeindeschule, Eingang Poststr. Straße 15.

6. Wahlbezirk.

6. Stadtbezirke: 147—150 und 183—184; Urwahlbezirke: 490 bis 505 und 548—554. 155./156. Gemeindeschule, Marfussstraße 49.
7. Stadtbezirke: 151—156; Urwahlbezirke: 506—528. 23. Gemeindeschule, Straußberger Straße 9.
8. Stadtbezirke: 159, 161—162, 173—174 und 179A; Urwahlbezirke: 533—536, 542—547, 592—597 und 637—639. 201. Gemeindeschule, Gr. Frankfurter Straße 23.
9. Stadtbezirke: 165—166, 168—172; Urwahlbezirke: 555 bis 562, 576—591. 18./125. Gemeindeschule, Köpenicker Straße 84.
10. Stadtbezirke: 167A—E; Urwahlbezirke: 563—575A. 220./255. Gemeindeschule, Raglerstraße 3.
11. Stadtbezirke: 175A und B und 178A und B; Urwahlbezirke: 598—605 und 626—636. 119./136. Gemeindeschule, Gubener Straße 51/52.
12. Stadtbezirke: 176—177F; Urwahlbezirke: 606—625. 67./98. Gemeindeschule, Bromberger Straße 13/14.

7. Wahlbezirk.

13. Stadtbezirke: 157—158, 160 und 169A und B; Urwahlbezirke: 627—632, 637—641 und 710—721. 59./151. Gemeindeschule, Diefelmeyerstraße 12.
14. Stadtbezirke: 180A—D, 181B und D; Urwahlbezirke: 648—663, 668—669 und 672—674. 3./203. Gemeindeschule, Petersburger Straße 4.
15. Stadtbezirke: 181A, 181C, 181E—J; Urwahlbezirke: 664 bis 667, 670—671 und 675—685C. 247./252. Gemeindeschule, Nigauer Straße 81/82.
16. Stadtbezirke: 179B und C, 180C und 190C; Urwahlbezirke: 640—647, 722—727 und 746—750. 234./253. Gemeindeschule, Straßmannstraße 6/8.
17. Stadtbezirke: 190/191A, 190B und 190D und E; Urwahlbezirke: 736—745 und 751—753. 104./159. Gemeindeschule, Oltzauer Straße 19.
18. Stadtbezirke: 189D, 193C und 193G; Urwahlbezirke: 728—735, 771—774 und 779—780. 257./294. Gemeindeschule, Wöhlstraße 40.
19. Stadtbezirke: 192/193E und F, 193B, 193D und 193H; Urwahlbezirke: 759—761, 767—770, 775—778 und 781—781B. 204./213. Gemeindeschule, Christburger Straße 15.

12. Wahlbezirk.

20. Stadtbezirke: 285—287C und 302; Urwahlbezirke: 1176 bis 1191 und 1283—1287. 31. Gemeindeschule, Alt-Moabit 23.
21. Stadtbezirke: 288—290B und 295—296; Urwahlbezirke: 1192—1205, 1254—1261. 231./263. Gemeindeschule, Wöhlstraße 8, Eingang C für Mädchen.
22. Stadtbezirke: 291A—C und 292A und C; Urwahlbezirke: 1206—1217, 1218—1221 und 1228—1231. 216./222. Gemeindeschule, Rostocker Straße 32.
23. Stadtbezirke: 293B, 293A, 293C und 294A und B; Urwahlbezirke: 1222—1227, 1232—1235, 1243—1245 und 1246—1253. 206./212. Gemeindeschule, Siemensstraße 20.
24. Stadtbezirke: 293B und 297—299; Urwahlbezirke: 1236 bis 1242 und 1262—1275. 168./182. Gemeindeschule, Quittenstraße 115.
25. Stadtbezirke: 300—301, 303A—304 und 309; Urwahlbezirke: 1276—1282, 1288—1302, 1332—1333. 100./188. Gemeindeschule, Stephanstraße 3.

Innerhalb der genannten drei Tage steht es jedem frei, sowohl gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Listen als auch gegen die Richtigkeit der darin angeführten Steuerbeträge (§§ 3 und 4 des Reglements) seine Einwendungen im Wahlbureau, Poststr. 16 II, schriftlich oder in den Ausgelegten bei unseren dort anwesenden Beamten zu Protokoll anzubringen.

Einsprüche, welche vor Beginn oder nach Schluß der Auslegung der Urwählerlisten eingebracht sind oder eingebracht werden, finden keine Berücksichtigung.

Die Legitimation kann durch Vorlegung der Steuerquittung für das Vierteljahr Juli/September 1909, der polizeilich bescheinigten Anmeldung für die Wohnung, unter welcher die Eintragung erfolgen soll, oder auf sonst glaubwürdige Weise geführt werden.

Die Urwähler haben in denjenigen Urwahlbezirken zu wählen, in welchen sie zurzeit der Aufstellung der Urwählerlisten

— d. i. Anfangs August d. J. —

gewohnt haben.

Gleichzeitig macht der Magistrat darauf aufmerksam, daß in den obigen Ausgelegten auch die Uebersicht der Urwahlbezirke der eingangs erwähnten vier Wahlbezirke, welche die räumliche Abgrenzung der einzelnen Bezirke sowie die zu wählende Anzahl der Wahlmänner für jeden Urwahlbezirk erkennen läßt, eingesehen werden kann.

An den Genossen liegt es nun, dafür zu sorgen, daß jeder Wähler, der für uns in Frage kommt, durch Einsichtnahme in die Wählerlisten sich seines Wahlrechts versichert, um am 26. Oktober wählen zu können.

Partei-Angelegenheiten.

6. Wahlkreis, Moabit. Die Parteigenossen der 7. und 8. Abteilung werden aufgefordert, am Sonntag früh 8 Uhr sich in ihren Wahlbezirkbezirken vollständig und pünktlich einzufinden.

Das Wahlkomitee.

Schöneberg. Den Parteimitgliedern zur Kenntnis, daß die am 5. September geplante Volksversammlung erst in der zweiten Hälfte

des Monats stattfindet. Der Termin wird noch näher bekanntgegeben.

Der Vorstand.

Brig. Sonntag, den 12. September, nachmittags 2 Uhr, veranstaltet der hiesige Wahlverein eine Vorstellung in der „Urania“, Berlin, Raubensstraße 48/49. Wilhelms inf. Garderobe sind zum Preise von 60 Pf. bei den Mitgliedern zu haben. Nege Beteiligung erwartet.

Der Vorstand.

Marienthorf. Die Parteigenossen treffen sich Sonntagmittag 2 Uhr bei Schwendhagen.

Stralau. Sonntag, den 5. d. Mts., vormittags 10 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokale von Steinicke, Alt-Stralau 5. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung und Groß-Berlin. 2. Entwürfe. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Die Bezirksleitung.

Adlershof. Den Parteigenossen zur Kenntnisnahme, daß die Bibliothek am Sonntag umständehalber ausfällt. Die Wählerausgabe erfolgt dafür am Montag von 8 bis 9 Uhr abends.

Friedrichshagen. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokal der Wv. Verda, Friedrichstr. 112, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Wuschel über „Die neuen Steuern und ihre Folgen“ referieren wird. Die Genossen werden ersucht, für Massenbesuch dieser Versammlung zu agitieren.

Reinickendorf-West. Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Lokalen eine Handzettelverbreitung statt. Nege Beteiligung ist Pflicht.

Die Bezirksleitung.

Bezirk Vorkriegswald-Bittenau. Heute, Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, findet eine außerordentliche Generalversammlung in den „Vorkriegswald-Bittenau“ statt. Es werden die Genossen und Genossen ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Märkte an der Peripherie der Großstadt.

Das auf Grindertum und Spekulationslust verdächtige, rapide Wachstum unserer Millionenstadt läßt hier und da in fast komisch wirkendem Nebeneinander die schärfsten Gegensätze bestehen. Da gibt es z. B. merkwürdige Gelände, auf denen Märkte abgehalten werden. Es sind nicht etwa die Ränder eines Schmutzplatzes, wie des Bittenbergplatzes, oder ein eigens für diesen Zweck freigelegener Platz, wie der Winterfeldtplatz in Schöneberg, sondern zum Teil Lagerplätze, auf denen ein privater Unternehmer Stände vermietet, was man besonders in Schöneberg in der Nähe des geplanten Stadtparkes beobachten kann. Aber auch die Gemeinden bemühen sich um die Schaffung von Märkten für Lebensmittel, und der Platz, den sie dazu hergeben, trägt oft den deutlichen Charakter des Nebengangesstadiums. So ein Markt auf engem, in die Straßen eingeklemmten Winkel hat sich in Wilmersdorf, am Ende der Uhlandstraße aufgemacht. Links und rechts vierstöckige Mietshäuser, dazwischen ein paar alte, haufällige Häuschen, kaum sechs Meter hoch, von Ställen umgeben, aus denen das Gähnen der Kühe herauschallt, Reste ehemaliger Bauernhöfe, in deren niedere Ziegelmauer der Regen tiefe Rinnen gegraben hat. Das elende Kopssteinspalt, auf dem man sich vorichtig einen Weg suchen muß, um nicht hinzufallen, spricht von der Sparlosigkeit der Straßenbauer und auch der Mangel jeder Vordrängung verrät den praktischen Sinn der Dirsingeseffenen. Eng zusammengepakt werden da Montags, Donnerstags und Sonnabends mehrere Budenreihen aufgeschlagen, zwischen denen sich bei jedem Wetter ein lausiger Schwarm von Mädchen und Frauen hindurchdrängt, und mit prüfenden Augen die feilgebotenen Vorräte mustert. Gar zu viel Auswahl haben die handvoll Stände nicht zu bieten, und doch ziehen es die Frauen vor, ihre Einkäufe hier zu besorgen, wo sie die Güte der Ware, die Höhe des Preises, die der eine fordert, sogleich mit dem Angebot des Nachbarn vergleichen können. Viele der Kaufstüben, die sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammenfinden, werden aber nicht nur von den zahlreich vorhandenen Kaufgelegenheiten angezogen, sondern mehr noch von einer uneingestanden Vorliebe für offene Märkte geleitet. Die bunte Budenstadt, rumplig und gerade darum so gemütlich, übt auf die meisten eine unwiderstehliche Faszination aus. Vielen ist sie eine Erinnerung an die Heimat, wo man gerade so auf offenem Markte die Lebensbedürfnisse feilkauft, und nicht nur den Einkauf von Fisch, Fleisch und Gemüse, sondern auch von Schuhen, Wäsche und allerlei Tand auf den Marktag verschob. Von dieser lieben, alten Gewohnheit können sich manche auch in der Großstadt nicht losmachen, und so werden die Kurzwarenhändler ihre billig aufgekauften Stoffreste ebenso sicher los, wie die frisch duftenden, appetitlichen Obst- und Gemüse-vorräte sich lichten.

Die Polizei und das Photographieren.

In der Nummer 34 der „Scherischen Woche“ vom 21. August befindet sich ein Aufsatz des Staatsanwalts Dr. Erich Wulffen über die Photographie im Dienste der Kriminalpolizei, in dem der Verfasser die Internationale Photographische Ausstellung in Dresden bespricht und sich vornehmlich auf die von der Kriminalpolizei beschickten Stände ausstellt. Photographien beschränkt. Aus der Darstellung geht hervor, daß auch das Polizeipräsidium sich an der Ausstellung beteiligt hat. Unter anderem heißt es in dem Artikel: „Von Bildern aus dem inneren Dienst fallen in einem Dreißigstel die beiden ausgezeichneten Gruppenbilder „Patrouille“ und „Spezialpatrouille der Kriminalpolizei“ auf. Da sehen wir Kriminalbeamte als Dienstmänner, Arbeiter, Handwerker, Frauenspersonen usw. verkleidet, zum Ausdrücken in Fahndungsangelegenheiten bereit.“ Dann wird berichtet, daß ein Bild, das auch in der „Scherischen Woche“ Aufnahme gefunden hat, zwei als Hofmusikanten verkleidete gefährliche Ausballdowerer zeige, die die edle Musik als Vorwand für die unauffällige Auskundschaftung günstiger Diebstahlsgelegenheiten nehmen sollen. Auf Grund dieses Bildes erschienen dieser Tage zwei Hofmusikanten in unserer Redaktion und erzählten uns, daß nach Ansicht ihrer Verwandten und auch Fremder dieses Bild mit ihrem Kontor eine verzweifelte Wohnklausur aufweise, daß sie schon daraufhin in vielen Fällen kurz abgewiesen und erheblich in ihrem Erwerbe geschädigt seien. Und in der Tat ist auch die Ähnlichkeit des Bildes mit diesen Leuten sehr auffallend, nur kommen die armen Teufel nicht als Ausballdowerer in Betracht. Es kommt hier entweder eine übereifrige Maßnahme eines Beamten in Frage, der die Leute in dem schweren Verdacht von Ausballdowerern hatte und sie unauffällig photographierte, oder aber es muß Doppelgänger geben. Im letzteren Falle aber müßten diese Doppelgänger nicht nur den armen Menschen in Größe, Gesicht und Haltung ähnlich sehen,

sondern auch zufällig dieselben Instrumente spielen, Geige und Gitarre. Daß die bei uns kluge fahrenden Leute keine Ausballdowerer sein können, dürfte aus dem Umstande erhellen, daß sie gar nicht sehen können; sie sind blind.

Wie uns mitgeteilt wurde, hat der Kriminalinspektor Matt freundlicherweise den so sehr geschädigten Leuten B. und M. bezeugt, daß sie mit den in der „Woche“ dargestellten Ausballdowerern nicht identisch sind. Herr Matt soll erklärt haben, das Bild rühre gar nicht von der Kriminalpolizei her. Vielleicht irrt sich hier Herr Matt, denn in dem Aufsatz wird ausdrücklich erklärt, das Bild habe die Berliner Kriminalpolizei selbst aufgestellt. Es wäre wirklich wünschenswert, wenn in dieser Angelegenheit die hiesige Polizei eine öffentliche Erklärung abgeben würde. Die Bevölkerung hat ein dringendes Interesse daran, zu wissen, daß die den polizeilichen Sammlungen einverleibten Bilder nicht auch Unschuldige enthalten und diese schwer schädigen.

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im Monat August nütigten im Männerasyl 15 452 Personen, wovon 7914 badeten, im Frauenasyl 4100 Personen, wovon 1742 badeten. Arbeitsnachweis wird erteilt für Männer: Wiesenstr. 55/59, für Frauen: Kolberger Straße 30.

Die Whirgischen Fliegerveruche mit einer Flugmaschine, die anfänglich Donnerstag, dann gestern Freitag, auf dem Tempelhofer Feld stattfinden sollten, mußten des ungünstigen windigen Wetters wegen verschoben werden.

Seinen Dank an die Einwohnerschaft Berlins für den ihm zu teil gewordenen Empfang hat Graf Zeppelin in einem an den Bürgermeister gerichteten Schreiben ausgesprochen. U. a. schreibt er: „Aber nicht um Jahre meines Lebens möchte ich die Stunden des Himmelfahrens auf die meiner im festlichen Schmuck harrende Kissenstadt und den Eindruck wissen, daß die Herzen der dort unten winkenden und rufenden Millionen in jubelnder Begeisterung mir und meinem Werke zugewandt waren.“

Ein Parteiveteran.

Sein 70. Lebensjahr vollendet heute der Genosse und Stadtverordnete Heinrich Vogel-Charlottenburg. Im Jahre 1866 schloß sich Vogel dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein an und wurde 1867 als Bevollmächtigter nach Essen geschickt, wo er auch als Gehilfe in einer dortigen Apotheke in Stellung trat. Weil Vogel an einer dortigen Firma wegen der herrschenden Günstlingswirtschaft Kritik übte, wurde sein Chef beauftragt, ihn zu entlassen. Im Jahre 1868 geht Vogel nach München und kommt 1869 nach Berlin, wo er politisch für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein jahrelang wirkte, auch nach der Vereinigung. Im Jahre 1880 wurde er auf Grund einer Denunziation, verbotene Schriften in seiner in der Prinzenstraße befindlichen Drogerie verborgen zu haben, ausgewiesen. B. ging nach Dresden, wo er bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes blieb. Vogel ist seit 1893 in Charlottenburg Stadterwerber. Ein Leben, reich an Mühen im Interesse unserer Partei, liegt hinter ihm. Mit vielen Genossen bringen auch wir dem Siebzighährigen am heutigen Tage unsere Glückwünsche dar und hoffen, daß es dem Parteiveteran vergönnt sein möge, noch manches Jahr im Kreise seiner Familie und Kinder für die Partei wirken zu können.

Eine kurze Betriebsführung auf der Untergrundbahnhaltestelle „Leipziger Platz“ entstand gestern mittag kurz vor 12 Uhr dadurch, daß die elektrische Zugblockade infolge eines Defektes versagte und die Abfertigung der Züge infolgedessen mittels der sogenannten Blockzettel bewirkt werden mußte. Hierbei ist durch Versehen eines Beamten auf der Blockstation vor der Haltestelle an den Führer des Zuges, der um 11 Uhr 53 Minuten von Osten her auf Leipziger Platz eintrifft, dieser Blockzettel entgegen der bestehenden Vorschrift schon ausgehändigt worden, bevor der vorhergehende Zug die Haltestelle Leipziger Platz verlassen hatte. Der Zugführer des einfahrenden Zuges wurde vorchriftsmäßig durch Handglocken zum sofortigen Halten veranlaßt, er bremste auch sogleich und fuhr infolgedessen an den im Bahnhof haltenden Zug leicht an. Jemand welcher Schaden ist nicht entstanden; Personen wurden nicht verletzt. Hierzu wird von der Betriebsleitung der Bahn bemerkt, daß Störungen in den Blockeinrichtungen trotz bester Anlage und sorgfältigster Ueberwachung niemals vollständig verhütet werden können. Der Vorfall hätte sich trotzdem nicht ereignet, wenn nicht der klaren und bestimmten Instruktion zuwider dem Zugführer der Blockzettel vorzeitig ausgehändigt worden wäre.

Ja, ja, die Instruktion! Das beste Mittel, derartige Vorfälle herabzumindern, liegt in einer Verkürzung der Arbeitszeit des Zugpersonals.

Ins Wandert. Ein reges Soldatenleben herrschte in der vergangenen Nacht auf den hiesigen Augenbahnhöfen. Nachdem schon vorgeritten abend das Alexander- und das Elisabeth-Regiment und zwei Schwadronen der Gardelazarett von den Bahnhöfen in der Prand- und Heidestraße und auf Westend in das Herbstmanöver abgefahren waren, folgten ihnen in der letzten Nacht die übrigen hiesigen Truppen. Von 9 bis 3 Uhr wurden auf dem Hamburger Güterbahnhof an der Heidestraße die Geschütze, Pferde und Mannschaften des ersten und dritten Gardelazarett-Regiments verladen und eingeschifft, von 12 bis 4 Uhr das zweite und vierte Garderegiment zu Fuß und die Kaiserkaserne auf dem Bahnhof Potsdamerstraße, von 12 1/2 bis 2 Uhr das dritte Garderegiment auf dem Güterbahnhof Friedrichsberg an der Frankfurter Allee, von 12 bis 3 Uhr das Augusta-Regiment, das Gardepionier- und das Telegraphenbataillon Nr. 1 auf dem Güterbahnhof in der Prandstraße, von 4 Uhr an auf dem letzteren Güterbahnhof in Alt-Moabit das zweite Gardelazarett-Regiment und zu derselben Zeit das erste Garderegiment auf dem Anhalter Bahnhof.

Rindesdort? Die Leiche eines neugeborenen Mädchens wurde gestern vor dem Hause Galesches Nr. 25 von einem Schuhmann gefunden. Sie war eingewickelt in ein Stück Leinwand von einem Kopsfassenbezug mit eingnähter Schnurorte und gelbes Papier.

Durch einen Sturz von der Leiter ist gestern der 66 Jahre alte Rohrer Gottlieb Rau in seiner Wohnung in der Brunnenstr. 72 tödlich verunglückt. Beim Verlegen der Gasleitung fiel er von der Leiter auf den Fußboden, schlug mit dem Hinterkopf schwer auf, zog sich eine Gehirnerschütterung zu und starb dann im Laufe des Nachmittags im Lazarus-Krankenhaus.

Beim Spiel verunglückt ist gestern nachmittag der sechs Jahre alte Anabe Edmund Kofin, Kölliner Straße 22. Der kleine hatte mit anderen Kindern in der Parkstraße, in der gegenwärtig Kanalisationsarbeiten ausgeführt werden, an einer Lücke herumgespielt. Die Kinder schoben den schweren Wagen hin und her und plötzlich setzte sich das Gefährt in Bewegung und rollte davon. B. wurde niedergedrückt und so unglücklich überfahren, daß er blutüberströmt nach der Unfallstation gebracht werden mußte, wo er die ersten Notverbände erhielt.

Ein gewerkschaftlicher Fahrradmarde wurde gestern abend auf dem Wedding auf frischer Tat ertappt. Der Schleifer Korenka, Schulstr. 108, hatte auf dem Hofe sein zweirad untergestellt und sich einen Augenblick nach der Wohnung hinaufbegeben. Während

dessen wurde die Maschine von einem jungen Burken gestohlen. Als P. wieder zurückkehrte, nahm er die Verfolgung des Täters sofort auf und es glückte ihm auch, den Flüchtling, der nicht einmal auf dem Rade fahren konnte, zu erreichen. Er ließ ihn festnehmen und bei der Vernehmung entpuppte sich der Verhaftete als ein schon längst gefuchter Fahrradmarbler, der dies Metier gewerbmäßig betrieb. Auf das Konto des Burken sind wahrscheinlich alle die zahlreichen Fahrraddiebstähle zu setzen, die in letzter Zeit in den nördlichen Stadtteilen verübt wurden.

Aus der Unglückschronik. Donnerstagabend fuhr der 17 Jahre alte Dreiradfahrer André Seeger am Lustgarten gegen einen Rollwagen. Seeger und der hinter ihm sitzende 18 Jahre alte Hausdiener Fritz Kurz wurden vom Rade geschleudert und erlitten der eine eine Wunde über dem linken Auge und der andere eine Quetschung des linken Fußes. In einer Droßke brachte man beide nach der Königl. Klinik in der Biegelstraße, wo man ihnen die ersten Verbände anlegte. — Im hilflosen Zustande wurde Donnerstag nachmittag ein etwa 25 bis 30 Jahre alter, anscheinend dem Mittelstande angehöriger Mann auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor, hilflos auf dem Bürgersteig liegend, aufgefunden. Da er nicht wieder zum Bewußtsein kam, schaffte man ihn in einer Droßke nach der Charité, wo der Arzt ein schweres Hirnleiden feststellte und ihn aufnahm. Legitimationspapiere führte der Unbekannte nicht bei sich. — Beim Ueberfahren des Jagdhamms vor dem Hause Spandauer Str. 51 wurde am 25. d. M. ein 46 Jahre alter Arbeiter Gustav Gran durch einen Omnibus der Linie 8 überfahren. Mittels Kranföhrer brachte man ihn nach der Unfallstation in der Reibellstraße, wo der Arzt eine Brustquetschung und einen linksseitigen Rippenbruch feststellte und den Schwerverletzten nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen ließ. — In einem Schauffol in der Reichenberger Straße trank am 25. d. M. ein Arbeiter Hans A. Bier, in das er Hölz gegossen hatte. Verheerend schmeißte er einen Tisch um sich und brachte ihn mittels Droßke nach dem Krankenhaus am Urban. Man hofft, ihn am Leben zu erhalten. Arbeitslosigkeit soll ihn zu der Tat veranlaßt haben.

Vor dem Grundstück Markgrafendamm 24 sollte am Donnerstag vormittag mittels eines durch eine Kette an einem Vorderst befestigten Flaschenzuges ein gemauerter Einschießschacht (sogenannter Brunnen) der Kanalisation aus der Baugrube gehoben werden. Beim Anheben geriet die Kette, weil nach Aussagen mehrerer Zeugen das Mauerwerk noch nicht vom Erdboden getrennt war. Der an der Baugrube stehende 43 Jahre alte Maurermeister August Titus, Ewinemilinder Straße 26 wohnhaft, wurde von der zerfallenden Kette getroffen und trug eine bis auf den Knochen gehende 15 Zentimeter lange Wunde auf dem Vorderkopf davon. Nachdem ihm ein Arzt die erste Hilfe geleistet hatte, wurde er in einem Krankenwagen nach seiner Wohnung gebracht. Die Schuld soll den die Aufsicht führenden Tiefbauleiter treffen, sagt der Polizeibericht.

Ein tödlicher Automobilunfall ereignete sich am gestrigen Freitag vormittag gegen 1/10 Uhr am Wälderplatz. Zur genannten Zeit verließ an der Haltestelle am Johannistisch eine etwa vierzigjährige, den besseren Ständen angehörende Frau den Motorwagen Nr. 2275 der Straßenbahnlinie 15. Als die Dame bereits den Bürgersteig erreicht hatte, faufte die Automobildroßke Nr. 9184 heran und fuhr so dicht an der Vordachse vorbei, daß die Frau umgestoßen wurde und unter den Kraftwagen geriet, dessen Räder über die Unglückliche hinweggingen. Mittels deselben Autos wurde die Bedauernswerte nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, starb aber bereits auf dem Transporte dorthin. Die Personalkosten der Getöteten konnten bisher noch nicht festgestellt werden.

Eine Monatskarte der Stadtbahn, auf den Namen Emma Kaul lautend, hat ein Leser unseres Blattes gefunden und möchte sie der Besizerin gern wieder übermitteln, weiß aber die Adresse nicht. Wer Anspruch darauf erheben kann, soll sich am Witz, Kriftstr. 68 wenden.

Feuerwehrbericht. Gestern Abend wurde die Feuerwehr nach der Spandauer Straße 51/55 alarmiert. Vor dem Rathaus war ein Mann von einem Omnibus überfahren worden. Der Verletzte wurde nach der nächsten Unfallstation geschafft und dort verbunden. Nachts um 1 Uhr brannten Kameruner Str. 46 Preßhofen u. a. in Keller. In einer Schneidwerkstatt in der Großen Frankfurter Straße 37 brannten Stoffe, Papier u. a. und in der Schönholzer Straße 19 gleichzeitig Gardinen usw. Wegen eines Feuerbrandes wurde die Wehr nach der Hagenauer Straße 4 alarmiert. Ferner liefen Alarme aus der Straße Alt-Moabit 37 u. a. Stellen ein.

Ein großer Dachstuhlbrand am 24. d. M. am gestrigen früh um 4 1/2 Uhr aus noch nicht ermittelter Ursache in der schönen Villa des Bankiers Max Abel, Hagenstraße 10, Ecke Tiergartenstraße, zum Ausbruch und scherte den Dachstuhl zum größten Teil ein. Der Brand wurde erst bemerkt, als er schon eine große Ausdehnung erlangt hatte. Der 12. Zug löschte die Flammen mit mehreren Schlauchleitungen von Dampfstrahlen. Der Schaden ist sehr erheblich, aber versichert.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Auslosungen der Bezirke, in denen zu der im Herbst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen Hausbesitzer zu wählen sind, haben nunmehr ihre Erledigung gefunden. In der dritten Abteilung scheiden vier Hausbesitzer und vier Mieter aus; es sind dies die Hausbesitzer Vorsch, 3. Bezirk; Polenz, 4. Bezirk; Wofframm, 5. Bezirk; Wismar, 9. Bezirk; ferner die Mieter Wandmann, 2. Bezirk; Frisch, 4. Bezirk; Wolke, 7. Bezirk; Hoffmann, 9. Bezirk. Neu zu besetzen sind jetzt der 3., 4., 7. und 8. Bezirk mit je einem Hausbesitzer, während der 2. und 6. Bezirk je einen Mieter wählen und der 9. Bezirk deren zwei zu wählen hat. Eine Veränderung ist mithin im 7. Bezirk insofern eingetreten, indem dort ebenfalls ein Hausbesitzer zur Wahl steht. Im 9. Bezirk dagegen sind zwei Mieter ins Parlament zu entsenden. Der Termin, an dem die Wahlen stattfinden, ist noch nicht bekannt gegeben; ebenfalls stehen die Wahllokale noch aus. Nunmehr gilt es für jeden, seine volle Schuldigkeit zu tun, damit die Sozialdemokratie aus dem bevorstehenden Wahlkampf gestärkt hervorgehen kann.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Schule behandelte in einem Vortrage Reichstagsabgeordneter Genosse Eichhorn in der letzten Wahlvereinsversammlung. Ausgehend von den Anfängen der Volksschulen schilderte der Vortragende die Entwicklung unserer Volksschulen. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß unsere Forderungen der unentgeltlichen, konfessionslosen und Einheitschule durch Eindringen in Staat und Gemeindeverwaltung um so mehr der Verwirklichung nahe gebracht werden müssen, als die heutige Gemeindeführung von den herrschenden Klassen zur Verfestigung ihrer Herrschaft mißbraucht wird. Der persönlichen Ansicht des Referenten, die Kinder besonders bezüglich der Religion nicht dadurch in Gewissenskonflikte zu bringen, daß man Lehren der Schule in vielfältigste Weise forciert, wurde in der sich nur in diesem Punkte bewegenden Diskussion lebhaft widersprochen. — Vom Vorsitzenden wurde dann auf die am 10. September stattfindende Aufführung der Wähler hingewiesen. — Die am 6. September geplante Volksversammlung auf dem Ausstellungsgelände im Friedenauer Ostteil soll erst nach dem Parteitag abgehalten werden. — Der in der letzten Versammlung eingebrachte Antrag Schäfer wurde dem Kreise überwiesen.

Charlottenburg.

Ueber den Selbstmord der beiden Gymnasisten Gräb und Stalla wird noch berichtet: Unzweifelhaft lag sowohl bei dem Obersekundaner Adolf Gräb wie bei dem Unterprimaner Kurt

Stalla eine seelische Depression vor, die durch Vorgänge in der Schule hervorgerufen zu sein scheint. Allerdings kam bei Gräb hinzu, daß er infolge von Jugendverirrungen an einem geistigen Defekt litt, während Stalla von der fügen Idee befallen war, daß er ein von derselben Krankheit befallen werden würde, wie seine Mutter, die seit acht Jahren an Rückenmarkslähmung leidet.

Rixdorf.

Zwischen dem „Israelitischen Bruderverein“ und der „Israelitischen Religionsgemeinde zu Rixdorf“ scheint eine heftige Konkurrenz zu bestehen. In einer Bekanntmachung der Israelitischen Religionsgemeinde werden die Mitglieder und Interessenten an diejenigen Stellen verwiesen, an denen sie zum Gottesdienst an den bevorstehenden hohen Festtagen Einlasskarten zum Preise von 2—5 M. erhalten können. Nachdem das geschehen, wird weiter mitgeteilt, daß die von dem Israelitischen Bruderverein erlassene Anzeige, wonach er zu den hohen Festtagen einen „Oberkantor“ aus Königsberg i. Pr. engagiert habe usw., nicht den Tatsachen entspricht, denn der betreffende Herr sei weder Oberkantor, noch habe er als solcher in Königsberg i. Pr. oder anderweitig in Deutschland fungiert, sondern derselbe sei seinem Verufe nach Schauspieler. — Die Notiz bezweckt offenbar, dem Israel. Bruderverein die Besucher seines Gottesdienstes zu verschonen. Wenn die Interessenten jedoch ernsthaft darüber nachdenken, werden sie finden, daß gerade der Umstand, daß der angegebene Oberkantor ein Schauspieler ist, Garantie dafür bietet, daß seine Leistungen den Erwartungen entsprechen werden.

Zeuthendorf (Teltow-Bezirk).

In der Gemeindevertretersitzung wurde zunächst mitgeteilt, daß der Gemeindevorstand aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt habe. Eine längere Debatte entspann sich über die Ueberlassung des Dubrowplatzes für einen Kirchenbau. Im Dezember 1908 war die Ueberlassung des Platzes vorbehaltlich des Ergebnisses weiterer Verhandlungen beschlossen worden. Der Gemeindevorstand hatte ein Bauprojekt mit zwei Grundrissen verschiedener Größe überandt. Der auf Grund des Ortsstatuts gebildete Ausschuss gegen die Verunstaltung von Ortsteilen ist nach Beschäftigung des Dubrowplatzes einmütig zu der Auffassung gekommen, daß der Kirchenbau auf dem Dubrowplatz nicht ratsam sei. Auch die Vertretung kam zu der Ueberzeugung, daß aus Gesundheitsrücksichten der Dubrowplatz sich zum Bau einer Kirche nicht eigne. Es wurde dann auch beschlossen, den Platz der Kirchengemeinde nicht zur Verfügung zu stellen. Es wäre zu wünschen, daß diese Rücksicht auf schöne Plätze nicht nur in dieser Gegend der schwerreichen Leute, sondern auch in Orten, wo die Arbeiterbevölkerung zusammengedrängt ist, geübt würde. Insofern ist dieser Beschluß zur Nachahmung empfohlen.

Der Bürgersteig an der Bahn, in der Radnower Straße, soll verbreitert werden. Die Notwendigkeit bestand schon lange, doch war der Eisenbahnstrecke nicht zur Ueberlassung des hierzu erforderlichen Geländes zu bewegen. Neuere Verhandlungen haben nun zur positiven Ueberlassung geführt. Bei der Verbreiterung soll auch der Zugang zum Fernbahnhof etwas modernisiert werden. Die Ausführung eines guten Zuganges zum Fernbahnhof wäre unseres Erachtens Sache des Eisenbahnstreckes. Die Kosten dieser ganzen Umänderung sollen sich auf 8500 M. belaufen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, den noch ungepflasterten Teil der Königsstraße, westlich von der Dippelstraße, mit Spaltsteinen aus der alten Einfahrt zur Pumpstation zu pflastern, sowie einige notwendige Reparaturen vorzunehmen. Die Kosten betragen 3100 M. Für den weiteren Ausbau der Kanalisation wurden 175 000 M. aus Anleihemitteln bewilligt. Wie mitgeteilt wurde, ist der Einspruch gegen die Wahl des Gemeindevorstandes lange erledigt. Herr Hasenpatt hat den Einspruch zurückgezogen. Man scheint sich gut weiter für die nächstjährige Gemeindevahl zu sichern. Der Gewerbeverein bittet, daß beim Bau des Direktorenwohnhauses die hiesigen Gewerbetreibenden berücksichtigt werden sollen. Herr Lange beschwerte sich noch darüber, daß nach der Stellungnahme des Provinzialrates der Gemeindevorstand von Zeuthendorf nur eine Mietentschädigung von 450 M. festgesetzt sei. Er weist darauf hin, daß nach dem Gesetz der Lehrer Anspruch auf vollständige Entschädigung für eine nicht gewährte Dienstwohnung habe, und daß bei den Zeuthendorfer Verhältnissen eine vernünftige Wohnung für 450 M. nicht zu haben ist. Wir sind derselben Meinung wie Herr Lange. Nur möchten wir diese Anregung auch auf die niederen Beamten ausgedehnt wissen, denen die Wohnungsbeschaffung bei ihren geringen Bezügen noch größere Schwierigkeiten bereitet.

Groß-Lichterfelde.

Am Dienstag sprach Genosse Eduard Bernstein vor einer stark besuchten Volksversammlung über Religion, Christentum und Staatskirche. Von der eingeladenen Geistlichkeit waren die Pastoren Stolte, Grienenfeld und Steinemann erschienen. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag, in dem besonders die Staatskirche, Landeskirche, die Kirche der Fürsten und herrschenden Klasse, eine scharfe Kritik erfuhr, schloß sich eine lebhafteste Diskussion. Warrer Stolte sprach mit großer Zurückhaltung und gab von vornherein zu, daß gegen die zum größten Teil kritisch-wissenschaftlichen Ausführungen des Referenten schwer anzukämpfen sei. Im übrigen freute er sich, vor sozialdemokratischen Zuhörern, die er ja in der Kirche doch nicht zu sehen bekommen, seinen Standpunkt vertreten zu können. Er hatte die Religion für ein unausrottbares Bedürfnis; jeder Mensch brauche ein religiöses Empfinden. Weder die Religion noch die Kirche sei überflüssig. Er gebe zu, daß von der Kirche viele Fehler begangen worden seien und deshalb eine Reformierung derselben notwendig erscheine. Es sei allerdings ehrlicher, aus der Landeskirche auszuscheiden, als gegen seine Ueberzeugung derselben noch weiter anzugehören. Nachdem noch die Herren Zimmer und Böttcher sich scharf gegen die Reaktion auf religiösem und kirchlichem Gebiete ausgesprochen, nahm Genosse Bernstein das Schlußwort, in dem er besonders auf die Landeskirche als Machtmittel der herrschenden Klasse zur Förderung der Interessen derselben hinwies und die Anwesenden, die mit dem alten Glauben und der Kirche innerlich gebrochen, aufforderte, auch äußerlich das Band zu zerreißen und aus der Landeskirche auszuscheiden. Nach Schluß der Versammlung unterzeichneten eine große Zahl der Versammlungsteilnehmer die ausliegenden Austrittsformulare.

Tempelhof, Mariendorf.

Die Ferienspiele, die in diesem Sommer unter Leitung von Mitgliedern der Freien Turnerschaft auf dem ehemaligen Preußen-Sportplatz abgehalten wurden, finden am kommenden Sonntag, den 5. September, ihren Abschluß. Es ist für diesen Tag ein Ausflug nach Blankenfelde in Aussicht genommen, wo ein Abschiedsspiel stattfinden soll. Die Eltern werden gebeten, ihren Kindern die Teilnahme daran zu ermöglichen und sich auch selbst an dem Ausflug zu beteiligen. Treffpunkt: bisheriger Sportplatz „Preußen-Sportplatz“ mittags 1/2 Uhr; Abfahrt: Bahnhof Mariendorf 1.30 Uhr nach Blankenfelde; von da aus zu Fuß nach Blankenfelde. Treffpunkt für Rückzügler: Restaurant Schröder-Blankenfelde. Das Spiel am Sonntagvormittag fällt somit aus.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Verhandlung gelangte ein Schreiben vom Ortsverein der Deutschen Gewerbetreibenden (Hirsch-Dunker), vom katholischen Arbeiterverein und vom evangelischen Arbeiterverein zur Verlesung, welches sich gegen die unlängst von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene freie Listenwahl zu den Gewerbeämtern wendet. Sie wünschten die Einführung der gebundenen Listenwahl. Das Schreiben wurde dem betreffenden Ausschuss überwiesen. — Eine dringliche Vorlage betr. Bewilligung von 6000 M. zur Inbetriebnahme eines zweiten Projekts für den Rathausneubau wurde nach kurzer Debatte angenommen. — Eine längere Debatte zeitigte der Etat der Straßenbahn. Dieser Etat ist aufgestellt für die Zeit vom 1. Juli 1909, an welchem die Straßenbahn in städtischen Besitz übergegangen, bis zum 31. März 1910. Er balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 434 800 M. Die

Etatkommission schlug vor, an dem Etat, der nach der bisherigen Vertriebsbeziehung der Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft aufgestellt, in diesem Jahre nichts zu ändern, da man noch gar keine Erfahrungen besäße. Als jedoch die Positionen über die Löhne und über die Dienst-einteilung verlesen wurden, da konnte die sozialdemokratische Fraktion es doch nicht über ihr Herz bringen, die Sache so unerörtert vorübergehen zu lassen. Das Anfangsgesamt beträgt monatlich 85 M. und steigt von zwei zu zwei Jahren bis zum Höchstgehalt von 108 M. inf. 2 Proz. Löhne von der Einnahme aus den Zählkästen, die etwa 12 M. monatlich betragen. Diese Löhne werden aber erst gezahlt, wenn die Anstellung als Wagenführer erfolgt, was ungefähr nach zwei Jahren geschieht. Außerdem werden noch Weihnachtsgratifikationen von 20 bis 50 M. gewährt. Die Leute haben infolge der Löhne einen durchschnittlichen Dienst von etwa 12—15 Stunden. Genosse P. wandte sich ganz energisch gegen die gänzlich ungenügende Bezahlung. Er verlangte Erhöhung der Löhne und eine andere Dienst-einteilung, nach welcher die Wagenführer nicht so viel, aber längere Pausen erhalten. Unterstützt wurde Genosse P. von dem Stadtverordneten T. Siehe. Allein die Mehrzahl der Stadtverordneten will es für dies Jahr beim alten belassen und genehmigte den Etat. Man will im nächsten Jahre die Löhne der Straßenbahnangehörigen aufbessern. Zur Regulierung des Bahnhofsvorplatzes erteilte die Versammlung ihre Genehmigung und bewilligte hierzu die Mittel in Höhe von 118 750 M. Genosse P. bemängelte bei dieser Vorlage, daß die Stadt dem Eisenbahnstrecke die alten Pflastersteine für 4000 M. ablaufen soll. Bei Errichtung des Denkmals für Wilhelm I. habe sich der Fiskus den Platz schon mit 5000 M. bezahlen lassen. — Der Verein für Kinder- und Jugendschutz hatte sich an die Stadtverwaltung mit dem Ersuchen gewendet, den von der Stadt gewährten Jahresbeitrag von 800 M. für Beschaffung einwandfreier Säuglingsmilch auf 1000 M. zu erhöhen. Die Armenkommission hat diesen Betrag aber auf 600 M. herabgesetzt. Stadtv. D. sprach beantragte, 1000 M. zu bewilligen. Diefem Antrage gaben die Stadtverordneten Schmidt I. und P. die volle Zustimmung. Als der Stadtverordnete P. a. t. ein großes Geschrei erhob, daß diese Säuglingsmilch von der Firma Wollersheim bezogen wird und verlangte, daß man die Spandauer Molkereibesitzer berücksichtige, erklärte Genosse Schmidt I., daß dann erst die Spandauer Molkereibesitzer ihre Ställe und ihre Milch unter ärztliche Kontrolle stellen müßten. Die Versammlung erhöhte den Jahresbeitrag auf 1000 M. Genosse Schmidt I. regt auch an, hier in Spandau eine ärztliche Beratungsstelle wie in anderen Städten einzurichten. — Die Versammlung bewilligte einen Jahresbeitrag von 1000 M. an den Volksbildungs-Verein vom roten Kreuz zwecks Errichtung einer Freistätte für die Stadt Spandau. Ein vom Genossen Schmidt I. gestellter Antrag, den Volksbildungs-Verein anzugehen, hier eine Freistätte im Stadtwald einzurichten, da es mit der schon seit Jahren besprochenen Walderschließung doch nichts zu werden scheint, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. — Die Vorlage betreffend Genehmigung des 1. Nachtrags zum Gewerbebericht, der die Einführung der Listenwahl betrifft, wurde zurückgezogen, wahrscheinlich in Rücksicht auf das eingangs erwähnte Schreiben der Hirsch-Dunker und anderen Vereine. Der Referent dieser Vorlage, Genosse Pieper war nicht anwesend. — Zur Unterstützung der Bestrebungen zur Bekämpfung der Schand- und Schmutzlitteratur wurden 75 M. bewilligt. Es soll ein Flugblatt für die Eltern der Schüler herausgegeben. Genosse Schmidt I. bemängelt, daß in der Volksschule die Bildung vernachlässigt wird, indem man den Schülern keine Kenntnis von den Klassikern und besseren Schriften beibringt. Er wünscht auch, daß eine zweite Volksbibliothek in der Wilhelmstadt errichtet wird. — Ein Teil der Vorlagen wurde wieder wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Potsdam.

Zum Bornimer Raubmord.

Der Mörder der früheren Opernsängerin Rudolphi in Bornim, Schriftsetzer Hadradt, der auf freiem Felde bei Obermensing in Bayern verhaftet wurde, hat eingestanden, die Missetat mit voller Ueberlegung ausgeführt zu haben. Bei seiner in Münden erfolgten Vernehmung gab er an, daß er zur Deckung von Unterschlagungen eine größere Summe Geldes gebraucht habe, und um sich dieses zu verschaffen, habe er beschloffen, die Witwe Rudolphi zu berauben, da er sie vernünftig hielt. Nachts habe er sich an das Bett der Schlafenden geschlichen und ihr von hinten eine Kugel in den Kopf gejagt. Kurz nach der Tat sei er erschreckt worden und habe unter Zurücklassung seiner Kleider flüchten müssen. Noch in der Wornach sei er von Potsdam weggefahren. Auf seiner Flucht habe er am Dienstag Wamburg erreicht, von wo er am späten Abend nach Münden weitergefahren sei. In den Restaurationsräumen des dortigen Hauptbahnhofs habe er, da er großen Hunger gehabt, etwas zu sich genommen. Er sei jedoch ohne alle Geldmittel gewesen und habe deshalb die Kellnerin mit dem Revolver bezahlt, mit dem er Frau Rudolphi getötet habe. Im Hauptbahnhof habe er auch übernachtet und sich am Mittwoch morgen aus Furcht vor Entdeckung auf den Weg gemacht, um von Münden fortzukommen. In der Bahnhofrestauration sah er familiäre Bröden aus dem Korb, der ihm vorgelegt worden war. Als ihn die Kellnerin darauf aufmerksam machte, daß er die Brote bezahlen müßte, warf er den Revolver mit der Bemerkung auf den Tisch, er habe kein Geld bei sich.

Gestern früh wurde Hadradt nach Potsdam transportiert.

In einer überfüllten Volksversammlung, wie sie kaum zur Zeit der Reichstagswahlbewegung zu verzeichnen war, referierte Genosse A. Liebnicht über die gegenwärtige politische Lage, speziell die neuen Steuern. Weder kam nach Schilderung der letzten parlamentarischen Vorgänge und des Verhältnisses der bürgerlichen Parteien und der Regierung zu dem Entschluß, daß die herrschenden Klassen in Deutschland im Dreiklassenparlament Preußens zu suchen seien. Gegen das Wahlrecht dieses Parlaments anzukämpfen, müsse eine Hauptaufgabe der Sozialdemokratie sein. Der Vortrag einer zum Schluß vorgenommenen Teilerhebung wurde dem im Generalfreil befindlichen schwedischen Arbeiter überlassen.

Jugendbewegung.

Noch mehr Vermischung der Jugend.

Die „Christlichen Jünglingsvereine“ in Berlin sind von dem Erfolg ihrer Arbeit nicht recht befriedigt. Die Jugendlichen, die unter dem Einfluß des Konfirmandenunterrichts in die Jünglingsvereine eintreten, lehren ihn bald den Mätern. Schöner, Singschul-jährige, die ja das wirtschaftliche Elend bereits zu kosten bekommen haben, sind so leicht für die Jünglingsvereinsache nicht zu gewinnen. Vor einiger Zeit hat sich nun in Berlin ein evangelisches „Komitee für die Arbeit an den jungen Männern Groß-Berlins“ gebildet, das sich u. a. die Aufgabe gestellt hat, eine großartige Agitation für die Jünglingsvereine zu entfachen, Mittel zu beschaffen, um für jeden Jünglingsverein einen Sekretär anzustellen und Räume einzurichten, die tagsüber geöffnet sind. In der Tat gibt es jetzt schon einige Jünglingsvereine mit ziemlich geringem Mitgliederbestand (z. B. 100), die einen angestellten Verwalter haben. Alle diese verzeiweilten Anstrengungen, die eine schöne Summe Geld verschlingen, werden den Herren Mätern aber nichts nützen. Auch dann nicht, wenn das Mitbestimmungsrecht der Jugendlichen in den Jünglingsvereinen erweitert werden sollte, wie es bereits hier und da geschehen ist. Unter dem Aspekt der freien Jugendbewegung hat ja das alte Verhältnis, daß der Herr Pfarrer oder sonst ein „Alte“ alles, die Jugend aber nichts

zu sagen hat, eine kleine Lockerung erfahren. Die ersten sieben ein, daß sie durch die Verbannung das Interesse ihrer jugendlichen Mitglieder nicht stärken. Darum soll die Jugend „mitbestimmen“. Es kommt doch aber wirklich nicht darauf an, ob die Jugend mit oder ohne Erlaubnis eines „Alten“ einen Handschlag für eine Sache tun darf, sondern darauf, daß die arbeitende Jugend überhaupt keinen Handschlag für die Jünglingsvereinsache tun will. Das Wesen der Jünglingsvereine, ihr Zweck und Ziel wird der Jugend immer mehr verhaßt, denn ihre Aufgabe ist und bleibt es, die arbeitende Jugend zu unselbständigen Menschen heranzubilden, die sich ihrer Klassenlage nicht bewußt werden sollen und die fernbleiben vom Kampf der Arbeiter um eine neue Ordnung. Die heutige Wirtschaftsordnung mit ihren klaffenden Gegensätzen zwischen arm und reich, mit der Fülle von Elend, das besonders die arbeitende Jugend bedrückt, ist „gottgemacht“ — das wollen die Jünglingsvereine der Jugend einimpfen und den Geist der Jugend ablenken von den brennendsten Fragen der Zeit. Demgegenüber müssen die Bestrebungen der Arbeiterpartei und der Jugend, die aufwachsende Generation zur Selbstständigkeit zu erziehen, immer energischer betrieben werden. — Die freie Jugendorganisation hat zum Sonnabend, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr, nach den Arminshallen, Romanbantenstraße 58/59, eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Genosse Simon Kagenstein über das Thema „Erziehung der Jugend zur Selbstständigkeit“ sprechen wird. Freunde und Feinde der freien Jugendbewegung, besonders aber die Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind willkommen.

Aus Industrie und Handel.

Den Agrariern zur Freude.

Angeichts der steigenden Schweinefleischpreise muß eine Maßnahme der Regierungspräsidenten von Oppeln freudigen Erregung, das heißt bei den Junkern nicht, diese werden weitaus klug. Die Mittelungen des Fleischerverbandes berichten darüber unter anderem: Bekanntlich ist die Schweinefleischpreise aus Österreich-Ungarn und Russland konstant. Es dürfen monatlich eine bestimmte Anzahl Tiere eingeführt werden, und zwar nach Bayern 1625, nach Sachsen 3375, nach Oberschlesien wöchentlich 2500 Stück. Die Einfuhrwoche beginnt hier am Dienstag, am Montag werden die Tiere eingeführt. Der Regierungspräsident von Oppeln hat es nun für gut befunden, diese 2500 Schweine nicht nur auf die verschiedenen Städte, sondern auch innerhalb dieser auf die einzelnen Fleischhändler weiter zu kontingentieren. A. erhält wöchentlich 3, B. 2, C. 1 Schwein usw. Nun ist es natürlich, daß nicht jeder Fleischhändler jede Woche denselben Bedarf hat. Bei schlechtem Geflügelmarkt glaubt der eine oder andere auf das ihm zugestandene Recht der Einfuhrung des ihm zugewiesenen ruffischen Schweines verzichten zu können. Die so übrig bleibenden Schweine wurden bisher nun regelmäßig von anderen Fleischhändlern, die größeren Bedarf hatten, eingeführt. Man fand hierbei nichts Ungeheures. Dies ist seit 13 Jahren Gebräuch. Nun ist plötzlich das Einführen der russischen Schweine, d. h. der von den Berechtigten selbst nicht eingeführten Schweine als eine Hebertretung erklärt worden, und es sind mehrere ober-schlesische Fleischhändler, die mehr Schweine eingeführt hatten, als ihnen zugewiesen worden waren, die russischen Schweine gänzlich entzogen worden. Das Kontingent ist nirgends auch nur um ein Stück überschritten worden. Ob eine solche Zuteilung rechtlich überhaupt haltbar ist, muß bezweifelt werden. Wenn auch der Polizei Rechte zur Regelung des Verkehrs überwiesen sind, so muß ihr doch das Recht bestritten werden, anzuordnen, wieviel Schweine jeder einzelne Fleischhändler einführen darf. — Unsere Agrarier werden allerdings anderer Meinung sein, denn die Maßnahme kommt ihren Interessen.

Günstige Ernteaussichten.

Nach der neuesten Ernteschätzung der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 1. September d. J. ergeben sich, ausgedrückt in Prozenten, folgende Zahlen:

	Winter-Sommer	Winter-Sommer	Winter-Sommer	Winter-Sommer
	Regen	Weizen	Spelz	Safer
1. Sept. 09	101,0 92,8	94,8 97,4	100,6 102,4	105,8
1. Aug. 09	96,6 95,0	89,4 95,4	98,6 99,8	100,8

Darnach hat sich der Stand aller Getreidefrüchte (mit Ausnahme des nicht in Betracht kommenden Sommerroggen) im Laufe des Monats August ganz erheblich gehoben und für verschiedene Sorten sogar schon das Maß einer Mittelernte, d. h. einer normalen Ernte, überschritten.

Der Einfluß der Krisis auf die deutsche Samtindustrie im Jahre 1908 wird veranschaulicht durch eine von der Handelskammer Krefeld aufgenommene Statistik. Sie umfaßt die ganze deutsche Samtindustrie mit Ausnahme einiger kleiner, im Gladbach-Niederrhein gelegener, nicht zum Verband deutscher Samt- und Wollfabrikanten gehöriger Betriebe. Die durchschnittliche Zahl der im Jahre 1908 beschäftigten Arbeiter betrug: Handstoffe 622, mechanische Stoffe 4416, gegen 663 Handstoffe und 6215 mechanische Stoffe im Jahre 1907. Der gesamte Kapitalumschlag ging im Jahre 1908 auf 48 971 546 M. zurück von 62 228 791 M. im Jahre 1907. Im einzelnen betrug der Umschlag 1908 mit Deutschland 23 378 901 M., mit Österreich-Ungarn 857 515 M., mit England 6 147 740 M., mit Frankreich 3 632 089 M., mit anderen europäischen Ländern 7 496 608 M. Am Gesamtumschlag ist Krefeld, der Hauptsitz der Industrie, mit 23 103 839 M. beteiligt. Der Verbrauch an Rohmaterial stellt sich wie folgt: Rohseide 60 287 Kilogramm (1907: 76 283), Schappe 620 558 (1907: 728 440), Kunstseide 1325 (1907: 1404), Baumwolle 2 138 938 (1907: 2 398 732), Wolle 278 638 (1907: 276 170). Davon entfällt auf Krefeld: Rohseide 83 197 (1907: 85 662), Schappe 307 554 (1907: 398 927), Kunstseide 1325 (1907: 1285), Baumwolle 619 569 (1907: 933 579), Wolle 92 120 Kilogramm (1907: 91 010).

Der französische Kohlenbergbau. Das französische Zentralkomitee der Bergwerke veröffentlicht seinen Jahresbericht. Dieser bringt u. a. auch eine sehr interessante Gegenüberstellung der Verhältnisse, unter denen die französischen Kohlenbergwerke im Durchschnitt des Jahrzehnts 1881—90 sowie im Jahre 1907 arbeiteten. Der Hauptinhalt ist folgender: Es betrug die

	1881—90	1907
Produktion (Millionen Tonnen)	21,5	36,75
Vergarbeiter (1000 Mann)	108	184
Reineinkommen der Bergwerke (Mill. Frs.)	41,4	72,1
Reineinkommen pro Tonne (Franks)	1,70	1,94
Förderleistung eines Arbeiters (Tonne)	199	169

Im Jahr 1908 hat sich der Verkaufspreis auf der Höhe von 14,97 Frs. gehalten, während der Reineinkommen sich auf 1,96 Frs. pro Tonne belief.

Aus der Frauenbewegung.

Vom Kampfe um das Frauenstimmrecht in England.

Die Womens Freedom League (Liga für Frauenfreiheit) bezeichnet mit Genugtuung die Tatsache, daß der Vortritt der Londoner Presse gegenüber der Frauenstimmrechtsbewegung in sich zusammenbricht. „Daily News“, „Standard“ und die „Times“ haben ihre Spalten endlich einer objektiven Berichterstattung über die kämpfenden Stimmenrechtlerinnen, ihre Ziele und Methoden geöffnet. Kontinentale und amerikanische Zeitungen haben ihre Vertreter in die Bureaus der Womens Freedom League entsandt, um sich

über ihre Wirken zu unterrichten. Die Periode des Aufschwungs, die der Periode der Feindseligkeit und Verpötlung folgte, ist nun vorbei. Dagegen haben die mit großer Beharrlichkeit durchgeführten Versuche der Liga, den Premierminister zum Empfang einer Deputation zu bewegen, bisher keinen Erfolg gehabt. Einer Frauenrechtlerin, die ihn kürzlich auf der Straße mit der Frage überfiel: „Herr Asquith, wollen Sie eine Petition in Empfang nehmen?“ antwortete er höchst unhöflich: „Nein, seien Sie nicht so albern!“ Am Tage darauf wurde wieder einmal eine Reihe von bekannten Mitgliedern der Liga, die in der Straße, wo der Premierminister wohnt, Posten standen, verhaftet und wegen „Obstruktion“ unter Anklage gestellt.

Die Adult Suffrage Society (Vereinigung für das Wahlrecht aller Grobjährigen) führt den Kampf um die politische Befreiung der Frauen auf der Basis des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts tapfer weiter, ermutigt durch eine Reihe von Erfolgen. So nahm die Womens Cooperative Guild (Kooperativ-Genossenschaft der Frauen) auf ihrem letzten Kongresse eine Resolution an, die sich für das Wahlrecht aller Grobjährigen erklärte. Mit Ausnahme der Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei), die bedauerlicherweise einen abweichenden Standpunkt einnimmt, haben nunmehr alle Organisationen der Sozialisten und der Arbeiter durch Resolutionen und Aufrufe eine Wahlrechtsreform auf Grund des allgemeinen Stimmrechts von der Regierung gefordert.

Der Bund für Mutterkinder hat sich die Aufgabe gestellt, ledigen Müttern nicht nur augenblickliche Hilfe angedeihen zu lassen, sondern vor allem auch ihnen in jeder Beziehung durch Ratgeber von Beschäftigung im Haushalt, Bureau, Fabrik, Filialen, Anfertigung von Schreibmaschinenteilen, Erteilen von Unterricht in Sprachen, Lesen, Musik, als Hausdame, Reisebegleiterin usw., bei der Gründung einer neuen Existenz zur Seite zu stehen. Er bemüht sich ferner, den Müttern die in Berlin so schwierige Wohnungsfrage zu erleichtern und bittet alle, die geneigt sind, eine Mutter mit Kind gegen Hausarbeit und geringen Entgelt aufzunehmen oder auch nur ein Kind als Pflegekind, ihre Adressen und Bedingungen dem Bureau des Bundes mitzuteilen. Sprechstunden täglich von 9—1 Uhr, außerdem Dienstag und Freitag abends zwischen 7 und 9 Uhr. Briefe sind an Frau Franziska Schütz zu richten. Gleichzeitig spricht der Bund für Mutterkinder die Bitte um Unterstützung an Geld, Waſche, Kleidung aus. Bei dem großen Andrang der Hilfesuchenden ist jede Gabe sehr willkommen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Schüler Wahlkreis, 5. Abteilung. Montag, den 6. September: Kaffeestunden in dem Lokal „Waldplatz“, Tegeler Weg 40. Treffpunkt 2 Uhr Bahnhof Jungfernheide. Gäste willkommen.

Gerichts-Zeitung.

Milde Richter fand der Bädermeister Wätner in Stöndorf. Er hatte seine Gefellen und Befehle seit Jahren nicht zur Krankenkasse angemeldet. Einem Gefellen zog er am Schlusse seiner Beschäftigung, reichlich fünf Monate, für diese Zeit Krankenkassenbeiträge in Höhe von 9 M. ab, obwohl dieser Gefelle ebenfalls nicht angemeldet war. Die Bädermeisterin Straßmann nahm an, daß sich A. einen Vermögensvorteil verschaffen wollte, da er diese Beiträge für über 5 Monate auf einmal (an sich schon gesetzlich unzulässig) abgezogen hat, der gemeinsamen Ortskrankenkasse in Teltow aber vorzuenthalten hat, und verurteilte ihn nach § 323 des Krankenkassengesetzes zu 50 M. Geldstrafe.

Verurteilung des Religionsunterrichts als strafbare Schulverfehlung. Auf Grund der Verordnung des Provinzial-Schulkollegiums vom 23. September 1904 war der Angestellte Fiedler vom Landgericht I in Berlin zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er seinen über 14 Jahre alten, aber noch schulpflichtigen Sohn ohne genügenden Grund an einer Reihe von Tagen nicht am Religionsunterricht in der Schule teilnehmen lassen. Das Landgericht verworft den Einwand des Angeklagten, daß sein Sohn, weil er über 14 Jahre alt sei, sich seine Religion selbst wählen und vom schulpflichtigen Religionsunterricht fortbleiben könnte. Der Anwalt hatte an dem Religionsunterricht in der Schule teilnehmen und vom Vater dazu angehalten werden müssen, falls er nicht anderweit einen gleichwertigen Unterricht erhielt. Nun habe zwar der Angeklagte geltend gemacht, sein Sohn hätte religiösen Unterricht genossen, indem er am sonntäglichen Jugendunterricht der freireligiösen Gemeinde teilgenommen habe. Das letztere sei allerdings richtig. Dieser Unterricht könne aber nicht den Religionsunterricht der Volksschule ersetzen. — Die gegen diesen Urteil eingelegte Revision wurde vom Obergericht des Kammergerichts verworfen, weil das Gesetz zutreffend angewendet sei.

Vermischtes.

Sechs Vergleute getötet.

Auf dem im Bau befindlichen Schacht Joachim I der Zeche Königin Elisabeth ist, wie aus Aachen bei Essen gemeldet wird, vorgestern nachmittags im nördlichen Schachtstollen plötzlich ein schwerer Gebirgssturz hereingebrochen. Das herabfallende Gestein hat eine Schachtstimmerung mitgerissen, die Arbeiterfluchtungsabläufe durchgeschlagen und hierbei von den dort befindlichen Schachthauern sechs in die Tiefe gerissen. Die Verunglückten sind über hundert Meter tief abgestürzt und es ist als sicher anzunehmen, daß sie sofort getötet wurden. Die Vergungsarbeiten sollen gleich nach Sicherung der Schachtstöße begonnen werden.

Eine spätere Meldung über das Unglück lautet: Der Schacht wurde umgebaut, weil er um ein beträchtliches aus dem Lot war. Man war mit der Arbeit bis auf 16 Meter unter die erste Tiefbau-sohle gekommen; hier gab gestern abend gegen 9 Uhr das Gebirge nach und riß die Sicherheitsabläufe mit in die Tiefe. Große Steine rissen einen Teil der Schachtstimmerung mit sich. Die Ausfluchtungsarbeiten werden mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Der Schachthauer Vierhöfner, der sich ebenfalls auf der Wunde befand, konnte sich retten. Der Betrieb erleidet keine Unterbrechung.

Großfeuer in Köln. Das vorgefahrene in Köln-Deutz ausgebrochene Großfeuer wurde, wie nunmehr festgestellt worden ist, durch Kinder verursacht, die brennende Feuerwerkskörper in den mit Sträubenbaumaterial für Kriegszwecke gefüllten hölzernen Wägen geschleudert haben. Die Feuerwerke hatten mit weißer Strahlrohre die größte Wähe, einer Katastrophe mit Ueberbrücken der Glut auf Familienhäuser sowie auf ein benachbartes großes Holzlager vorzubringen. Nach fünfständiger Tätigkeit erst gelang es, nachdem Militär zur Hilfeleistung herbeigeezogen war, das Feuer Herr zu werden. Drei Personen erlitten Verletzungen. Der Schaden beläuft sich auf 1 1/2 Millionen Mark.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 6. September, vormittags 9 Uhr, in der Halle Pappel-Allee 15/17: Freireligiöse Vorlesung. 10 1/2 Uhr in der Schule, Kleine Pfaffenstraße 6: Vortrag des Hrn. Dr. Hermann: „Materialismus und Idealismus in der Religion“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Sozialpolitische Zeitfragen der Schweiz. Aufsätze und Vorträge von L. Langenbrun. Von Albert Reichen, Harrer, Helmarbeit und Helmarbeiterausstellung in der Schweiz. Preis pro Nummer 60 Td. Verlag der Buchhandlung des Schweiz. Schriftverlages, Zürich.

Lehrbuch der Paläozoologie. Von Prof. Dr. Ernst Reuter. Stromer v. Reichenbach. 1. Teil: Wirbellose Tiere. Geb. 10 M. Druck und Verlag von H. G. Teubner, Leipzig und Berlin.

„Monismus“. (Hirsch 12 Hefte à 3 Bogen 3 M. franko). Verlag: Berlin W. 67.

„Der Bibliothekar.“ Von A. Helmig und H. Schäfer. Bücherbeschreibungen, Bibliotheksberichte Krefeld und Mofst. Verlag des „Bibliothekar“, Leipzig.

Anti-Nationalismus. Das umgekehrte, aber gerechte Wahlrecht der Zukunft. Von Heinrich Jaeger. 39 Seiten. Verlag von M. Jacobis Nachf. Schard u. Schumacher.

Der Große Kurfürst und sein Sohn. Drama in 5 Akten. — Napoleon-Trilogie. I, II und III. Napoleon's Eroberung. Von Moritz de Jonge. Modernes Verlagsbureau, Curt Wuland, Leipzig.

Der Schulausschuss unserer Väter. 165 Originalaufsätze. Aus dem 6. Jahrestage des Rüdigenheims von Frau Dr. E. Schwaib. wald. Verlag von Hugo Heller u. Co., Wien.

Derwin. Als Lebenselement unserer modernen Kultur. Von Rudolf Goldschied. Verlag von Hugo Heller u. Co., Wien und Leipzig.

Genefelder-Verbuch. Verbuch der Lithographie und des Stein-drucks. Von Alois Genfelder. München 1891. Neu herausgegeben durch den Verband der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe. (Deutscher Genefelder-Buch.) Selbstverlag. XIV und 372 Seiten 4* und 2 Tafeln. Preis 6 M. Berlin N., Untermyer Str. 27.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 8, zweiter Hof, letzter Eingang, vier Treppen, 1. Stockwerk, 1. Zimmer, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Vorkasse und eine Anzahl als Belegzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Wid zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen erfrage man in der Sprechstunde vor.

Vorteile 30. Der Ausgetretene hat Anspruch auf den Anteil am Gewinn und allen Rollen, die er noch zu mitbezahlt hat. — Gekerkte. Der Anspruch auf Rückforderung ist nicht verjähr, auch nicht für die Zeit von 1900 bis 1902, soweit dieser Anspruch gegen die Pensionisten als selbständiges Rechtssubjekt gerichtet wird. Soweit der Arbeitsgeber auf Rückzahlung rückständigen Lohnes in Anspruch genommen werden soll, werden alle Ansprüche aus der Zeit vor dem 1. Januar 1907 bereits verjähr sein und alle Ansprüche aus 1907 mit dem 31. Dezember 1909 verjähren. Die Pensionisten sind nicht bei dem Gewerbe-gericht, sondern bei dem Amtsgericht (bis zu 300 M.) oder bei dem Land-gericht (über 300 M.), in dessen Bezirk sich die Kasse befindet, zu verklagen; der Arbeitgeber vor dem Gewerbegericht. Die Klage für die Zeit von 1900 bis 1902 ist, soweit nicht Verjährung vorliegt, besonders ausnahmslos. Aus-stellung eines neuen Zeugnisses auf Ihre eigenen Kosten können Sie fordern. — C. R. 31. Schreibung 5. Sie haben ein Recht auf Schreibung aus § 1508 Bürgerliches Gesetzbuch. — A. B. 33. Der Ehemann ist, so lange die Ehe nicht geschieden ist, erb- und pflichtteilsberechtigt. Mit der Scheidung erlischt dieses Recht. Wenn das Kind zu spät, hängt vom Geschlecht und Alter des Kindes und weiter danach ab, wer bei der Scheidung für schuldig erklärt wird (§ 1633 Bürgerliches Gesetzbuch). — G. R. 33. Zu 1: Die mündliche Kündigung genügt nicht. Zu 2: Der Vertrag verlängert sich auf unbestimmte Zeit, das heißt: wenn die Kette auf das Rohr bemessen ist, auf 1/2 Jahr. Zu 3 u. 4: Klagen Sie auf Entfernung des Schilbes. — W. R. 63. Da es sich nur um die Straf vollstreckung gegen den Sohn der Wirtin handelt, so hatte der Beamte kein Recht, bei 3 h n einzudringen. Freilich steht in dieser Frage eine klare gesetzliche Regelung, so daß der Vollstreckung Tür und Tor geöffnet ist. — G. R. 24. Er ist verpflichtet, die Karte in seiner freien Zeit umzutauschen. — G. R. 1000. Die Mutter hat das Recht, Mißbrauch zu es großlich, so kann beim Vormundschaftsgericht beantragt werden, daß ihr die Sorge für die Person der Tochter entzogen werde. — Schwir. 49. Der Wirt muß das ungelegte befestigen. Sehen Sie ihn dazu eine Zeit unter der Androhung, daß Sie nach fruchtlosem Ablauf der Frist sofort klagen werden. Wirt er Sie dann nicht gewillig stehen, so verklagen Sie ihn. — R. R. 2. 1. Die Statuten sind schon bei mündlicher Vereinbarung bindend, wenn nicht schriftliche Abfassung verabredet ist. 2. Es kommt darauf an, ob Sie wirklich Mitglied waren. Wenn ja, so ist die Annahme der Beiträge zu Unrecht abgelehnt worden; dann stehen Ihnen alle Mitgliedsrechte zu. — R. S. 3. Senden Sie bitte den genauen Wortlaut der Kette der „Kaiser-Zeitung“, am besten das feinstliche Exemplar dieser Zeitung selbst. Erst dann kann entschieden werden. Wiederholen Sie Ihre Frage bei Einbringung der Zeitung. — D. R. 13. Der Hauswirt kann die Kette bis April fordern. — W. 126. Sie müssen die Frau auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft verklagen; ein Jahr, nachdem Sie dazu rechtskräftig verurteilt ist, können Sie dann auf Scheidung wegen bösslicher Verleitung klagen, wenn die Frau während des Jahres nicht zurückgeführt ist. — W. R. 99. Der Mieter macht sich strafbar. Der Hauswirt hatte mir dann das Recht, in die Wohnung zu dringen, wenn er obliegende Hilfe wegen Gefahr im Verzuge nicht rechtzeitig beschaffen konnte; strafbar ist der Hauswirt aber, soweit erkennbar, nicht. — W. R. 7. Sie übernehmen gar keine Pflichten gegen das Kind; der Landarmenverband kann von Ihnen fordern nichts zurückverlangen. Sie sind mit dem Kinde nicht verwandt und ihm gegenüber nicht alimentationspflichtig; Sie können dem Kinde aber vor dem Standesamte, im Einverständnis mit seiner Mutter, nach der Heirat Ihren Familiennamen erteilen.

Wetterprognose vom 3. September 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet.	Wind	Wetter	Temp. u. d. G.	Stationen	Baromet.	Wind	Wetter	Temp. u. d. G.
Stettin	764,5	2 bedekt	13	13	Paris	745,5	2 bedekt	10	10
Dresden	766,5	4 bedekt	11	11	Leipzig	766,5	2 bedekt	10	10
Berlin	766,5	3 bedekt	12	12	Frankfurt	768,5	1 bedekt	13	13
Hamburg	769,5	1 bedekt	7	7	Wien	764,5	1 bedekt	10	10
München	768,5	1 wolkenl	8	8	Wien	769,5	1 wolkenl	8	8
Wien	768,5	1 wolkenl	11	11					

Wetterprognose für Sonnabend, den 4. September 1909. Ein wenig wärmer, noch etwas wolfig bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Erfindungs-Ausstellung

veranstaltet von der Kgl. Würt. Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart unter der Leitung ihrer Auskunftsstelle für gewerblichen Rechtschutz.

Zu Anfang des Jahres 1910 findet in Stuttgart eine Ausstellung von Erfindungen in dem Ausstellungsgelände der Königl. Würt. Zentralstelle für Gewerbe und Handel statt.

Die Ausstellung hat den Zweck, Industrielle, Gewerbetreibende, Kapita-listen u. a. auf solche Erfindungen aufmerksam zu machen, für welche eine Verwertung angebracht wird.

Ausstellungsfähig sind nur Erfindungen, welche in Deutschland patentiert oder zum Patent angemeldet und auslisch veröffentlicht, ferner solche, welche als Gebrauchsmuster eingetragen sind.

Ueber die Zulassung im einzelnen bestimmt die Ausstellungskommision auf Grund der Vorprüfung durch einen Prüfungsausschuss.

Für die zugelassenen Erfindungen wird nur eine niedrig bemessene Platzgebühr, die lediglich die Selbstkosten decken soll, erhoben.

Vorläufige Anmeldungen sind von der „Auskunftsstelle für gewerblichen Rechtschutz“ bei der Königl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart zu begleichen.

Die Anmeldungen haben bis spätestens 26. September 1909 zu erfolgen.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint
BERLIN O.
Joachimstraße 11C.
Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vergröß. Tonverbesserung.
Spezialität:
Erzeugung des altitalienischen Timbres für große Säte an alten u. neuen Geigen. u. Mäusges Honorar.

Hautjucken
befallen sind, so daß Sie, durch den übermäßigen Reiz gereizt, Krätze und Weine mit den Nägeln bearbeiten müssen und keinen Schlaf finden, verschafft Ihnen
Dr. Koehs Kälbsalbe
sicher Erleichterung. Tägl. a 3 Mal Berlin O.: Kälbsalbe-Apoth., Große Frankfurter Str. 134. W.: Kronen-Apoth., Friedrichstr. 180; SW.: Elefanten-Apothek, Leipziger Str. 74.

Zentralverband deutscher Branereiarbeiter

Ortsverwaltung Berlin.

Geschäftsstelle Berlin O. 54, Radulstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518.

Sonntag, den 5. September, nachmittags 2 Uhr:

Gemeinsame

Mitglieder-Versammlung aller Gruppen

im Gewerkschaftshause, Engelsstr. 15, gr. Saal.

Tages-Ordnung:

1. Sündigen wir die Tarifverträge? 2. Vereinsangelegenheiten.

3. Verschiedenes.

Die hochwichtige Tagesordnung macht das Erscheinen aller unserer Mitglieder unbedingt erforderlich.

Die Ortsverwaltung.

Heute Sonnabend:

Letzte Dampfer-Mondschein-Promenadenfahrt

mit Musik und festlich illuminierten Dampfern nach Restaurant Kyffhäuser, Nieder-Schöneweide. Dampfer Gr. Sommerachtsball.

Abfahrt abends 9 u. 9¹⁵ Uhr Schillingsbrücke-Berlin. Hin und zurück 50 Pf. 12736

Reederei Nobiling.

Brückenstr. 6b.

IV 1737.

Morgen Sonntag mit Musik

ab Jannowischbrücke, vor Schalltheil und Spreepark, 9 Uhr früh, 2¹⁵ Uhr mittags nach der Berliner Schweiß; 8¹⁵ Uhr früh, 2¹⁵ Uhr mittags nach der Wolterdörfer Schleuse. Hin und zurück 80 Pf. Kinder 40 Pf. Sonntags täglich 9 und 2¹⁵ Uhr nach der Berliner Schweiß. Jeden Mittwoch und Sonnabend 2¹⁵ Uhr nach Neue Mühle. Hin und zurück 60 Pf. Kinder 30 Pf. Sonntags 75 Pf. Kinder 40 Pf. 12736

Zur Einsegnung!



Anzüge

aus fein geripptem schwarzen Kammgarn sowie aus haltbaren Cheviotstoffen, sauberste Ausführung von M. 12⁵⁰ an

Anzüge

aus prima tiefeswarzen Kammgarn- und Tuch-Kammgarnstoffen mit besten Zutaten eleganter Sitz, von . . . M. 17⁵⁰ an

Anzüge nach Maß

Garantie für gutes Passen 24⁰⁰ an von . . . M.

M. Schulmeister

Schneidermeister

am Kottbuser Tor Dresdener Str. 4 am Kottbuser Tor

Kerren-Stoff-Reste Wer — Stoff — hat

zu Herrenanzügen sportbillig, feinste Fabrikate, Mammorgarne, Cheviots, neueste Muster von G. M. an der Meter, reine Wolle. 97/14

Ludwig Engel, Preussischer Str. 23, II. (Alexanderplatz.) (Begr. 1892)

Spezialität: Anzug nach Maß, komplett „Napoleon“ R. 36,—, reine Wolle, neueste getreute Muster; unerreicht. Paletot „Weltberühmt“ nach Maß, R. 32,—.

Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft! Siehe auch Adressbuch Teil I und IV.

Paul Drenke Nachfolger

Otto Berlett

Hutfabrik

Oranienstraße 172

empfiehlt sein großes Lager in 23111*

Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.

Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes stets am Lager.

Reparaturen schnell, sauber und billig.

Wild, Geflügel u. Fische.

Berlin NO., Otto Grimm, Landsberger Allee 28.

Empfehle Ia. junge Bartebrücker Gänse 65 u. 75 Pf. pro Pfund. Brathühner 0,85—1,25, fette Suppenhühner, Enten, Tauben. Täglich prima frische Seefische. Lebende Karpfen 1,00, Hechte 1,20. Rebhühner. (Lebende Hühner bedeutend billiger.) Rehwild.

Heute: Ia. Hirschfleisch Pfund 0,35—1,00.

Trotz der Tabaksteuer keine Preiserhöhung

meiner bekannt qualitätsreichen Zigarren, so lange mein Vorrat reicht.

H. Meier, gegr. 1886, Inh. Th. Schnauer,

1210* Berlin O. 17, Madalstr. 15.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Bureau: Lindenstraße 215. Geöffnet von 9—1 und von 4—8 Uhr. Telefon Amt III, Nr. 938.

Sonntag, den 5. September 1909, vormittags 9¹⁵ Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c (oberer Saal):

Allgemeine Gummiarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadterordneten Genossen E. Warm: „Krankheitserscheinungen bei den Arbeitern der Gummi-Industrie.“ 2. Diskussion.

Kolleginnen und Kollegen! Unter Berücksichtigung des so äußerst wichtigen Vortrages, der eine seit langem brennende und trotz alledem so unklare Frage, die der Erkrankungen, welchen ihr ausgesetzt seid, behandelt, wird bestimmt erwartet, daß der Besuch der Versammlung ein guter ist. 64/7

Die Ortsverwaltung.

Möbel

auf Teilzahlung (geringe Anzahlung) M. Goldstaub Zossener Str. 38 pt. u. 1 Tr. Ecke Gneisenaustraße. Kein Abzahlungsgeschäft!

Anerkannt größte Rücksicht bei Arbeitslosigkeit und Krankheit.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, gegründet 1898

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen monatliche Teilzahlung unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei langjähriger Garantie für gute Haltbarkeit. Billigste Preise. Ueberteuerung ausgeschlossen, da an jedem Stück der Preis in Zahlen deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 60—80 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet. Kein Abzahlungs-Geschäft.

Sie

können nur dort Ihren Bedarf in Herren-Garderoben, Damen-Konfektion, Manufakturwaren, Kleiderstoffen, Teppichen, Gardinen, Herren- u. Damen-Stiefeln, Wäsche, Möbel, Spiegel, Polsterwaren

kaufen

wo Ihnen in Bezug auf Preise, Bedingungen, Auswahl und Qualität der Waren, die größten Vorteile geboten werden. Wenn Ihnen dazu noch die Zahlungsweise in jeder Beziehung leicht gemacht wird, Sie also alles

auf Kredit

erhalten, dann gibt es keine Ueberlegung, denn Sie sind in Ihrem eigenen Interesse dazu gezwungen, nur eine Firma ins Auge zu fassen und zu wählen, wo Ihnen

am vorteilhaftesten

alle diese Annehmlichkeiten geboten werden. Fragen Sie ausserdem meine sämtlichen Kunden, wo in Fällen von Krankheit und Arbeitslosigkeit die grösste Rücksicht genommen wird und jeder wird Ihnen sagen

nur bei

der altrenommierten und als streng reell bekannten Firma Ecke Alte Jacob-, Dresdener- und Rossstrasse

M. Glogau

Alte Jacobstrasse 73

I, II, III, IV. Etage.

Ecke Dresdener Strasse, an der Rossstrasse.

Sorben erschienen: Die Rechtsprechung in Unfallrenten-Streitsachen

von Hermann Müller Sekretär des Zentral-Arbeiter-Sekretariats.

Eine Zusammenstellung und gemeinverständliche Erläuterung der wichtigsten prinzipiellen Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes.

Das vorliegende Buch ist ein geeigneter Führer für alle diejenigen, die in die Lage kommen, sich mit der Unfallversicherung beschäftigen und Rentenansprüche vor dem Reichsversicherungsamt vertreten zu müssen. 247/1

Der Preis des gebundenen Buches beträgt 3,— M.

Su beziehen durch die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Ca.-Rente von 10 M. an. Dohndorf, dicht am Bahnhof, event. ohne Anzahlung. Baugeld u. Dohndorf, vorh. Isaacsohn, Potsdamerstr. 112a.

Querr., polnische Satze, auch einzeln, Rüpenst., Henningstr. 31, West.

Leihhaus

Gelienheitskufe verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc. Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28 i Ecke Ritterstr.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 3—4.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose

Herkules

tragen. Unerreichte Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf.

Sehr starkes Leder mit Zwierrille in grauen und braunen Streifen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte mit starkem Garn.

Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Filcken umsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorteile kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe 4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 11 Gr. Frankfurterstr. 30 Schöneberg, Hauptstr. 18. Haupt-Katalog gratis u. franko.

Nachdr. verboten

Vom Bierkrieg.

Die Brauer geben nach.

Wenn sich eine heute in der bürgerlichen Presse veröffentlichte Mitteilung bewahrheitet, dann haben die Ringbrauereien sich auf den Weg des Entgegenkommens begeben. Angeblich wollen sie sich nun mit einem Aufschlage von 250 M. begnügen. Auch dieser Satz liegt noch wesentlich über die Mehrbelastung durch die Brausteuererhöhung. Es bleibt nun abzuwarten, wie die Wirte sich zu den Vorschlägen stellen und mit welchen Forderungen sie an die Konsumenten herantreten.

Für die Wirte im rheinisch-westfälischen Industriebezirk sind schlimme Zeiten angebrochen. Nicht nur die Arbeiter, auch die Bürgerschaft lehnt die höheren Bierpreise oder die kleinen Gläser mit Entschiedenheit ab. Die sonst so lammfrommen Spießer sind förmlich wild geworden. Wohllopposten aufzustellen ist diesmal nicht nötig; die meisten Wirtschaften sind ohnehin ohne Gäste. Der Bierkonsum ist überaus auf ein Minimum gesunken.

Trotzdem bringen die Brauereien auf strenge Durchführung der Beschlüsse. Die Beschlüsse gehen dahin, daß die Brauereien vier Mark aufschlagen und die Wirte nochmals vier Mark, der Bierpreis also im ganzen um acht Mark erhöht wird. Diese Verteuerung habe man meistens erzielt, wenn man durch Verkleinerung der Gläser, zum kleinen Teil durch Aufschlag von zwei bis fünf Pfennig pro Glas. Die Anschaffung der kleinen Gläser hat die größte Erbitterung hervorgerufen, weil das Publikum darin eine Ueberlistung, ja direkten Betrug erblickt.

Natürlich sind die Preisaufschläge nicht im geringsten durch die Verhältnisse gerechtfertigt. Die Brauereien des Industriebezirks zahlen durchweg glänzende Dividenden (20 Proz. und mehr sind keine Seltenheit!) und die Wirtschaften gehören schon seit Jahrzehnten zu den beliebtesten Spekulationsobjekten. Freilich hat diese Medaille auch eine Rehrseite, nämlich die, daß die meisten Wirte der Selbstständigkeit ermangeln, sie sind völlig abhängig von den Brauereien. Diese haben ungeheure Kapitalien in den Wirtschaften investiert. Die Wirte als Schuldner müssen sich ihrem Willen fügen.

Indem die Brauereien sich nicht damit begnügen, den multiplizierten Steuerbetrag aufzuschlagen, sondern auch noch die Wirte zwingen, die verdoppelte Abwälzung ebenfalls vorzunehmen, verfolgen sie lediglich den Zweck, die in den Wirtschaften angelegten

Kapitalien noch ertragreicher zu gestalten. Eine weitere Preistreiberei bei Wirtschaftsverkäufen würde folgen. Der Plan ist so durchsichtig, daß er vom konsumierenden Publikum wohl durchschaut wird.

Die Wirte fühlen sich wie zwischen zwei Mühlensteinen und fürchten zerrieben zu werden. Was früher noch niemals geschehen; jetzt suchen die Vorstände von Wirtevereinen unsere Vertrauensleute und Organisationsleiter auf, um mit diesen zu verhandeln. Solch ein Vereinsvorstand gab offen zu, daß er nicht mehr den achten Teil gegen früher verkaufe. Es soll Wirte geben, die kaum noch soviel Liter Bier verzapfen wie früher Heftoliter. So kann es nicht weiter gehen! Jammernd flüchtete es auch Wirte, die noch zur Verschärfung der Lage beitragen. So war auf Mittwochabend von der Demokratischen Vereinigung in Dortmund eine Volksversammlung nach dem „Königlichen Hof“ einberufen worden. Der Wirt hatte sein Lokal zugestellt. Die Bürgerschaft fand das Lokal aber verschlossen. Der Wirt ließ mitteilen, er habe sein Lokal zurückgezogen, die Versammlung finde nicht statt. Witter konnte die Erregung des Bürgerturns gar nicht geschürt werden. Auf der Straße hörte man erbitterte Reden und die Parole: Nun ist jeglicher Biergenuss einzustellen! Sicher ist, daß dieser Kampf viele Existenzen vernichtet. Und alle wissen und sagen es auch:

Das danken wir dem volksverräterischen Zentrum!

Auffällig ist die Verminderung des Bierkonsums auf den industriellen Werken, die eigene Kantinen haben. Es ist erfreulich, daß nicht alle „Wohltäter“ dem Beispiele Krupps folgen, der den Preis für Mineralwasser erhöhte, als die Arbeiter es ablehnten, verteuertes Bier zu trinken. Werke, die sonst wohl 600—1000 Flaschen Bier verbrauchten, haben jetzt einen Umsatz von 30—50 Flaschen. Einige Kantinen haben bei solch geringem Konsum den Bierverkauf gänzlich eingestellt. An Stelle des Bieres werden andere Getränke, wie Milch, Limonaden und Mineralwässer in großen Mengen konsumiert. Soweit sich überblicken läßt, werden die Mineralwässer durchweg zu annehmbaren Preisen geliefert: eine Flasche Achener Sprudel kostet im Durchschnitt 7—10 Pf.

Mag dieser Kampf nun auch in erster Linie die Wirte schwer schädigen, sicher ist, daß auch die Brauereien ein Schlag treffen wird, wie sie ihn wohl nicht erwarteten. Die Arbeiterschaft gewinnt auf jeden Fall. Das durch entgangenen Biergenuss ersparte Geld dient zur Anschaffung besserer Genuss- und Nährmittel. Je länger die Brauerei-

prohen halsstarrig bleiben, um so mehr entwohnen die Arbeiter sich vom Alkohol. Der Abstinenzbewegung ist ein erfolgreicher Förderer erwachsen; den Brauereien gebührt der Ruhm, die Bewegung rudweise vorwärts gebracht zu haben. So mußte es kommen!

Den Bierhockfest beschließen

in drei großen Volksversammlungen, die am Mittwochabend in Solingen, Ohligs und Wald abgehalten wurden. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, die besagte, daß alle diejenigen Brauereien und Wirte zu meiden sind, die ihre Produkte zu erhöhten Preisen zu verkaufen gedenken.

Brauer drohen mit — Arbeiteransperrung.

Partei und Gewerkschaften haben in Essen a. M. — nachdem die Einigungsverhandlungen mit den Brauereien ergebnislos verlaufen sind — beschlossen, den Kampf gegen die Bierpreiserhöhung aufzunehmen. Die Brauereien antworteten mit der Drohung, 60 Proz. der Brauer auszusperrern. Es wird damit gerechnet, daß es bestimmt zur Ausperrung kommt.

Auch in Offenbach a. M. haben Gewerkschaftsleiter und sozialdemokratischer Verein infolge der Bierpreiserhöhung den Wohlstand erklärt.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 2. 9.	am 1. 9.	Wasserstand	am 2. 9.	am 1. 9.
Remel, Tilsit	160	—7	Saale, Groditz	64	—2
Regel, Ankerburg	—28	—2	Havel, Spandau ¹⁾	44	+1
Reichel, Thorn	39	0	„ Rathenow ¹⁾	22	—7
Oder, Rasthof	101	—3	„ Spremberg ¹⁾	64	0
„ Krossen	68	—7	„ Beeskow	50	—3
„ Frankfurt	86	+5	„ Minden	—106	—2
Barthe, Schrimm	18	0	„ Witten	—83	+2
„ Landsberg	—18	—4	Rhein, Marienlaubau	463	—4
Rehe, Boddamm	—31	0	„ Raab	229	—5
Elbe, Reitmeritz	—44	—15	„ Rön	214	—1
„ Dresden	—158	0	Neckar, Heilbronn	23	—12
„ Barby	55	+3	Main, Biebrich	97	—3
„ Magdeburg	62	—1	„ Trier	19	0

¹⁾ + bedeutet Hoch. — Fall. — ²⁾ Unterpegel.

Täglich Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr nicht genügend, Geschäft sehr lebhaft, Preise gut. Fisch: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise weiter anziehend. Butter und Käse: Geschäft still, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßwaren: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise gedrückt.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71

Heute Sonnabend, den 4. September cr.

Schluß unserer 90 Pfennig-Tage

Solange Vorrat Von Sonnabend, den 4., bis Dienstag, den 7. September cr. Solange Vorrat

Sehr preisw. Angebote in Lebensmitteln

Fleischwaren

Rotwurst Pfd. 45 Pf.	Pa. Kassler Rippespeer Pfd. 90, 95 Pf.	Jagdwurst Pfd. 85 Pf.
Zwiebelwurst Pfd. 45 Pf.	Pa. Kalbfleisch . . Pfd. 80, 85, 90 Pf.	Pa. Schlackwurst Pfd. 1.00
Berliner Mettwurst Pfd. 60 Pf.	Pa. Suppenhühner . Stück 1.90—2.50	Pa. Salamiwurst Pfd. 1.00
Mettwurst Braunschweiger Art. Pfd. 85 Pf.	Junge Brathühner . Stück 80 Pf. bis 1.00	Thüringer Schlackwurst . . Pfd. 1.25
Landleberwurst Pfd. 85 Pf.	Junge Enten Stück 2.25—3.00	Thüringer Salamiwurst . . Pfd. 1.25
Fleischwurst Pfd. 85 Pf.	Rebhühner 90 Pf. bis 1.25	Westfälische Schlackwurst Pfd. 1.60
Feine Leberwurst Pfd. 90 Pf.	Rehblätter Stück 1.60—2.25	Westfälische Salamiwurst . Pfd. 1.60

Oderbrücher Fett-Gänse Pfund 58 bis 68 Pf.	Prima Gänserollbrust Pfund 1.45
--	---

Kolonialwaren

Marmelade I 5 Pfund-Elmer 1.20	Mischung V IV III II I	Kunsthonig im Bienenkorb, 2 Pfd. 75 Pf.
Marmelade II 5 Pfund-Elmer 1.05	Gebrannter Kaffee Pfund 90 Pf. 1.05 1.30 1.50 1.70	Kunsthonig 5 Pfund - Elmer 1.65
	Unsere Marken sind des vorzüglichen Geschmacks wegen allseitig bekannt.	

Frisches Obst

Mussäpfel Pfund 15, 8 Pf.	la ital. u. franz. Weintrauben . Pfd. 16 Pf.	Rettichbirnen Pfund 8 Pf.
Tafelbirnen Pfund 25, 20, 14, 10 Pf.	la ital. u. frz. Weintraub. Kiste ca. 3 1/2 Pfd. 58 Pf.	Kochbirnen Pfund 8 Pf.

Zündhölzer

1 Karton Inhalt ca. 4000 Stück mit 4 Reißfällchen Karton 85 Pf.	Echte Schweden Jönköpings Paket gleich 10 Schachteln . . . 15 Pf.
Prima Zündhölzer, 10 Pakete à 10 Schachteln 1.25	

Wilmersdorfer Str. 22. Lützowstr. 10.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Geschäftsdreirad, sehr stabil,
50.00 an. Dais. Blumenstrake 38b.

Herrenfahrrad, hochlegant, sport-
billig, sofort, Dultenstraße 66, Refran-
rant. 938/4

Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
sofort umständehalber spottbillig.
Baffertstraße 44. I recht. 23615.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, sofort umständehalber sportbillig Bastertorstraße 44, I rechts. 226/5 Gebrauchtes Fahrrad, Gloden- lager verkauft Ried. Rübenerstr. 44	Wohnungen. Arbeiter-Wohnungen billig Guinea- straße 33, mit Vergütung. 753/5 Kleine billige Wohnungen Räder- straße 40 zu vermieten. 97/5 Wohnungen: 1 Straße und 44
---	--

Musik.

Duhsen-Planino weit unter Preis

zu verkaufen Französischestr. 15, rechtl. 96/13*	Panstraße 57, Badstraße, Brunn- platz Stube, Küche billig. 104
Planino, hoch, frengsattig 140,—	Stühle, Stühle und Stühle 15,—

Blottnunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung)

gibt erfahrener Schüler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 RM., bei zwei Schülern je 75 Pf. Stunden unter D. 2. Geschillen bei

Zimmer.

Teilnehmer zum nächsten Jahr

Kapierböden frei. 20 Klaviere, Musik- akademie Dranienstraße 147, Bldk.	Biesenstraße 10, vorn II.
---	---------------------------

Mietsgesuche.
Jünger, sauberer Handwerker such-
per 1. September möbliertes Zimmer

Verschiedenes.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Kunstkopirer von Jean Kolosty
Schlachtensee, Rurstraße 8. III.

Verkaufserinnen für Damenwaſch
und Schürzen geſucht. — Reſdunge
1-2 mittags oder 7-8 Uhr abend

30, 80, 100, 125, 150, 175, 200, 225, 250, 275, 300, 325, 350, 375, 400, 425, 450, 475, 500, 525, 550, 575, 600, 625, 650, 675, 700, 725, 750, 775, 800, 825, 850, 875, 900, 925, 950, 975, 1000, 1025, 1050, 1075, 1100, 1125, 1150, 1175, 1200, 1225, 1250, 1275, 1300, 1325, 1350, 1375, 1400, 1425, 1450, 1475, 1500, 1525, 1550, 1575, 1600, 1625, 1650, 1675, 1700, 1725, 1750, 1775, 1800, 1825, 1850, 1875, 1900, 1925, 1950, 1975, 2000, 2025, 2050, 2075, 2100, 2125, 2150, 2175, 2200, 2225, 2250, 2275, 2300, 2325, 2350, 2375, 2400, 2425, 2450, 2475, 2500, 2525, 2550, 2575, 2600, 2625, 2650, 2675, 2700, 2725, 2750, 2775, 2800, 2825, 2850, 2875, 2900, 2925, 2950, 2975, 3000, 3025, 3050, 3075, 3100, 3125, 3150, 3175, 3200, 3225, 3250, 3275, 3300, 3325, 3350, 3375, 3400, 3425, 3450, 3475, 3500, 3525, 3550, 3575, 3600, 3625, 3650, 3675, 3700, 3725, 3750, 3775, 3800, 3825, 3850, 3875, 3900, 3925, 3950, 3975, 4000, 4025, 4050, 4075, 4100, 4125, 4150, 4175, 4200, 4225, 4250, 4275, 4300, 4325, 4350, 4375, 4400, 4425, 4450, 4475, 4500, 4525, 4550, 4575, 4600, 4625, 4650, 4675, 4700, 4725, 4750, 4775, 4800, 4825, 4850, 4875, 4900, 4925, 4950, 4975, 5000, 5025, 5050, 5075, 5100, 5125, 5150, 5175, 5200, 5225, 5250, 5275, 5300, 5325, 5350, 5375, 5400, 5425, 5450, 5475, 5500, 5525, 5550, 5575, 5600, 5625, 5650, 5675, 5700, 5725, 5750, 5775, 5800, 5825, 5850, 5875, 5900, 5925, 5950, 5975, 6000, 6025, 6050, 6075, 6100, 6125, 6150, 6175, 6200, 6225, 6250, 6275, 6300, 6325, 6350, 6375, 6400, 6425, 6450, 6475, 6500, 6525, 6550, 6575, 6600, 6625, 6650, 6675, 6700, 6725, 6750, 6775, 6800, 6825, 6850, 6875, 6900, 6925, 6950, 6975, 7000, 7025, 7050, 7075, 7100, 7125, 7150, 7175, 7200, 7225, 7250, 7275, 7300, 7325, 7350, 7375, 7400, 7425, 7450, 7475, 7500, 7525, 7550, 7575, 7600, 7625, 7650, 7675, 7700, 7725, 7750, 7775, 7800, 7825, 7850, 7875, 7900, 7925, 7950, 7975, 8000, 8025, 8050, 8075, 8100, 8125, 8150, 8175, 8200, 8225, 8250, 8275, 8300, 8325, 8350, 8375, 8400, 8425, 8450, 8475, 8500, 8525, 8550, 8575, 8600, 8625, 8650, 8675, 8700, 8725, 8750, 8775, 8800, 8825, 8850, 8875, 8900, 8925, 8950, 8975, 9000, 9025, 9050, 9075, 9100, 9125, 9150, 9175, 9200, 9225, 9250, 9275, 9300, 9325, 9350, 9375, 9400, 9425, 9450, 9475, 9500, 9525, 9550, 9575, 9600, 9625, 9650, 9675, 9700, 9725, 9750, 9775, 9800, 9825, 9850, 9875, 9900, 9925, 9950, 9975, 10000.

und gewisserhafter Privatlehter. Die
Stunde kostet eine Port. Eine Unter-
richtsstunde wöchentl. genügt Ge-

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehoben
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile

Achtung!

Holzarbeiter

Wegen Streit und Differenzen
find geschlossen:
für Modellstecher
Herrn Dr. Hermann Sartin

Gerichtstraße,
für Fischer, Polierer und
Schmiedearbeiter

r= Sekretär

retariat in Bremen wird zum
hülfsweise Arbeiter-Sekretär gesucht

den Beschlüssen des Gewerkschaftsjahre in der Arbeiterbewegung

Offerten unter Angabe ihres Ent-
werferherkunft bis zum

Die Buchbinder:
Stoll, Lindenstraße 35.
Die Criderverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Unger, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorpommers Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin S.W.